



ADS-GRENZFRIEDENSBUND

AN DEINER SEITE

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



**Deportation der Sinti und Roma
aus Flensburg im Mai 1940**

30 Jahre Minderheitenpolitik

**Reichstagswahlen und NSDAP
im Raum Schleswig, Teil 2**

**Johann Jacobsen – Sonderburgs
erster sozialdemokratischer
Bürgermeister Teil 2**

**Was steckt im Grenzland?
Konferenz der Region
Syddanmark**

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Barbara Quednau

Anschrift: Mürwiker Straße 115 · 24943 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-428 · Telefax (04 61) 86 93-420
E-Mail: grenzfriedensbund@dein-ads.de
www.dein-ads.de/deutsch-daenische-grenzlandarbeit

Geschäftszeit: Dienstag, 09.00-12.00 Uhr, Mittwoch, 09.00-13.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Mitgliedsbeitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen
usw.

Abonnement: 15 € zuzgl. Porto

Bankverbindungen: HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

INHALT

Seite

Sebastian Lotto-Kusche

Zur Deportation der Sinti und Roma am 16. Mai 1940
aus Flensburg.

Opferschicksale, Kämpfe der Überlebenden
um Entschädigung und Strafverfolgung 3

Jørgen Kühl

30 Jahre Minderheitenpolitik im europäischen Vergleich

– ein Vortrag 39

Frank Omland

Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig –
ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933

Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien
auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten..... 55

Frode Sørensen

Ein Bürgermeister zwischen Dänisch und Deutsch.
Der Sozialdemokrat Johan Jacobsen aus Sonderburg
(1863–1937) und sein Wirken in der Zeit

nach dem Ersten Weltkrieg - Teil 2 83

Helge Möller, Gerret Liebing Schlaber

Was steckt im Grenzland?

Ergebnisse einer offenen Dialogveranstaltung
der Region Syddanmark..... 101

Umschau 109

Buchhinweise 121

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe 145

Verzeichnis der im Jahre 2021 in den Grenzfriedensheften

erschienenen Aufsätze 146

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Unabhängige Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Levke Bittlinger
- Ilse Friis, cand.mag.
- Ruth E. Clausen, Dipl. Museol. (FH)
- Dr. Matthias Scharl (verantw.)
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Redaktionsanschrift: Mürwiker Straße 115, 24943 Flensburg

Printed in Germany

ISSN 1867-1853

Zur Deportation der Sinti und Roma am 16. Mai 1940 aus Flensburg

Opferschicksale, Kämpfe der Überlebenden um Entschädigung und Strafverfolgung

von SEBASTIAN LOTTO-KUSCHE

Der Historiker Sebastian Lotto-Kusche ist seit 2017 an der Schleswiger Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History (FRZPH) an der Europa-Universität Flensburg tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind vor allem Themen der Minoritätengeschichte, besonders der Sinti und Roma, der Wissenschaftsgeschichte, des Nationalsozialismus sowie Zeitgeschichte. Er beschreibt hier die bislang immer noch zu wenig bearbeitete Geschichte von Flensburger Sinti und Roma nicht nur in der Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch darüber hinaus. Denn noch Jahre nach dem Kriegsende wurden Menschen rassistisch diskriminiert, benachteiligt und ausgrenzt, in dem ihnen z. B. Entschädigungen abgesprochen wurden, auch weil die schleswig-holsteinische Justiz noch lange durch nationalsozialistische Juristen geprägt war. Durch im Laufe der Jahre wieder entdeckte Akten in den Archiven kommen neue Erkenntnisse zutage, auch wenn ein Teil der Dokumente unwiederbringlich vernichtet wurde.

Die Redaktion

Einleitung

„Am 16.5.40 abgeschoben“,¹ so notierte ein Mitarbeitender der Flensburger Stadtverwaltung die Deportation von dutzenden Sinti und Roma, darunter Selma Weiß, (siehe Abbildung 1) im Mai 1940 aus der Stadt. „...die Zigeuner..welche eines Tages im Juni ds. Js. in frühester Morgenstunde feierlich hinausgeleitet wurden...“, so umschrieb der Lokomotivheizer Ernst Beireis, der laut eigener Aussage in der Nähe der „Zigeunerbaracken“ wohnte, die gleichen Ereignisse Ende 1940 in einer Zeugenaussage vor dem Flensburger Amtsgericht.² „Und als Kinder sind wir in' Lager reingekommen, von Flensburg aus. Meine Eltern sind in Flensburg geboren, ich bin in Flensburg geboren. Und von da aus sind wir alle weggekommen, nach Polen in' Lager“, so erinnerte 1993 Gerda Trollmann die Deportation von Flensburg nach Belzec.³

Diese drei Perspektiven auf die Deportation von Sinti und Roma am 16. Mai 1940 aus Flensburg über Hamburg ins besetzte Polen lassen sich in den nur verstreut erhaltenen Quellen finden. Das Ereignis ist 82 Jahre später noch immer nur rudimentär erforscht. Seit den Recherchen des Historikers Zimmermann für sein 1996 erschienenes Standardwerk „Rassenutopie und Genozid“⁴, von denen auch die regionalgeschichtliche Forschung zu den Deportationen von Sinti und Roma aus Hamburg und Schleswig-Holstein⁵ profitierte, sind 1998 durch einen Aufsatz von Marnau/Linck⁶ einige Details zur Flensburger Deportation bekannt geworden. Obwohl die Akten der lokalen Verfolgungsinstitution, der Flensburger Kriminalpolizeistelle, als vernichtet gelten, kommen durch Zufallsfunde im Stadtarchiv Flensburg oder Doppelüberlieferungen in anderen Archiven immer neue Details ans Licht. So sind seit 2018 die Ausmaße des 1935 errichteten „Zigeunerlager“ im Steinfelder Weg grob erforscht.⁷

In Hamburg intensivierten sich in den letzten Jahren im Umfeld der KZ-Gedenkstätte Neuengamme die Forschungen zur Mai-Deportation aus der Hansestadt.⁸ Das Ausstellungsteam des Dokumentationszentrums „denk.mal Hannoverscher Bahnhof“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch umfangreiche Recherchen sämtliche Namen der Sinti und Roma zu ermitteln, die im Mai 1940 aus ganz Norddeutschland über den Hamburger Fruchtschuppen C ins damalige Generalgouvernement deportiert wurden, und diese am Gedenkort zusammenzuführen.⁹ Die Namen und Schicksale der Deportierten im vorliegenden Artikel sind auf Basis dieser Recherchen, die erstmals umfassend alle bisher bekannten Namen der im Mai 1940 aus Norddeutschland Deportierten in den Arolsen Archives abgefragt haben, und weiteren Nachforschungen des Autors ermittelt worden.¹⁰ Folgenden Fragestellungen will der vorliegende Beitrag nachgehen: Wer waren die Flensburger Sinti und Roma, die am 16. Mai 1940 aus ihrer Heimat deportiert wurden? Was können wir exemplarisch über die Lebensumstände vor der „Abschiebung“ erfahren? Wer überlebte die Deportation? Mit welchem Erfolg erhielten Überlebende für das erlittene Leid eine Entschädigung? Und wer waren die Täter beziehungsweise Verantwortlichen für diese „Umsiedlung“ und wurden diese nach 1945 dafür juristisch belangt? Letztendlich muss auch die Frage gestellt und beantwortet werden: Warum kannten wir bis dato die Namen der Opfer nicht, die von der Deportation betroffen waren?

| Zu- und Vorname, Beruf | Geburts- | | | Geburtsort (Kreis, Provinz) | Fa- milien- stand | Re- ligion | Staats- angeh. | Tag der Ein- und Ab- meldung | Angabe der Zugzugs- und Abzugswohnung | Vermerk |
|---------------------------|----------|------------|------|--------------------------------|-------------------------|---------------|-------------------|---|---|--|
| | Tag | Mo- nat | Jahr | | | | | | | |
| Weiß x Köhl | 15. | 3. | 72 | Horsbacht | unverh. | evgl. | 4. 10. 35 | 10. Steinfelder Weg | 11/4 | |
| Schindler H. Bentzien | 10. | 5. | 75 | Kassel | " | " | " | Steinfelder Weg | 16. 2 | |
| geb. Hanstein | 28. | 2. | 01 | Hannover | L. | " | " | | | Zigeunerlager |
| H. Bolwin x | 11. | 11. | 06 | Berlin | L. | " | " | Ehem.: Hans W. Bolwin im Warschau/Polen verstorben Beurkundet in Nr. 8 | | |
| H. Galun | 25. | 3. | 13 | Miel | L. | " | " | | | Ehefr.: Antonie im Dezember 1943 im Polen verstorben Beurkundet in Nr. 8 |
| H. Bruffen | 25. | 2. | 26 | Flensburg | L. | " | " | 4. Schreiben vom Landespolizeibeamt. Berlin Dahrem vom 9. 10. 1937 | im Januar 1944 im Warschau/Polen verstorben Beurkundet in Nr. 8 | |

Abb.1 Auszug aus dem Straßenverzeichnis der Stadt Flensburg, in welchem An- und Anmeldungen ordnungsrechtlich dokumentiert wurden. Hier wird an dritter Stelle der Einzug von Selma Weiß 1935 in das „Zigeunerlager“ im Steinfelder Weg und deren Deportation 1940 aus Flensburg dokumentiert.

Die Flensburger Deportierten und deren Schicksale

Spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts lebten Sinti und Roma in Flensburg. Im städtischen Straßenverzeichnis ist für dutzende Personen mit Namen Weiß oder Laubinger die Wohnanschrift Norderstraße 104 eingetragen (siehe Abbildungen 2-5).¹¹ Sie lebten dort bis 1935 auf engstem Raum, außer ihnen wollte dort niemand wohnen.¹² Der bauliche Zustand der Gebäude und Beschwerden von Geschäftsleuten in der Norderstraße ließen im Magistrat der Stadt Flensburg bereits 1922 Pläne entstehen, für die „Zigeuner“ eine Ersatzbaracke etwas außerhalb, in der Nähe des Friedhofs, zu errichten. In der Flensburger Öffentlichkeit erhob sich jedoch Protest gegen die Ansiedlung in Form von Leserbriefen in der Zeitung und Eingaben diverser kommunaler Vereinigungen. Infolgedessen sah die Stadtverwaltung von den Plänen ab.¹³ Die städtische Polizei sprach intern

jedoch nur von wenigen Problemen mit den „Zigeunern“, der Schulbesuch der Kinder erfolge laut polizeilicher Feststellung planmäßig. Trotzdem erfasste die Polizei die „Zigeuner“ in gesonderten Listen und registrierte An- und Abgänge im monatlichen Takt.¹⁴

Dies war möglich, weil seit 1906 in Preußen die „Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ galt, wonach die Polizei inländische „Zigeuner“ weit über das damals für deutsche Staatsbürger erlaubte Maß erfassen, verhaften und schikanieren durfte. Die Restriktionen zielten insbesondere auf die Behinderung des Wandergewerbes. Dieses Sonderrecht galt auch in der Weimarer Republik fort und schuf darüber hinaus vereinfachte Möglichkeiten Kinder aus „Zigeunerfamilien“ herauszuholen.¹⁵

Wie umfassend diese polizeiliche Überwachung war, zeigt der Fall der Flensburgerin Selma Weiß (*28. Februar 1901). Sie lebte spätestens seit 1927 mit ihren Eltern Jakob Karl Weiß und Antonie Weiß in besagter Norderstraße 104.¹⁶ Ihr Vater war Pferdehändler und Geigenbauer, der späteren Erinnerung der weiteren Tochter Helene nach war die Familie in Flensburg sehr angesehen.¹⁷ Selma war nach bürgerlichem Recht unverheiratet, hatte aber zwei Kinder, Rosette (*25. Februar 1926) und Gustav (*3. Juni 1932). Der Sohn verstarb noch am Tag seiner Geburt.¹⁸ Selma reiste am 9. März 1929 zur Familie ihres Lebenspartners nach Magdeburg, wurde dort am 24. April 1929 von der Polizei aufgegriffen und erkennungsdienstlich (siehe Abbildungen 6-7) erfasst, weil sie als auswärtige „Zigeunerin“ angesehen wurde und der Verdacht bestünde, dass sie betteln würde.¹⁹ Dass auf der 1929 angelegten Personenkarte später auch vermerkt wurde, dass Selma Weiß im Oktober 1943 – nachdem sie nach Flensburg zurückgekehrt und von dort deportiert worden war – verstorben sei, zeigt die Tragweite der polizeilichen „Zigeunerüberwachung“ auf.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 hatte eine stetige Radikalisierung der Repressionen gegen Sinti und Roma zur Folge. Die „Zigeuner“ wurden in das 1933 beschlossene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und 1935 in das „Blutschutzgesetz“ und das „Ehegesundheitsgesetz“ einbezogen, womit Unfruchtbarmachungen möglich und Ehen mit „Nicht-Zigeunern“ verboten wurden.²⁰ Die Kommunen begannen im Laufe der späten 1930er Jahre eigenständig eingezäunte Zwangslager für „Zigeuner“ zu errichten, meist mit Polizeibewachung, um diese von der „Volksgemeinschaft“ zu trennen. Die Kinder der Sinti und Roma wurden ab 1933 auf Hilfsschulen geschickt, ab 1941 war der Schulbesuch völlig untersagt. Für die Unterkunft im Lager musste Miete gezahlt werden, die durch Pflichtarbeit erbracht werden musste.²¹ In Flensburg wurde 1935 ein solches Lager, bestehend aus zwei Einfachstbaracken, im Steinfelder Weg Nr. 41 und 43 errichtet. (vgl. Abbildung 8) Die Baracken bestanden aus einem Raum pro Familie mit einer kleinen Ofenstelle. Die Miete betrug



Abb. 2 Das Bild entstammt einer Serie von vier Aufnahmen, die zwischen 1920 und 1930 entstanden sind und die Lebensverhältnisse der Sinti und Roma im Hinterhof der in Hafennähe liegenden Norderstraße 104 zeigen. Die Kinder der Familien Weiß und Laubinger beobachten mit Interesse und mit Vorsicht die fotografierende Person. Hinter den Kindern vor der Holztür steht Selma Weiß.



Abb. 3 Angehörige der Familien Weiß/Laubinger vor den städtischen Wohnungen in der Norderstraße 104. Auffällig ist die Baufälligkeit der Behausungen und die abermalig zu erkennende Skepsis, andererseits aber auch das gegenseitige Interesse zwischen Fotografierendem und den BewohnerInnen. Hinter dem Balken des Treppenaufgangs zur Wohnung lugt Selma Weiß vorsichtig hervor.

5 Reichsmark pro Familie und das Lager wurde polizeilich überwacht.²² Selma Weiß zog am 04.10.1935 in dieses Lager ein.²³

Nach dem Überfall auf Polen radikalisierte sich auch die Politik gegen die „Zigeuner“. Am 17. Oktober 1939 veröffentlichte das Reichssicherheitshauptamt den „Festsetzungserlass“ mit dem es Sinti und Roma untersagt wurde, ihren Wohnort zu verlassen.²⁴ Zuwiderhandlungen wurden mit der Einweisung in ein Konzentrationslager bestraft.²⁵ Nach der Besetzung Polens begannen die Nationalsozialisten mit der Neuordnung der von ihnen eroberten Gebiete. Juden, Polen und sonstige „Fremdrassige“ sollten aus dem nun vergrößerten Reichsgebiet in das unter deutscher Verwaltung stehende Generalgouvernement umgesiedelt werden, darunter 30.000 „Zigeuner“. Um die Wehrmachtsführung, die Paranoia vor spionierenden „Zigeunern“ pflegte, vor dem bevorstehenden Westfeldzug zu beschwichtigen und die Verwaltungsstrukturen nicht zu überfordern, ordnete Himmler an, dass zunächst nur 2.500 Sinti und Roma aus den nördlichen und westlichen Teilen des Deutschen Reiches ins Generalgouvernement deportiert werden sollten. Das Reichskriminalpolizeiamt ordnete daraufhin für den 16. Mai 1940 die Deportation von 1.000 „Zigeunern“ aus den Kriminalpolizeileitstellenbezirken Hamburg und Bremen an.²⁶ Dies betraf damit auch die Flensburger Sinti und Roma. Zu Einzelheiten der Verhaftung bzw. des Abtransports sind keine zeitgenössischen Quellen auffindbar. In den sicherlich interessengesteuerten Verlautbarungen der Polizei aus der Nachkriegszeit ist behauptet worden, dass die Flensburger Deportierten 24 Stunden vor der Aktion davon unterrichtet wurden. Die Betroffenen hätten danach ihre Habe noch veräußern können, den Erlös durften die Sinti und Roma mutmaßlich behalten.²⁷ Diese „Besserbehandlung“ der Flensburger „Zigeuner“ erscheint wenig glaubhaft, sie lässt sich nicht mit anderen Quellen verifizieren.

In Hamburg internierte die örtliche Polizei die Sinti und Roma zunächst im Fruchtschuppen C im Hafengelände. Ihre Ausweispapiere wurden ihnen abgenommen und sie bekamen einfache Bescheinigungen ausgestellt, die neben dem Namen auch einen Vermerk über den vermeintlichen „Mischlingsgrad“ enthielt.²⁸ Diese Grade hatte der „Rasseforscher“ Robert Ritter geschaffen, um die besondere Gefährlichkeit der „Zigeunermischlinge“ hervorzuheben, die sich in den Jahrhunderten zuvor mit „Kriminellen“ zu einer gefährlichen „Population“ fortgepflanzt hätten.²⁹ Den Sinti und Roma wurden Land und Bauernhöfe in Polen versprochen, um sie zu beschwichtigen.³⁰ Für die weitere Deportation von Hamburg aus ist keine Gesamttransportliste erhalten geblieben, daher unterliegen die regionalen Zahlen einigen Unsicherheiten.³¹ Die Zahl der im Mai 1940 aus Schleswig-Holstein deportierten Sinti und Roma schätzte Zimmermann auf 200 Personen.³² In dem 2005 erschienenen Standardwerk „Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus“ ist die Zahl mit 283 angegeben.³³

Im Rahmen der Forschungen des projektierten Dokumentationszentrums Hanoverscher Bahnhof in Hamburg sind bisher 257 Personen mit Namen bekannt, die am 16. Mai 1940 aus Schleswig-Holstein deportiert wurden.³⁴ Rüdiger Wurr und Sylvia Träbing-Butzmann gingen 1998 von 26 FlensburgerInnen aus, die im Mai 1940 betroffen waren.³⁵ Marnau/Linck gaben im gleichen Jahr die Zahl mit ca. 50 Flensburger Deportierten an und bezogen sich dabei auf eine Aussage eines Polizisten aus der Nachkriegszeit, die dieser in einem gegen ihn gerichteten Ermittlungsverfahren geäußert hatte.³⁶ Nach den aktuellen, mit den Hamburger KollegInnen durchgeführten Recherchen muss für Flensburg³⁷ von mindestens 44 Personen ausgegangen werden, die am 16. Mai 1940 abtransportiert wurden (vgl. Tabelle „Namen und Schicksale der Deportierten“).³⁸

Für die Flensburger führte der Weg über Hamburg ins Zwangsarbeitslager Belzec.³⁹ Dort angekommen, mussten die Häftlinge einen Panzergraben an der neuen Ostgrenze zur UdSSR errichten. Ein beträchtlicher Teil der Flensburger Sinti und Roma überlebte die unmenschlichen Lebensbedingungen und die zermürbende Zwangsarbeit nicht.⁴⁰ Das Lager stand unter der Führung von SS-Obersturmbannführer Hermann Dolp, der von Häftlingen als Sadist beschrieben wird.⁴¹ Die Überlebenden dieser Station wurden nach Abschluss der Arbeiten in das frühere Zuchthaus Krychow am Bug überführt, um Moorentwässerungs- und Kanalisierungsarbeiten am Bug und seinen Nebenflüssen durchzuführen. Als die Arbeiten im Oktober 1940 wegen des Wintereinbruchs zum Stillstand kamen, entschieden die SS und die Zivilverwaltung, die Gefangenen sich selbst zu überlassen, weil man für deren Versorgung nicht aufkommen wollte. Einige Flensburger, darunter Robert, Heinrich und Eduard Weiß, konnten in der Folge in Siedlce und Petrikau durch die Übernahme von einfachen Hilfsarbeiten zumindest überleben. Einige, darunter Selma Weiß, starben hier in „Freiheit“.⁴² Den Sinti und Roma aus Flensburg war es untersagt, das Reichsgebiet wieder zu betreten. Doch manche schafften dies (zunächst) trotzdem. Luise Laubinger gelangte von Siedlce über Warschau mit ihrer Tochter Lena/Lina zurück nach Flensburg. Ihr Mann August und ihre Söhne, darunter Eduard, starben dagegen im Osten.⁴³ Katharina Rose gelangte mit ihren Kindern Anfang 1941 zunächst zurück nach Schiol, dort wurde sie bald aber denunziert, woraufhin sie ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert wurde, wo sie 1944 ermordet wurde. Ihr Partner Christian Petersen – ein Nicht-Sinto – konnte die Kinder Dorathea und Maria retten.⁴⁴ Zwölf in Petrikau lebende Flensburger konnten mit Genehmigung des dortigen Kreishauptmannes zwecks Arbeitseinsatz im September 1944 nach Flensburg zurückkehren.⁴⁵

Von den mindestens 44 deportierten Personen sind somit nachweislich mindestens 22 Personen ermordet worden oder an den unmenschlichen Lebensbedingungen gestorben. Die Sterbedatumsangaben sind entweder von ZeugInnen in



Abb. 6 Kinder schauen neugierig, die Distanz dennoch wärend, in Richtung der fotografierenden Person. Im Hintergrund blickt man durch den Torbogen auf die belebte Norderstraße. Mitten in der Stadt liegend zeugen diese Wohnverhältnisse zugleich von einer Nähe gleichzeitig aber auch von einer räumlichen wie sozialen Distanz zur Stadtgesellschaft.



Abb. 7 Wohnen auf engstem Raum unter ärmlichen Bedingungen. Nur die Minderheit hielt diese Zustände noch aus. Die Angehörigen der Familien Weiß und Laubinger haben sich vor und auf dem Treppenaufgang der Norderstraße 104 versammelt. Auf der vierten Treppenstufe von unten steht Selma Weiß.

Entschädigungsverfahren geschätzt oder von Standesämtern rein formalistisch festgelegt worden, weshalb diese nicht verlässlich genug sind, um hier veröffentlicht zu werden. 17 Personen haben die Zäsur 08.05.1945 dagegen überlebt (vgl. Tabelle „Namen und Schicksale der Deportierten“).⁴⁶ Bei fünf Personen ist unklar, ob sie das Kriegsende erlebt haben, ihre Spur verliert sich mit der Austragung aus dem Flensburger Straßenverzeichnis 1940.⁴⁷ Doch es sollten noch radikalere Maßnahmen insbesondere gegen die „Zigeunermischlinge“ folgen. Mit dem am 16.12.1942 veröffentlichten „Auschwitz-Erlasses“ ging daher eine weitere Radikalisierung der „NS-Zigeunerverfolgung“ einher.

Aus Hamburg kam es in Folge dieses Erlasses zu mindestens zwei größeren Deportationen ins „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau. Nach den neuen Bestimmungen, die insbesondere „Rom-Zigeuner“ und „Zigeunermischlinge“ im Visier hatten, wurden am 11. März 1943 mehr als 330 Sinti und Roma ausgewählt und nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Der letzte Transport, der Hamburg am 18. April 1944 verließ, umfasste 30 Personen, darunter viele Kinder und Jugendliche.⁴⁸ Waren in diesen Transporten auch Personen aus Flensburg? Schaut man in die erhaltenen Lagerbücher des „Zigeunerlagers“ Auschwitz-Birkenau⁴⁹ liest man dort zehn Namen, bei denen Flensburg als Geburtsort angegeben ist, bei vier Personen ist ein Sterbedatum verzeichnet.⁵⁰ Für eine dieser Personen ist es mithilfe anderer Überlieferungen möglich, den Deportationsort Flensburg nachzuweisen.

In den Beständen der Arolsen Archives finden sich Häftlingsunterlagen zu einer Person mit Wohnanschrift in Flensburg, die in den Lagerbüchern des „Zigeunerlagers“ Auschwitz-Birkenau verzeichnet ist. Es handelt sich um Manfred Rose (*16. Dezember 1929).⁵¹ Die familiäre Situation des unehelich geborenen Manfred war kompliziert: seine Mutter, die in Rotterdam geborene Holländerin Maria Hansen (geb. Rose)⁵², kam wohl aus einer Sinti-Familie und war 1940 oder 1941 verstorben. Sein leiblicher Vater war der Oberstaatsanwalt Manfred Engelhardt⁵³. Sein Pflegevater Kurt Baldauf hatte seine Wohnanschrift in Zwickau. Bei der Verhaftung Manfreds Anfang Mai 1944 lebte der 14-Jährige, der eine Lehre als Elektriker absolvierte, im städtischen Pflegeheim in Flensburg. Wahrscheinlich war er Opfer der ab 1943 praktizierten Anweisung, wonach „Zigeunermischlinge“ nach Auschwitz-Birkenau deportiert werden sollten.⁵⁴ Nachweislich war er aber nicht Teil des Hamburger Transports im April 1944, sondern kam erst am 08. Mai 1944 im „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau an. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits die Liquidierung des „Zigeunerlagers“ kurz bevor. Der wieder nach Auschwitz zurückgekehrte Kommandant Rudolf Höß fällt am 15. Mai 1944 diesen Beschluss, wohl vordergründig aus organisatorischen Gründen, weil im Lager Platz geschaffen werden sollte für die Ankunft und Vernichtung der ungarischen Juden.⁵⁵ Manfred Rose hatte zunächst Glück,

Zig. / Au Z 9808

Konzentrationslager Art der Haft: Gef.-Nr. 74199

Name und Vorname: ROSE Manfred ✓
geb.: 16.12.1929 zu: Flensburg, Km. Solkeswig-Kellstein
Wohnort: Flensburg, S. Pflaegerheim
Beruf: Schiler, Elektrikerlehrling Rel.: ev.
Staatsangehörigkeit: RD. Stand: ledig
Name der Eltern: Vater: Oberstaatsanwalt Manfred Enghardt Enghardt
Mutter: Maria Hansen geb. Rose vom 1901 Berlin
Wohnort: Mutter: Maria Hansen geb. Rose vom 1901 Berlin
Name der Ehefrau: Ehegatte: Kurt Balduf Rasse:
Wohnort: Zwickau, Bergasse 129
Kinder: - Alleiniger Ernährer der Familie oder der Eltern.
Vorbildung: 5 Kl. Volksschule
Militärdienstzeit: - von - bis
Kriegsdienstzeit: - von - bis
Größe: 158 Gestalt: schlank Gesicht: oval Augen: braun
Nase: gerade Mund: walstig Ohren: gew. Zähne: vollz.
Haare: schwarz Sprache: deutsch
Ansteckende Krankheit oder Gebrechen:
Besondere Kennzeichen: Narbe Stirn
Restenempfänger:
Verhaftet am: Anfang Mai 1944 wo: Flensburg
1. Mal eingeleitet: 8. Mai 1944 2. Mal eingeleitet: 30. 8. 44. Bu
Einweisende Dienststelle: KL Auschwitz
Grund: Jugendlischer
Parteizugehörigkeit: von - bis
Weiche Funktionen:
Mitglied v. Unterorganisationen:
Kriminelle Vorstrafen:
Politische Vorstrafen:
Ich bin darauf hingewiesen worden, dass meine Bestrafung wegen intellektueller Urkundenfälschung erfolgt, wenn sich die obigen Angaben als falsch erweisen sollten.
v. B. U. Der Lagerkommandant
Rose Manfred I.T.S. FOTO No. 13024
KL 1/1.43 Saemmer

Abb. 8 Personalbogen von Manfred Rose der Lagerverwaltung des Konzentrationslagers Buchenwald

er war Teil des 911 Häftlinge umfassenden letzten Häftlingstransports⁵⁶, der das „Zigeunerlager“ in Richtung Westen verließ, bevor dieses in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 liquidiert wurde. Einige noch arbeitsfähige Häftlinge waren damit der Ermordung zunächst entgangen. Sie wurden im weit verzweigten Lagersystem von Buchenwald zur Zwangsarbeit eingesetzt. Manfred Rose wurde allerdings am 26. September 1944 nach Auschwitz zurücktransportiert und dort mit 200 anderen Sinti und Roma ermordet.⁵⁷ Das Standesamt Flensburg vermerkt für ihn den 8. Mai 1945 als seinen Todestag.⁵⁸

Der Kampf der Überlebenden um Entschädigungen

Mindestens 17 Sinti und Roma aus Flensburg und Umgebung hatten überlebt (vgl. Tabelle „Namen und Schicksale der Deportierten“). Bis auf die Familie von Luise Laubinger und die Kinder von Katharina Rose, die nun allein beim Vater Christian Petersen aufwuchsen, verließen alle Flensburg.⁵⁹ Zehn Personen der Familie Weiß zogen nach Göttingen in eine Baracke des ehemaligen „Ostarbeiter-Lagers“ auf dem dortigen Schützenplatz.⁶⁰ Die Überlebenden bemühten sich um die Beantragung von Entschädigungen – mit sehr unterschiedlichem, meist bescheidenem Erfolg, wie die folgenden Fälle zeigen. Doch bevor diese vorgestellt werden, muss zunächst die Entschädigungssituation hinsichtlich der Mai-Deportation in der frühen Bundesrepublik und speziell in Schleswig-Holstein ausgeleuchtet werden.

Wie wurden die Ereignisse fachwissenschaftlich und juristisch zeitgenössisch in den 1950er Jahren bewertet? Der Historiker Hans Buchheim vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ) erhielt im Laufe dieser Jahre von mehreren Gerichten in der Bundesrepublik den Auftrag, eine historische Einschätzung zur Deportation von Sinti und Roma im Mai 1940 zu verfassen.⁶¹ Vorangegangen waren Klagen von Überlebenden, deren Ansprüche nach dem 1953 beschlossenen Bundesergänzungsgesetz von den Entschädigungsämtern vielfach abgelehnt worden waren, da keine entschädigungsrelevante NS-Verfolgung vorliegen würde. Die frühen Deportationen vom Mai 1940 mussten deshalb in vielen Einzelfällen als entschädigungsrelevante Gewaltmaßnahme erst auf dem Klageweg anerkannt werden.⁶² Die Instanzengerichte urteilten darüber jedoch uneinheitlich.⁶³ Schließlich fasste der Bundesgerichtshof (BGH) am 7. Januar 1956 ein Grundsatzurteil. Dieses gab die grundsätzliche Leitlinie heraus, Entschädigungsansprüche von Sinti und Roma, die im Jahr 1940 ins Generalgouvernement deportiert worden waren, pauschal als nicht „rassisch“ motiviert und damit als nicht entschädigungsrelevant abzuweisen.⁶⁴ Buchheim nahm in seinem Gutachten dagegen eine andere Position ein: „Angesichts der dargelegten Tatsachen und Zusammenhänge ist es wohl kaum möglich [...] etwas anderes als eine rassische Verfolgung der davon betroffenen Zigeuner zu sehen.“⁶⁵

Dieses Gutachten wurde allerdings nur in einem abseitigen Sammelband des IfZ veröffentlicht, daher hatte diese Publikation nur eine geringe Breitenwirkung.⁶⁶ Sie wurde in erster Linie von juristischen Experten zur Kenntnis genommen. Buchheim betonte am 6. Juni 1958 noch einmal in einem Gutachten für ein Entschädigungsverfahren die „rassische“ Motivation, unter anderem mit dem Verweis auf den „Runderlass des Reichsführers SS vom 8. Dezember 1938“.⁶⁷ Diese erneute Stellungnahme blieb außerhalb von Justizakten gänzlich unveröffentlicht. Erst durch das Agieren des Senats-

| Nr. | Familienname | Vorname(n) | Geburtsdatum | Geburtsort | Überlebt? |
|-----|----------------|----------------------|-----------------------|---------------|-----------|
| 1. | Weiß | Jakob Karl | 15.03.1872 | Hirzenach | Nein |
| 2. | Weiß | Helene | 24.05.1913 | Kiel | Ja |
| 3. | Weiß | Robert | 14.11.1906 | Berlin | Ja |
| 4. | Weiß | Antonie | 10.05.1875 | Kassel | Nein |
| 5. | Weiß | Rosette | 25.02.1926 | Flensburg | Ja |
| 6. | Weiß | Selma | 28.02.1901 | Hannover | Nein |
| 7. | Weiß | Heinrich | 04.08.1939 | Flensburg | Nein |
| 8. | Weiß | Eduard | 03.10.1897 | Oppersdorf | Ja |
| 9. | Weiß | Amalie | 22.06.1900 | Kannawurf | Nein |
| 10. | Weiß | Christof(ph) | 22.09.1922 | Borsum | Nein |
| 11. | Weiß | Anna Rosina | 08.03.1925 | Flensburg | Ja |
| 12. | Weiß | Elfriede | 31.05.1927 | Flensburg | Ja |
| 13. | Weiß | Erich Otto | 24.05.1930 | Flensburg | Ja |
| 14. | Weiß | Robert | 17/18.07.1933 | Flensburg | Ja |
| 15. | Weiß | Hans Bruno | 04.08.1939 | Flensburg | Nein |
| 16. | Weiß/Trollmann | Willi | 25.07.1932 | Flensburg | Nein |
| 17. | Weiß/Trollmann | Gerda | 03.03.1934 | Flensburg | Ja |
| 18. | Weiß | Reinhold | 04.09.1935 | Flensburg | Ja |
| 19. | Weiß | Marie Alwine Antonie | 25.03.1904 | Kalkberge | Nein |
| 20. | Weiß | Herta | 10.01.1939 | Flensburg | Nein |
| 21. | Weiß | Wilma | 16.04.1940 | Flensburg | Nein |
| 22. | Weiß | Christof(ph) | 11.01.1937 | Flensburg | Nein |
| 23. | Weiß | Karl | 25.08.1935 | Flensburg | Nein |
| 24. | Weiß | Hermann | 30/31.07.1933 | Flensburg | Nein |
| 25. | Weiß | Ida | 10.09.1932/10.04.1933 | Flensburg | Nein |
| 26. | Weiß | Amanda | 08.10.1931 | Flensburg | Nein |
| 27. | Weiß | Thomas | 21.08.1927 | Flensburg | Ja |
| 28. | Weiß | Anna Rosine | 09.05.1899 | Hollenstedt | Nein |
| 29. | Weiß | Heinrich | 12.03.1900 | Unterkatz | Nein |
| 30. | Weiß | Hulda | 24.05.1930 | Flensburg | Nein |
| 31. | Laubinger | Lina/Lena | 03.11.1918 | Flensburg | Ja |
| 32. | Laubinger | Luise | 19.02.1878 | Schlotheim | Ja |
| 33. | Laubinger | Eduard | 26.11.1906 | Warberg | Nein |
| 34. | Laubinger | Selma | 14.04.1922 | Flensburg | Ja |
| 35. | Laubinger | August | 08.06.1872 | Voldagsen | Nein |
| 36. | Weiß | Hedwig | 06.02.1905 | Amsterdam | Unklar |
| 37. | Weiß | Eduard | 28.03.1931 | Flensburg | Unklar |
| 38. | Weiß | Maria | 12.02.1933 | Flensburg | Unklar |
| 39. | Weiß | Alwine | 09.08.1935 | Flensburg | Unklar |
| 40. | Weiß | Otto | 14.10.1902 | Wettershausen | Unklar |
| 41. | Rose | Katharina | 11.02.1903 | Bischleben | Nein |
| 42. | Rose | Maria | 14.02.1927 | Höchstenbach | Ja |
| 43. | Rose | Erwin | 18.04.1932 | Rickling | Ja |
| 44. | Rose | Dorathea | 02.05.1937 | Schiol | Ja |

Namen und Schicksale der Deportierten: Am 16.05.1940 aus Flensburg deportierte Sinti und Roma: Liste erstellt auf Basis des Straßenverzeichnisses der Stadt Flensburg und diverser Bestände der Arolsen Archives sowie des Landesarchivs Schleswig-Holstein

präsidenten des Frankfurter Oberlandesgerichts Franz Calvelli-Adorno und Anderer gelang 1963 eine juristische Neubewertung.⁶⁸

Der in der NS-Zeit als „Halbjude“ verfolgte, aus einem katholischen Elternhaus stammende Jurist Calvelli-Adorno war 1933 aus seinem Amt als Landgerichtsrat entlassen worden und überlebte nur in der Illegalität. 1946 wurde er als Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt wieder eingestellt und prägte die Spruchpraxis des Gerichts zugunsten der Belange der Verfolgten.⁶⁹ Schon 1952 erkannte das Oberlandesgericht Frankfurt die „rassische“ Dimension der „NS-Zigeunerverfolgung“ an und widersetzte sich, wie einige andere Oberlandesgerichte auch, zwischen 1956 und 1963 immer wieder juristischen Interventionen des BGH.⁷⁰ Dieser revidierte am 18. Dezember 1963 seine Grundsatzentscheidung von 1956 zumindest punktuell. Nun wurden „rassische“ Motive als mitursächlich für die Deportation 1940 anerkannt.⁷¹ Mit dem 1965 verabschiedeten Bundesentschädigungs-Schlussgesetz wurden Neuansprüche für als „Zigeuner“ verfolgte AntragstellerInnen möglich, weil die Entschädigungsbehörden und die unteren Instanzen Gerichte zuvor viele Ansprüche unter Berücksichtigung der Grundsatzentscheidung des BGH abgelehnt hatten. Viele Anspruchsberechtigte hatten dennoch das Nachsehen, waren sie doch bereits verstorben oder hatten es versäumt, rechtzeitig einen Erstantrag zu stellen.⁷²

Wie sah die Situation für die ehemaligen Verfolgten, insbesondere für Sinti und Roma, in Schleswig-Holstein aus? In der Forschungsliteratur zur Entschädigungs- und Wiedergutmachungspraxis im Land wird die generell restriktive Administration des Landesentschädigungsamtes in Kiel – insbesondere bei der Bewilligung von Anträgen von als „Zigeunern“ verfolgten Personen – betont.⁷³ Mit der Ernennung von Karl-August Zornig zum Leiter der Behörde im Februar 1957 wurde die Entschädigungsansprüche abwehrende Haltung noch einmal massiv verstärkt. Zornig, der in der NS-Zeit bei verschiedenen Staatsanwaltschaften für politische Strafsachen zuständig und als Wehrmachtsrichter an Todesurteilen beteiligt war, folgte auf den sozialdemokratischen Remigranten Hans Sievers, den vormaligen Leiter des Landesentschädigungsamtes.⁷⁴

Grundsätzlich erst einmal vielversprechend lief der Antrag von Luise Laubinger, die seit 1949 mit Unterstützung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) ihr Wiedergutmachungsverfahren betrieb. Ab 1951 erhielt sie für ihre Haftzeit eine Entschädigung von 7.200 DM, zusätzlich eine Beschädigtenrente, eine Witwenrente sowie mehrere Zahlungen zur Kompensation von Gesundheitsschäden und für den Tod ihres Mannes. Bis Ende 1959 summierten sich die Zahlungen an sie auf 63.758 DM.⁷⁵ Ende 1959 widerrief das Landesentschädigungsamt jedoch fast alle Zahlungen, weil Luise Laubinger fälschlich angegeben hatte, von Frühjahr 1940 bis zur ihrer Rückkehr nach Flensburg 1944 permanent inhaftiert gewesen zu sein, was nicht den Tatsachen entsprach. Die

Flensburger Sinti und Roma, darunter Luise Laubinger und ihre Familie, waren ab Winter 1940/41 sich selbst überlassen worden. Marnau/Linck haben darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung des Landesentschädigungsamtes durchaus eine Ermessensentscheidung gewesen sei, nur die Mittellosigkeit Luise Laubingers bewahrte sie schließlich vor der Rückzahlung.⁷⁶ Die Deportation als solche stellte in diesem wie in anderen Fällen keine entschädigungsrelevante Freiheitsentziehung dar.⁷⁷

Der in Göttingen lebende Robert Weiß (*14. November 1906), Sohn von Karl Jakob und Antonie Weiß, stellte am 22. November 1949 für sich und zehn Angehörige der Familie einen Antrag auf Gewährung von Haftentschädigung beim Kreissonderhilfsausschuss Göttingen-Stadt. In einer Grundentscheidung der Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten in Hildesheim erging 1954 für diese Anträge der Beschluss, dass der Anspruch auf Entschädigung für die erlittene Freiheitsentziehung dem Grunde nach bejaht werde.⁷⁸ Die Behörde korrigierte damit einen zuvor ergangenen ablehnenden Bescheid des Sonderhilfsausschusses für den Regierungsbezirk Hildesheim vom 10. April 1953. Diese anders lautende positive Entscheidung wurde wie folgt begründet: „Die Entschädigungsbehörde ist (...) der Überzeugung, daß die Umsiedlung der Zigeuner im Jahr 1940 ausschließlich eine rassische Verfolgungsmaßnahme war. Dafür spricht die allgemeine Entwicklung in der Behandlung der Zigeunerfrage durch das NS-Regime.“⁷⁹

Gleichzeitig erkannte die Behörde die Problematik, dass die Haftzeiten nach der Entlassung der Sinti und Roma aus Belzec schwer nachzuweisen wären. Von sich aus schlug die Entschädigungsbehörde einen Vergleich vor, der sehr pragmatisch folgende Regelung enthielt: Die Hälfte der fraglichen Zeit – also zwischen der Entlassung aus Belzec und der Rückkehr nach Flensburg – sollte als Haftzeit anerkannt werden.⁸⁰ Der Vergleich wurde geschlossen und elf Menschen der Familie Weiß bekamen pro Person 4.200 DM Haftentschädigung.⁸¹ Wiederum Robert Weiß beantragte für die Kinder der verstorbenen Karl Jakob und Antonie Weiß 1954 beim für die Eltern zuständigen⁸² Landesentschädigungsamt Schleswig-Holstein als Nachkommen Entschädigungen für erlittene Schäden an Freiheit, Eigentum, Vermögen und beruflichem Fortkommen. Die Gewährung von Zahlungen wurde von der Entschädigungsbehörde am 18. Oktober 1957 mit folgender Begründung abgelehnt: „Wie der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 7. Januar 1956 (...) festgestellt hat, ist die gegen die Zigeuner in den westlichen Bezirken des Deutschen Reiches im Jahr 1940 durchgeführte Umsiedlungsaktion keine nationalsozialistische Gewaltmaßnahme im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes, da für diese Umsiedlung sicherheitspolitische Gründe maßgebend waren.“⁸³

Die Kieler Behörde übernahm damit die juristische Position der skandalösen Entscheidung des BGH. Anträge mit absolut identischer Begründung lehnte das Landesentschädigungsamt Schleswig-Holstein ebenfalls ab.^{84,85} Auch der Antrag von Thomas Weiß (*21. August 1927) für die Anerkennung eines vergleichbaren Anspruchs, bezogen auf seine Eltern Heinrich Weiß und Anna Weiß wurde am 24. November 1958 mit inhaltlich gleicher Begründung abgelehnt.⁸⁶ Ebenso agierte die Behörde im Falle von Robert Weiß (*18. Juli 1933), Erich Otto Weiß (*24. Mai 1930), Elfriede Franz, geb. Weiß (*31. Mai 1927) und Anna Rosina Weiß (*8. Februar 1925), die für ihre verstorbene Mutter Amalie Weiß den Antrag eingereicht hatten.⁸⁷ Auch Reinhold Weiß (*4. September 1935) und Gerda Trollmann (*3. März 1934) scheiterten bei der Kieler Behörde mit ihrem Anliegen bezogen auf ihre Mutter Marie Alwine Antonie Weiß.⁸⁸ Und auch der Versuch von Rosette Weiß (*25. Februar 1926), für den Verlust ihrer Mutter entschädigt zu werden, war erfolglos.⁸⁹ Ebenso der Entschädigungsantrag von Doratheia Rose, den sie als Hinterbliebene ihrer Mutter Katharina stellte, wurde vom Landesentschädigungsamt abgelehnt.⁹⁰ Viele Antragsteller resignierten aufgrund dieser Entscheidungspraxis der Kieler Behörde, doch einige wehrten sich dagegen.

Am 13. November 1957 reichte Robert Weiß im Namen von zehn Angehörigen der Familie Weiß eine Klage gegen das Land Schleswig-Holstein beim Landgericht Kiel ein.⁹¹ Der vertretende Rechtsanwalt war Dr. Hans Beyersdorff aus Kiel, der in der NS-Zeit als Halbjude gegolten und vor 1933 in der Sozietät des bekannten NS-Gegners Wilhelm Spiegel gearbeitet hatte.⁹² Er wies im Verfahren auf eine rechtskräftige Entscheidung des Landgerichts Köln hin, die zu dem Schluss gekommen war, dass „rassen-politische Gründe“ für die Deportationen ursächlich waren.⁹³ Am 3. Juli 1963 wies die Entschädigungskammer des Landgerichts Kiel die Klage der Familie Weiß dennoch ab, unter anderem mit Verweis auf die aktuelle Rechtsprechung des Schleswiger Oberlandesgerichts.⁹⁴ Dr. Beyersdorff reichte am 9. Juni 1964 in Anlehnung an die geänderte Rechtsprechung des BHG beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht (OLG) gegen die Entscheidung der Kieler Entschädigungskammer Berufung ein.⁹⁵ Der 4. Zivilsenat des OLG empfahl daraufhin am 14. Juni 1967 einen Vergleich zwischen den Streitparteien, der von beiden Seiten akzeptiert wurde. Der Kompromiss sah vor, dass das Landesentschädigungsamt einen Teil der Zeit im Generalgouvernement als Haftzeiten anerkennen sollte und die Sinti damit geringe Entschädigungszahlungen erhalten würden.⁹⁶ Im Grunde war damit die gleiche Entscheidung wie bereits 1953 in Niedersachsen getroffen worden, nur mit Kraft raubender, 14-jähriger Verspätung.

Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Nach der Auswertung der im Landesarchiv Schleswig-Holstein erhalten gebliebenen Akten zu Entschädigungsverfahren soll nun die Frage beantwortet werden: Wer waren die Täter respektive Verantwortlichen für die Deportation und wurden diese zur Verantwortung gezogen?

Die Entscheidung, welche Personen aus Flensburg deportiert werden sollten, oblag nach einer Anweisung von Heinrich Himmler der örtlichen Kriminalpolizei.⁹⁷ In der auch für Flensburg zuständigen Kriminalpolizeistelle Hamburg leitete Kurt Krause ab Oktober 1938 die „Zigeunerdienststelle“. Paul Everding fungierte als dessen Sachbearbeiter. Gerhard Junge arbeitete dort mit und war Verbindungsglied zum Reichskriminalpolizeiamt in Berlin und zu dessen „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“.⁹⁸ Krause und Everding wurden von einem britischen Militärgericht im Dezember 1946 zu jeweils drei Jahren Gefängnis verurteilt; sie wurden aus dem Polizeidienst entlassen, kamen jedoch vorzeitig aus der Haft frei und wurden 1949/1950 in ihren Entnazifizierungsverfahren in die Kategorie V (Entlastete)⁹⁹ eingestuft.¹⁰⁰

Der am 7. Juli 1882 geborene Peter Schneider war seit 1939 Leiter der Flensburger Kriminalpolizei.¹⁰¹ Er war seit 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, sein höchstes Amt hier war Blockleiter. Anfang 1919 war er einige Monate Mitglied der SPD gewesen, bevor er aus Protest gegen den Friedensvertrag von Versailles seine Mitgliedschaft frühzeitig beendet hatte.¹⁰² Schneider wurde am 19. Mai 1945 auf Anweisung der britischen Militärregierung verhaftet, am 18. August aus dem Gefängnis entlassen und mit Wirkung vom 05. September 1945 aus dem Kriminaldienst entfernt.¹⁰³ Eine schwere Herzerkrankung und ein Lungenödem führten zu seinem zeitigen Ableben am 16. September 1945.¹⁰⁴ Er musste sich dementsprechend auch nie für die ihm hierarchisch unterstehende „Zigeunerverfolgung“ verantworten.

Der Erkennungsdienst der Flensburger Kripo, der direkt für die „Zigeuner“ zuständig war, hatte im Mai 1939 sieben Mitarbeiter, darunter zwei Sachbearbeiter, die für „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ zuständig waren.¹⁰⁵ Geleitet wurde der Erkennungsdienst seit 1928 von Paul Linke. Linke wurde am 7. Oktober 1888 in Gosel im Kreis Altenburg geboren, er trat bereits 1919 in die Kriminalpolizei ein, war zwar kein Mitglied der SS, wohl aber ab dem 1. Oktober 1941 Mitglied der NSDAP.¹⁰⁶ Auf seinem Entnazifizierungsfragebogen gab er an, von 1912 bis 1915 oder 1916 Mitglied der SPD gewesen zu sein. Weiterhin behauptete er hier, 1933 wegen politischer Unzuverlässigkeit fast entlassen und 1937 aufgrund politischer Gründe nicht zum Obersekretär befördert worden zu sein. Auf seinem Entnazifizierungsfragebogen ist auch für ihn die sehr günsti-

ge Einordnung in die Kategorie V (Entlastete) verzeichnet.¹⁰⁷ Linke blieb auch nach Kriegsende Leiter des Erkennungsdienstes. Ab September 1946 oblag ihm sogar die Leitung der Kriminalpolizei in Flensburg. Im März 1949 wurde er regelhaft pensioniert.¹⁰⁸

Nach der Betrachtung der Rolle der verantwortlichen Polizisten soll nun ein Strafverfolgungsversuch gegen Paul Linke vorgestellt werden. Der Schriftsteller Fritz Stabaginski, 1947 wohnhaft in Bockenheim am Harz, erstattete wohl aus persönlichen Motiven heraus am 25. Oktober 1947 Anzeige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen einen unbekanntes Schioler Gendarmen und den „Sachbearbeiter der Flensburger Gestapo“ wegen der Deportation der Flensburger „Zigeuner“. Der am 7. September 1894 in Markendorf (Kreis Oldenburg) geborene Stabaginski war Vermieter sowie Verwalter des Lübecker „Zigeunerplatzes“. Er erledigte den Schriftverkehr der dortigen Sinti mit den städtischen Ämtern und der Polizei und verdingte sich schließlich als Spitzel, und nach der Deportation als Nachlassverwalter.¹⁰⁹ Konkret prangerte er in seiner Anzeige die Deportation seiner Schwägerin Katharina Rose an, da sie seinen Angaben nach in „wilder Ehe“ mit einem „Deutschen“ gelebt habe. Weiterhin gab er an, durch Intervention beim Reichskriminalpolizeiamt zunächst ihre Rückreise nach Flensburg bewerkstelligt zu haben. Der Anzeigende kritisierte die erneute Deportation von Katharina Rose am 5. Februar 1941, nun nach Ravensbrück.¹¹⁰ Katharina Rose verstarb dort nach offizieller Mitteilung am 13. Juni 1944.¹¹¹

Die Staatsanwaltschaft Flensburg leitete 1947 sofort nach Eingang die Anzeige an den bereits in der NS-Zeit für die „Zigeunerüberwachung“ zuständigen Flensburger Kriminalisten Paul Linke weiter. Der entgegnete, dass die Vorwürfe größtenteils unrichtig seien, die Deportation 1940 eine normale „Umsiedlung“ gewesen sei, die Flensburger „Zigeuner“ im Vergleich human behandelt wurden und dass Katharina Rose als „Zigeunermischling“ in „wilder Ehe“ lebend zu Recht deportiert worden sei.¹¹² Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren am 2. März 1948 ein und schloss sich der Argumentation von Linke an. Diese Entscheidung führte zu einem Schreiben von Stabaginski an die Oberstaatsanwaltschaft in Flensburg mit der Bitte um Wiedereröffnung.¹¹³ Auch schaltete er die Presse und den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags ein. Doch Oberstaatsanwalt Voß eröffnete das Verfahren nicht, verteidigte gar die Entscheidung mit Bezug auf die Befehle des Reichskriminalpolizeiamts.¹¹⁴ Dem Tatvorwurf „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ ging er nicht nach. Der im Kreis Tondern 1899 geborene Adolf Voß war seit Dezember 1948 Oberstaatsanwalt in Flensburg. In der NS-Zeit hatte Voß zwischen 1934 und 1936 mehrmals die Anklage vor dem Sondergericht in Altona vertreten. Seit 1933 war er bereits förderndes Mitglied der SS.¹¹⁵ Nach Aufhebung der Mitgliedersperre 1937 trat er in die NSDAP ein. Dieser vergleichsweise späte Eintritt ermöglichte ihm die



Abb. 9 Christian Petersen mit seiner Tochter Dorathea Rose 1948 an ihrem neuen Wohnort Rügge in Schleswig-Holstein

rasche Wiederverwendung in der Justiz nach 1945.¹¹⁶

Im Dezember 1945 war vom Alliierten Kontrollrat das Gesetz Nr. 10 (KRG 10) erlassen worden, nach dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagbar waren. Das Gesetz sah die Möglichkeit vor, auch deutschen Gerichten die Ermächtigung dazu zu erteilen. In der britischen Besatzungszone galt diese Regelung generell.¹¹⁷ Ab Sommer 1946 war es den deutschen Behörden erlaubt deutsche Täter zu verurteilen, die sich an Deutschen schuldig gemacht hatten. Doch oft schützten neben der Unwilligkeit der Justiz auch Rechtstraditionen wie das Rückwirkungsverbot vor Strafverfolgung.¹¹⁸ Bereits Mitte 1951 wurde die deutsche Ermächtigung zur Anwendung des KRG 10 zurückgenommen.¹¹⁹ In Schleswig-Holstein wurden nach besagtem Gesetz nur 157 Personen verurteilt.¹²⁰

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Ermittlungen bleibt zu fragen, wie sich die Situation der Kinder von Katharina Rose entwickelte? Ihr Partner Christian Petersen lebte mit seinen beiden Töchtern erst in Schiol, später im nahen Rügge (vgl. Abbildung 8). Dorathea Rose bekam ab 1950 eine Hinterbliebenenrente von monatlich 70 DM für Opfer des Nationalsozialismus zugesprochen.¹²¹

Der im Osten verloren gegangene Sohn Erwin kam in den 1960er Jahren über den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wieder in Kontakt zu seinen Schwestern. Er siedelte schließlich in die DDR über.¹²²

Verdrängung und Erinnerung

Die Antwort auf die Frage nach dem „warum so spät?“ hat drei Dimensionen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft wies kollektive Schuldzuschreibungen besonders vor dem Hintergrund der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse einheitlich zurück.¹²³ Die Schuld für Krieg und Massenverbrechen wurde der Führungselite des NS-Staats angelastet, man sah sich selber vielfach selbst als ein Opfer deren Politik.¹²⁴ In Flensburg waren die Nachwehen des Kriegsendes stark zu spüren. Es gab immense Versorgungsprobleme und die Stadt war voll mit Flüchtlingen. Gleichzeitig zog der deutsch-dänische Grenzkonflikt um den Landesteil Schleswig wieder herauf. Und die Erinnerung an die Opfer konzentrierte sich zunächst auf das Gedenken an die vielen Kriegstoten in den Flensburger Familien.¹²⁵

Mit dem fehlenden gesellschaftlichen Bewusstsein ging auch eine wenig produktive zeithistorische Forschung in Bezug auf die Opfer der NS-Massenverbrechen bis in die 1970er Jahre einher.¹²⁶ Anfang der 1980er Jahre brachte das Medienereignis „Holocaust“ einen Durchbruch in der öffentlichen Wahrnehmung der Verfolgten des Nationalsozialismus.¹²⁷ 1980 debattierte erstmals der Schleswig-Holsteinische Landtag über die „NS-Zigeunerverfolgung“ und über die soziale

Lage der Sinti und Roma im Lande.¹²⁸ 1986 begann auch in Flensburg mit der von Heinacher vorgelegten Untersuchung über den Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg die regionalhistorische NS-Aufarbeitung.¹²⁹ Allerdings sollte es noch bis in die 1990er Jahre dauern, bis die NS-Geschichte der Stadt intensiv erforscht wurde. In diesem Kontext entstand der Artikel von Marnau/Linck über die Flensburger Sinti und Roma.¹³⁰

Eine zweite Antwort auf die Frage, warum die Sinti und Roma erst so spät in den Fokus rückten, liegt im vorherrschenden Denken der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Hinblick auf die „NS-Zigeunerverfolgung“. Die öffentliche Wahrnehmung des genozidalen Verbrechens war anfangs nicht ausgeprägt. Man sah in den „Zigeunern“ auch Jahrzehnte nach Kriegsende noch zwanghaft Kriminelle, die man polizeilich beobachten müsste. Die Politik der Nationalsozialisten gegenüber den Sinti und Roma wurde daher als „kriminalpräventiv“ beurteilt, das heißt in weiten Teilen als gerechtfertigt. Erst gesellschaftliche Reformen, eine intensiviertere Forschung zum Thema, ein neues Bewusstsein für die Verfolgten des Nationalsozialismus und die Anerkennung des Völkermords durch Bundeskanzler Helmut Schmidt 1982 läuteten einen allmählichen Bewusstseinswandel in der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf das Massenverbrechen ein.¹³¹

Und der dritte Grund: für die regionalgeschichtliche Forschung zu den Flensburger Sinti und Roma liegt nur eine bruchstückhafte Überlieferung vor. Aber man fragt sich schon, warum bislang niemand auf die Namen der ehemaligen Mitbürger im Straßenverzeichnis der Stadt gestoßen ist und dies für publikationswürdig empfand. Bundesweit erlebt die historische Forschung zu den Deportationen der Sinti und Roma im Mai 1940 in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung. 2015 erschien die Neuauflage des Buches „Abfahrt Karlsruhe“ von Krausnick, 2021 Hesses Studie zu den Deportationen aus Bremerhaven, um nur einige Beispiele zu nennen.¹³² Mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums Hannoverscher Bahnhof in Hamburg, die nach neuer Planung allerdings erst 2026 erfolgt, wird die Erinnerung an die Mai-Deportation auch im Norden auf eine neue erinnerungskulturelle Ebene gehoben werden.¹³³ Auch an verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins werden immer mehr Biografien von Opfern der Mai-Deportationen recherchiert und Gedenktafeln errichtet, zum Beispiel in Neumünster.¹³⁴ In Lübeck werden die Biografien der deportierten Personen ebenfalls erforscht.¹³⁵ Aufgrund der günstigeren Überlieferungslage in der Hansestadt ist hier auch über die schulische Situation der Sinti und Roma in Lübeck in der NS-Zeit publiziert worden.¹³⁶

Seit 2008 erinnert in der Norderstraße 104 auch in Flensburg eine Tafel an sechs Angehörige der Familie Weiß, die hier wohnten.¹³⁷ Doch mit dem Abschluss dieses von Einzelpersonen getragenen Engagements wurde es still um das Schicksal der ehemaligen Mitbürger. Der Verlegung von Stolpersteinen verwehrt sich

der Landesverband der Sinti und Roma bislang aus konzeptionellen Gründen, insbesondere um die Opfer und deren Familien zu schützen.¹³⁸ In den letzten Jahren haben sich lokale geschichtskulturelle Akteure der örtlichen Geschichte der Sinti und Roma angenommen. 2016 fand im Rahmen der Dialogveranstaltungs-Reihe des ADS-Grenzfriedensbundes eine Abendveranstaltung statt, in der die aktuelle und historische Lage der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein und speziell in Flensburg thematisiert wurde.¹³⁹ Die Volkshochschule Harrislee veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Harrislee-Bahnhof und der selbigen Gemeinde am Holocaustgedenktag 2020 eine Vortragsveranstaltung über das Schicksal der Sinti aus Flensburg und Umgebung.¹⁴⁰ Nachhaltig angelegt ist eine Initiative der Waldorfschule Flensburg, die in direkter Nachbarschaft zum ehemaligen „Zigeunerlager“ ihr Schulgelände hat. Die Schule bereitet seit 2018 mit hohem Aufwand die Schaffung einer Gedenkstelle vor, an der die Namen der Opfer sichtbar werden sollen und gleichzeitig das Thema in einer ästhetisch und didaktisch ansprechenden Weise in die Gegenwart geholt werden kann.¹⁴¹

Bei aller gebotenen Vorsicht konnten mit den hier vorgestellten Recherchen die Sinti und Roma ermittelt werden, die am 16. Mai 1940 von Flensburg über Hamburg nach Belzec deportiert wurden. Auch die individuellen Schicksale konnten für alle Personen grob und für einige sogar tiefergehend beleuchtet werden. Über die Lebensumstände in der Norderstraße und insbesondere im „Zigeunerlager“ im Steinfelder Weg ist aber noch immer viel zu wenig bekannt. Auch fehlen bislang Fotografien des Lagers, gegebenenfalls können durch mehr öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema in Flensburg noch private Aufnahmen gehoben werden.

Der Befund zu den geführten Entschädigungsverfahren entspricht den weiteren Forschungsergebnissen aus ganz Deutschland, wobei noch einmal die besonders restriktive Entschädigungspolitik des Landesentschädigungsamtes Schleswig-Holstein offenbar wurde. Auch die Befunde über Ermittlungen gegen die Täter und Verantwortlichen der Deportation aus Flensburg sind wenig überraschend. Es ist vor dem Hintergrund der NS-Belastung des damaligen Flensburger Oberstaatsanwalts Adolf Voß keine Überraschung, dass die ermittelnden Staatsanwälte dem eigentlichen Tatvorwurf (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) gar nicht nachgingen. Auch hätte ein interner Ermittler innerhalb der Polizei den Vorwürfen nachgehen müssen und nicht der vormals verantwortliche Polizist Paul Linke hätte beauftragt werden dürfen, mit entsprechenden Unterlagen die Geschehnisse zu beleuchten. Bereits Marnau/Linck wiesen auf den begründeten Verdacht hin, dass er Quellen mit dem Fokus auswählte, sich zu entlasten.¹⁴²

Spannend wäre in diesem Zusammenhang die unter dem neuen Namen „Landfahrerüberwachung“ in Schleswig-Holstein nach 1945 fortgesetzte polizeiliche Repression gegen Sinti und Roma im Hinblick auf personelle wie konzeptionelle NS-Kontinuitäten zu untersuchen.¹⁴³ Mit Blick auf die lokale Erinnerungskultur ist bislang in der städtischen Öffentlichkeit kaum Interesse bemerkbar, sich des Themas aktiv anzunehmen. Mit der Initiative der Waldorfschule bleibt zu hoffen, dass sich die Stadt Flensburg, die sich bislang mit eigenem Engagement zurückgehalten hat, ihrer Verantwortung stellt! Der Eintrag des „Zigeunerlagers“ im Steinfelder Weg in die städtische Ausstellungswebsite der „Flensburger Erzählorte“ ist ein Anfang.¹⁴⁴

Literaturverzeichnis

- Linde Apel (Hrsg.), In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945, Berlin 2009
- Dies., Glänzendes Gedenken. Zur Erfolgsgeschichte der „Stolpersteine“, in: Frank Bajohr, u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 129-143
- Frank Bajohr, Holocaustforschung – Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945, in: Magnus Brechtken (Hrsg.), Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 122-142
- Nicolaus Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, 3. Auflage, Göttingen 2004
- Frank Bösch, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019
- Hans Buchheim, Die Zigeunerdeportation vom Mai 1940, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band 1, München 1958, S. 51-60
- Agnieszka Caban, Ewa Koper, Die Geschichte der Rom*nja und Sint*izze in den Arbeits- und Vernichtungslagern in Belzec, Belzec 2020
- Franz Calvelli-Adorno, Die rassistische Verfolgung der Zigeuner vor dem 1. März 1943, in: Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht 12 (1961) Heft 12, S. 529-537
- Simon Constantine, Sinti and Roma in Germany (1871–1933). Gypsy policy in the second empire and Weimar Republic, London/New York 2020
- Uwe Danker, Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005
- Uwe Danker, Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein, in: Ders. (Hrsg.), Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein, Husum 2021, S. 22-308
- Ders., Grandioses Scheitern oder kluger Pragmatismus? Entnazifizierung in der britischen Zone – betrachtet mit nüchterner Distanz, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte

93 (2021), S. 287-341

- Eveline Diener, Das Bayerische Landeskriminalamt und seine „Zigeunerpolizei“. Kontinuitäten und Diskontinuitäten der bayerischen „Zigeunerermittlung“ im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. Main 2021
- Geord. D. Falk, Entnazifizierung und Kontinuität. Der Wiederaufbau der hessischen Justiz am Beispiel des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main, Marburg 2017
- Martin Feyen, Wie die Juden? Verfolgte Zigeuner zwischen Bürokratie und Symbolpolitik, in: José Brunner, Norbert Frei, Constantin Goschler (Hrsg.), Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009, S. 323-355
- Karola Fings, Frank Sparing, Rassismus, Lager, Völkermord. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln, Köln 2006
- Karola Fings, Nationalsozialistische Zwangslager für Sinti und Roma, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München 2009, S. 192-217
- Dies., Gutachten zum Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamtes – Tgb. Nr. RKPA. 149/1939 -g- – vom 17.10.1939 betr. „Zigeunererfassung“ („Festsetzungserlass“), Köln 2018
- Jörg Fligge, Lübecker Schulen im „Dritten Reich“. Eine Studie zum Bildungswesen in der NS-Zeit im Kontext der Entwicklung im Reichsgebiet, Lübeck 2014
- Felicitas Glade, Ernst Bamberger – Wilhelm Hamkens. Eine Freundschaft in Mittelholstein unter dem NS-Regime, Rendsburg 2000
- Constantin Goschler, Schuld und Schulden, Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005
- Ludwig Hecker, Auf den Spuren von Verfolgung und Widerstand 1933-1945 in Flensburg. Eine Stadtwanderung, 2. Auflage, Flensburg 2013
- Rainer Hehemann, Die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ im Wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik 1871-1933, Frankfurt 1987
- Peter Heinacher, Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919-1933), 2 Bände. Flensburg 1986
- Hans Hesse, „...Wir sehen uns in Bremerhaven wieder...“. Die Deportation der Sinti und Roma am 16./20. Mai 1940 aus Nordwestdeutschland. Gedenkbuch zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland, Teil 1, Bremerhaven 2021
- Hans Christian Jasch, NS-Verbrechen vor bundesdeutschen Gerichten. Zu Täterschaft und Täterbegriff, in: Magnus Brechtken (Hrsg.), Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 210-142
- Gyde Köster, Die deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein. 13. Dialog des ADS-Grenzfriedensbunds in Kooperation mit der Europa-Universität Flensburg, in: Grenzfriedenshefte 63 (2016) Heft 2, S. 113-124
- Michail Krausnick, Abfahrt Karlsruhe. 16.5.1940 – Die Deportation der Karlsruher Sinti und Roma, Erweiterte Neuausgabe, Basel (u.a.) 2015

- Robert Kuwałek, Das Vernichtungslager Belzec, Berlin 2014
- Arnold Lehmann-Richter, Auf der Suche nach den Grenzen der Wiedergutmachung. Die Rechtsprechung zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Berlin 2007
- Björn Marnau, Stephan Linck, „Im Januar 1944 in Kielce/Polen verstorben.“ Die Flensburger „Zigeuner“ in den Jahren 1922 bis 1945, in: Stadtarchiv Flensburg/Institut für Zeit- und Regionalgeschichte Schleswig/Universität Flensburg (Hrsg.), Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert, Flensburg 1998, S. 190-222
- Stepahn Linck, Der Ordnung verpflichtet. Deutsche Polizei 1933-1949. Der Fall Flensburg, Paderborn (u.a.) 2000
- Sebastian Lotto-Kusche, Rassenhygienische Forschungsstelle, in: Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Alexander Pinwinkler (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, 2. Auflage, Berlin 2017, S. 1592-1596
- Ders., „...dass für sie die gewöhnlichen Rechtsbegriffe nicht gelten.“ Das NS-Zwangslager für „Zigeuner“ in Flensburg und dessen Wahrnehmung in der Stadtbevölkerung, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 28 (2018), S. 225-238
- Ders., Leah Zeidler, Der ganz normale Sonderfall. NS-Belastungen der Flensburger Kommunalpolitik im demokratischen Neuanfang, in: Uwe Danker, (Hrsg.), Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein, Husum 2021, S. 520-565
- Ders., Kann eine Gesellschaft umdenken? Die Anerkennung des NS-Völkermords an Sinti und Roma in der Bonner Republik, in: Deutschland Archiv, 11.09.2021, www.bpb.de/339945
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Gesammelte Unterrichtsbeispiele 1997 bis 2005, Kiel 2004
- Ulrich Pohn, „...dass Hamburg mit als erste Stadt an den Abtransport herangeht“. Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Hamburg, in: Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus, Bremen 2012, S. 35-54
- Edith Raim, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949, München 2013
- Roger Repplinger, „Hat sich besondere Kenntnisse in der Bearbeitung des Zigeunerunwesens erworben.“ Der Kriminalinspekteur Krause im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 65 (2017) Heft 12, S. 1049-1070
- Hansjörg Riechert, Im Schatten von Auschwitz. Die nationalsozialistische Sterilisationspolitik gegenüber Sinti und Roma, Münster/New York 1995
- Heiko Scharffenberg, Sieg der Sparsamkeit. Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Schleswig-Holstein, Bielefeld 2004
- Ingo Schumann, Sinti und Roma aus Neumünster im Nationalsozialismus. Eine Bestandsaufnahme, Neumünster 2022
- Staatliches Museum Auschwitz (Hrsg.), Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrations-

- lager Auschwitz-Birkenau, 2 Bände, München (u.a.) 1993
- Stadearchiv Flensburg (Hrsg.), Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, 5 Bände, Flensburg 1996-2000
- Cordula Tollmien, „In Göttingen befinden sich etwa 6000 ausländische Arbeiter“. NS-Zwangsarbeiter in der Stadt Göttingen, in: Volker Zimmermann (Hrsg.), Leiden verwehrt Vergessen. Zwangsarbeiter in Göttingen und ihre medizinische Versorgung in den Universitätskliniken, Göttingen 2007, S. 81-117
- Sylvia Träbing-Butzmann, Historische Erfahrung als kulturelle Determinante – Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, in: Dies., Rüdiger Wurr (Hrsg.), Schattenkämpfe. Widerstände und Perspektiven der schulischen Emanzipation deutscher Sinti, Kiel 1998, S. 20-84
- Dies., Als eine Minderheit zur verfeimten „Rasse“ wurde: Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, in: Karin Penno (Hrsg.), Minderheiten in der NS-Zeit – Vom getrennten Gestern zum verbindenden Heute, Niebüll 2000, S. 49-66
- Markus Urban, Kollektivschuld durch die Hintertür? Die Wahrnehmung der NMT in der westdeutschen Öffentlichkeit 1946-1951, in: Kim Priemel, Alexa Stiller (Hrsg.), NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 684-718
- Kristina Vagt, The deportation of Sinti and Roma from Hamburg and northern Germany to the Belzec forced labour camp in the Generalgouvernement of 1940, in: Henning Borggräfe, Akim Jah, (Hrsg.), Deportations in the Nazi Era. Sources and Research, Oldenburg 2022, unbekannte Paginierung
- Oliver von Wrochem, Gedenkort und Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof in Hamburg: Entstehungsgeschichte und Vermittlungskonzept, in: Alexander Kraus, Alexander Nedelkovski, Anita Placenti-Grau (Hrsg.), Ein Erinnerungs- und Lernort entsteht. Die Gedenkstätte KZ-Außenlager Laagberg in Wolfsburg. Frankfurt/New York 2018, S. 195-213
- Jürgen Weber, Nachsitzen – Vergangenheitspolitische Debatten 1967–1996, in: Uwe Danker, (Hrsg.), Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein, Husum 2021, S. 367-414
- Ulrike Weckel, „Jüdische Rache?“. Wahrnehmungen des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses durch Angeklagte, Verteidiger und die deutsche Bevölkerung 1945/46, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22 (2013), S. 57-78
- Michael Zimmermann, Deportation ins „Generalgouvernement“. Zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma in Hamburg, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Die nationalsozialistische Verfolgung Hamburger Roma und Sinti. Fünf Beiträge, Hamburg 2006, S. 61-80
- Ders., Deportation ins „Generalgouvernement“. Zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma aus Hamburg, in: Frank Bajohr, Joachim Szodrzynski, (Hrsg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995, S. 151-173
- Ders., Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“,

Hamburg 1996

Anmerkungen

- 1 Stadtarchiv Flensburg (StaFI), ID 156, Band 194 Valentiner Allee, o. S.
- 2 StaFI, IX, F 01702, Zeugenaussage von Ernst Beireis vor dem Flensburger Amtsgericht im Rahmen des Zivilprozesses gegen mehrere Jugendliche, darunter Beireis Enkel, wegen Sachbeschädigung an den Baracken im ehemaligen „Zigeunerlager“ vom 12.12.1940, S. 2; vgl. die Darstellung des Prozesses in, Lotto-Kusche, „dass für sie die gewöhnlichen Rechtsbegriffe nicht gelten“, S. 232-234.
- 3 Niedersächsischer Landesverband deutscher Sinti e.V. Projekt, „Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Sinti und Roma in Konzentrationslagern, Lagern und Ghettos, die sich auf dem Territorium des Landes Niedersachsen befanden“, Interview Nr. 46 vom 8.11.1993, S. 1; Transkript, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/Dokumentationsstelle Celle. Es wird die deutsche Schreibweise des Zwangsarbeitslagers und nicht die polnische Schreibweise des Ortes Belzec verwendet, um kenntlich zu machen, dass es sich um ein deutsches Lager handelte.
- 4 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, passim.
- 5 Vgl. Zimmermann, Deportation ins Generalgouvernement 1995/2006, passim.
- 6 Vgl. Marnau/Linck, „Im Januar 1944 in Kielce/Polen verstorben.“, passim.
- 7 Vgl. Lotto-Kusche, „dass für sie die gewöhnlichen Rechtsbegriffe nicht gelten“, bes. S. 225-226.
- 8 Vgl. Apel (Hrsg.), In den Tod geschickt, S. 72-87; Prehn, „dass Hamburg mit als erste Stadt“, passim.
- 9 Vgl. von Wrochem, Gedenkort und Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof, passim. Dr. Kristina Vagt sei für die gute Zusammenarbeit herzlich gedankt. Prof. Dr. Uwe Danker, Dr. Stephan Linck und Prof. Dr. Astrid Schwabe sei für die aufmerksame Lektüre und wertvolle Hinweise zu diesem Artikel gedankt.
- 10 Vgl. Vagt, The Deportation, o.S.; die Paginierung des 2022 erscheinenden Artikels stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Der Autor hat die Hamburger Recherchen mit Quellen aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein und anderen Archiven erweitert und vertieft.
- 11 Vgl. StaFI, ID 156, Band 153-157 Norderstraße, o.S.
- 12 Vgl. Hehemann, Die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, S. 430.
- 13 Vgl. Marnau/Linck, S. 190-196.
- 14 Vgl. ebd., S. 198.
- 15 Vgl. Constantine, Sinti and Roma in Germany (1871-1933), S. 17-25; Hehemann, Die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, S. 261-277.
- 16 Vgl. StaFI, ID 156, Band 153-157 Norderstraße, o. S.
- 17 Vgl. Niedersächsischer Landesverband deutscher Sinti e.V. Projekt, „Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Sinti und Roma in Konzentrationslagern, Lagern und Ghettos, die sich auf dem Territorium des Landes Niedersachsen befanden“, Interview Nr. 47/2 vom 8.11.1993,

- S. 2; Transkript, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/Dokumentationsstelle Celle.
- 18 Vgl. StaFI, ID 156, Band 153-157 Norderstraße, o. S.
 - 19 Vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 29 Anh. II Z 317 Bl. 2, Bericht eines Polizeihauptmanns des 8. Polizeireviers vom 24.04.1929.
 - 20 Vgl. Riechert, Im Schatten von Auschwitz, passim.
 - 21 Vgl. Vgl. Fings, Nationalsozialistische Zwangslager, S. 192-202.
 - 22 Vgl. Lotto-Kusche, „daß für sie die gewöhnlichen Rechtsbegriffe nicht gelten“, bes. S. 228-230.
 - 23 Vgl. StaFI, ID 156, Band 194 Valentiner Allee, o. S.
 - 24 Vgl. Fings, Gutachten, passim.
 - 25 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 169.
 - 26 Vgl. Fings/Sparing, Rassismus, S. 195-202.
 - 27 Vgl. Marnau/Linck, S. 209.
 - 28 Ab 1938 unterschied die „Rassenhygienische Forschungsstelle“ „rassereine Zigeuner“, „Zigeunermischlinge“ und „nach Zigeunerart umherziehende Personen“, vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 148.
 - 29 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 148-149; Lotto-Kusche, Robert Ritter, passim.
 - 30 Vgl. Vagt, The Deportation, o. S.; Marnau/Linck „Im Januar 1944 in Kielce/Polen verstorben.“, S. 209-210.
 - 31 Vgl. Vagt, The Deportation, o. S.
 - 32 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 173.
 - 33 Vgl. Danker/Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, S. 110.
 - 34 Vgl. Vagt, The Deportation, o. S.
 - 35 Vgl. Träbing-Butzmann/Wurr, Schattenkämpfe, S. 65.
 - 36 Vgl. Marnau/Linck, S. 209.
 - 37 In dieser Zahl sind vier Personen aus dem Gehöft Schiol in der Nähe von Flensburg bereits berücksichtigt. Katharina Rose wurde am 04.05.1940 mit ihren drei Kindern von dort von zwei Gendarmen abgeholt und nach Flensburg gebracht. Von dort wurden diese mit den anderen Sinti und Roma nach Hamburg deportiert, vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 761, Nr. 25446, Eidesstattliche Versicherung von Christian Petersen vom 08.01.1951.
 - 38 Eine weitere Familie wurde von Schleswig aus deportiert, da der Transport aber nicht von Flensburg startete, werden diese hier nicht berücksichtigt, vgl. Archiwum Akt Nowych Waszawa AAN 433, Umzugs-Abmeldebestätigung der Stadt Schleswig, ausgestellt am 2.12.1941.
 - 39 Das Zwangsarbeitslager ist nicht mit dem Vernichtungslager zu verwechseln, das ab November 1941 aufgebaut wurde und Teil der „Aktion Reinhardt“ war, vgl. Kuwałek, Das Vernichtungslager Bełżec, S. 59-78.
 - 40 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 179; LASH Abt. 761, Nr. 15895, Beglau-

- bige Abschrift des Protokolls der Aussage von Robert Weiß vom 11.11.1958. Es starben hier (vgl. Tabelle), 4, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 28.
- 41 Vgl. Caban/Koper, Geschichte, S. 31-35.
 - 42 Vgl. Marnau/Linck, S. 210-212; LASH, Abt. 761, Nr. 15895, Beglaubige Abschrift des Protokolls der Aussage von Robert Weiß vom 11.11.1958. Es starben hier, (vgl. Tabelle) 1, 6, 7, 9, 10, 15, 16, 19. Auch bei Heinrich (Nr. 29) und Hulda Weiß (Nr. 30) muss vom Tod hier ausgegangen werden, vgl. LASH Abt. 761, Nr. 28434, Antrag von Thomas Weiß auf Entschädigung vom 10.10.1956.
 - 43 Vgl. Marnau/ Linck, S. 220; Scharffenberg, Sieg der Sparsamkeit, S. 166-167; LASH Abt. 761, Nr. 15895, Beglaubige Abschrift des Protokolls der Aussage von Robert Weiß vom 11.11.1958.
 - 44 Vgl. Marnau/Linck, S. 216.
 - 45 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 15895, Abschrift eines Schreibens der Kriminalpolizeistelle Schwerin an die Kriminalpolizeistelle Flensburg vom 16.09.1944. Es kehrten zurück (vgl. Tabelle), 2, 3, 5, 8, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 27, 34.
 - 46 Vgl. LASH, Abt. 352.3, Nr. 10951, Klageschrift von Robert Weiß gegen das Land Schleswig-Holstein vom 13.11.1957, Pag. 1. Zu Luise Laubinger vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, S. 15-17; Marnau/Linck, S. 219-221.
 - 47 Vgl. StaFl, ID 156, Band 194 Valentiner Allee. o. S. Es handelt sich um die Personen (vgl. Tabelle), 36-40.
 - 48 Vgl. Vagt, The Deportation, o.S.; Prehn, „...dass Hamburg mit als erste Stadt“, S. 46.
 - 49 Klar ist zumindest, dass es keine Übereinstimmung dieser 10 Personen mit den 44 im Jahr 1940 deportierten Sinti und Roma aus Flensburg gibt.
 - 50 Vgl. Staatliches Museum Auschwitz (Hrsg.), Gedenkbuch, S. 63, 92, 99, 152, 243-244, 291, 315-352, 391-392, 679-682.
 - 51 Vgl. ITS Digital Archive, Arolsen Archives, Teilbestand 1.1.5.3., Individuelle Unterlagen Männer Buchenwald, Dokument 6946252, Personalbogen von Manfred Rose der Lagerverwaltung des Konzentrationslager Buchenwald.
 - 52 Vgl. ITS Digital Archive, Arolsen Archives. Teilbestand 2.1.2., Durchführung der Alliiertenbefehle zur Erfassung von Ausländern und deutschen Verfolgten in der Britischen Besatzungszone in Deutschland, Dokument 70626694, Nachweisung von Ausländern der Polizeiinspektion Flensburg Stadt, die in der Zeit vom 1.9.39 bis 31.5.45 hier verstorben sind, soweit dieses aus den vorhandenen Karteien zu ersehen war vom 7. April 1949.
 - 53 Trotz umfangreicher Bemühungen war es nicht möglich personenbezogene Daten über diese Person in Erfahrung zu bringen. Auch eine Rückfrage an den ausgewiesenen Kenner der schleswig-holsteinischen Justizgeschichte Klaus Detlev Godau-Schüttke brachte kein Ergebnis.
 - 54 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 155.
 - 55 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 340-341.

- 56 Vgl. HStA Weimar, Konzentrationslager und Haftanstalten Buchenwald Nr. 10, Bl. 46, Schreiben des Standortarztes der Waffen-SS des Konzentrationslagers Buchenwald vom 5. August 1944.
- 57 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 340-344.
- 58 Vgl. Standesamt Flensburg, Notiz auf dem Auszug aus dem Geburtenregister Nr. 1196 vom 16.12.1929.
- 59 Vgl. Zum Entschädigungsantrag Luise Laubingers, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, S. 15-17; Linck/Marnau, S. 219-221.
- 60 LASH, Abt. 352.3, Nr. 10951, Klageschrift von Robert Weiß gegen das Land Schleswig-Holstein vom 13.11.1957, Pag. 1; zum Göttinger Schützenplatz-Lager vgl., Tollmien, „In Göttingen befinden sich etwa 6000 ausländische Arbeiter“, S. 103-104.
- 61 Vgl. Buchheim, Zigeunerdeportation, passim.
- 62 Vgl. Goschler, Schuld und Schulden, S. 196-197.
- 63 Vgl. Lehmann-Richter, Auf der Suche, S. 253.
- 64 Vgl. ebd., S. 253-255.
- 65 Buchheim, Zigeunerdeportation vom Mai 1940, S. 60.
- 66 Vgl. Berg, Holocaust, S. 299.
- 67 Vgl. BArch, B 162/110, Gutachten Hans Buchheims mit dem Titel „Die Verfolgung der Zigeuner aus rassistischen Gründen zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft“ vom 6.6.1958. Zum Stellenwert des Runderlasses, vgl. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid, S. 80, 110-111, 126, 148.
- 68 Vgl. Calvelli-Adorno, Die rassistische Verfolgung der Zigeuner vor dem 1. März 1943, passim.
- 69 Vgl. Falk, Entnazifizierung und Kontinuität, S. 155-157.
- 70 Vgl. ebd., S. 409.
- 71 Vgl. Feyen, Wie die Juden?, S. 340.
- 72 Vgl. ebd., S. 346.
- 73 Vgl. Scharffenberg, Sieg der Sparsamkeit, bes. S. 165-170.
- 74 Vgl. Danker, Geteilte Verstrickung, S. 213-215.
- 75 Vgl. Marnau/Linck, S. 219.
- 76 Vgl. ebd., S. 220-221.
- 77 Vgl. Zimmermann, Deportation ins „Generalgouvernement“ (1995), S. 166.
- 78 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Teil-Bescheid (Grundentscheidung) der Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten in Hildesheim in der Entschädigungssache des Robert Weiß vom 07.09.1954, Pag. 24-25.
- 79 Ebd., Pag. 25.
- 80 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Interner Vermerk der Entschädigungsbehörde Hildesheim betreffend Haftentschädigungssache Robert Weiß vom 14.10.1954.

- 81 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Vergleich in der Entschädigungssache von Reinhold, Elfriede, Rosette, Robert jun., Robert sen., Eduard, Otto-Erich, Thomas und Anna-Rosina Weiß sowie Gerda Trollmann und Helene Kos vom 16.10.1954.
- 82 Die zuständige Behörde ergab sich jeweils aus dem Wohnsitz, den die Person am 31.12.1952 hatte. Da die Eltern verstorben waren, war Flensburg der letzte Wohnsitz.
- 83 LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Robert Weiß vom 18.10.1957, Pag. 12-13, hier Pag. 13.
- 84 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Eduard Weiß vom 18.10.1957, Pag. 29-30.
- 85 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Helene Kos vom 18.10.1957, Pag. 13-14.
- 86 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 15895, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Thomas Weiß vom 24.11.1958, Pag. 30-35.
- 87 Vgl. LASH Abt. 761, Nr. 15908, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Robert Weiß, Erich Otto Weiß, Elfriede Franz, geb. Weiß und Anna Rosina Weiß vom 27.11.1958, Pag. 3-6.
- 88 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28376, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Reinhold Weiß und Gerda Trollmann vom 25.11.1958, Pag. 48-51.
- 89 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Rosette Weiß vom 29.11.1958, Pag. 32-35.
- 90 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 25446, Bescheid in dem Entschädigungsverfahren Dorathea Werner, geb. Rose vom 17.08.1959, Pag. 23-25.
- 91 Vgl. LASH, Abt. 352.3, Nr. 10951, Klageschrift von Robert Weiß u.a. gegen das Land Schleswig-Holstein vom 13.11.1957, Pag. 1.
- 92 Vgl. Glade, Ernst Bamberger – Wilhelm Hamkens, S. 215; Danker/Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, S. 103.
- 93 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Rechtlicher Vortrag von Dr. Beyersdorff vom 26.11.1959, Pag. 184-186.
- 94 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Urteil der Entschädigungskammer des Landgerichts Kiel vom 03.07.1963 in der Entschädigungssache Erbegemeinschaft Weiß, Pag. 215-216.
- 95 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Berufungsbegründungsschrift von Dr. Beyersdorff vom 09.06.1959, Pag. 264-265.
- 96 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 28370, Vergleichsverkündung des 4. Zivilsenats des Oberlandesgerichts vom 14.06.1967, Pag. 319-321.
- 97 Vgl. Repplinger, „Hat sich besondere Kenntnisse in der Bearbeitung des Zigeunerunwesens erworben“, S. 1056.
- 98 Vgl. Prehn, „...dass Hamburg mit als erste Stadt“, S. 44; Repplinger, „Hat sich besondere Kenntnisse in der Bearbeitung des Zigeunerunwesens erworben“, S. 1054.
- 99 Vgl. Danker, Grandioses Scheitern oder kluger Pragmatismus?, S. 307-317, bes. S. 312-313.

- 100 Vgl. Prehn, „...dass Hamburg mit als erste Stadt“, S. 49.
- 101 Vgl. Linck, Der Ordnung verpflichtet, S. 65, 76.
- 102 Vgl. LASH, Abt. 621, Nr. 249, Personalbogen von Peter Schneider, undatiert, Pag. 51-54.
- 103 Vgl. LASH, Abt. 621, Nr. 249, Schreiben des Polizeipräsidenten in Flensburg an Kriminalrat Peter Schneider vom 05.09.1945.
- 104 Vgl. LASH, Abt. 621, Nr. 249, Abwesenheitsliste von Kriminalrat Peter Schneider.
- 105 Vgl. Linck, Der Ordnung verpflichtet, S. 87.
- 106 Vgl. LASH, Abt. 623, Nr. 828, Personalbogen von Kriminalpolizei-Obermeister Paul Linke; Linck, Der Ordnung verpflichtet, S. 93. Die Angabe deckt sich mit dem Aufnahmedatum in der NSDAP-Kartei, vgl. BArch R 9361-IX KARTEI/26031539.
- 107 Vgl. LASH, Abt. 460.18, Nr. 406, Entnazifizierungsfragebogen von Paul Linke vom 21.05.1948.
- 108 Vgl. Linck, Der Ordnung verpflichtet, S. 93, 231, 265.
- 109 Vgl. Träbing-Butzmann, Als eine Minderheit zur verfeimten „Rasse“ wurde, S. 52; Träbing-Butzmann, Historische Erfahrung als kulturelle Determinante S. 58-59.
- 110 Vgl. LASH, Abt. 354, Nr. 784, Anzeige von Fritz Stabaginski vom 25.10.1947; vgl. auch die Darstellung des Falls bei Linck, Der Ordnung verpflichtet, S. 95-96.
- 111 Vgl. LASH, Abt. 354, Nr. 784, Abschrift eines Schreibens von K (BV) 351/41 an den ED (Zigeunerkartei) vom 17.06.1944.
- 112 Vgl. LASH, Abt. 354, Nr. 784, Schreiben des Erkennungsdienstes vom 01.12.1947.
- 113 Vgl. LASH, Abt 354, Nr. 784, Schreiben von Fritz Stabaginski an die Oberstaatsanwaltschaft Flensburg vom 15.12.1948.
- 114 Vgl. LASH, Abt. 354, Nr. 784, Schreiben des Oberstaatsanwalts von Flensburg an den Landesminister der Justiz und den Herrn Generalstaatsanwalt vom 20.11.1950.
- 115 Vgl. Danker, Geteilte Verstrickung, S. 244-245.
- 116 Vgl. zum Nachweis der NSDAP-Mitgliedschaft von Voß die Zentralkartei des Berlin Document Center, BArch R 9361-VIII KARTEI/24450507. Zur britischen Wiedereinstellungspolitik im Justizbereich nach 1945 vgl. Raim, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie, S. 342-345.
- 117 Vgl. Jasch, NS-Verbrechen vor bundesdeutschen Gerichten, S. 216-217.
- 118 Vgl. Danker, Grandioses Scheitern oder kluger Pragmatismus?, S. 319.
- 119 Vgl. Jasch, NS-Verbrechen vor bundesdeutschen Gerichten, S. 218-219.
- 120 Vgl. Danker, Grandioses Scheitern oder kluger Pragmatismus?, S. 319.
- 121 Vgl. LASH, Abt. 761, Nr. 25446, Feststellungsbescheid vom 01.07.1950, Pag. 25.
- 122 Vgl. Vagt, The Deportation, o. S.
- 123 Vgl. Urban, Kollektivschuld durch die Hintertür?, S. 688-690, 713.
- 124 Vgl. Weckel, „Jüdische Rache?“, S. 75-78.
- 125 Vgl. Lotto-Kusche/Zeidler, Der ganz normale Sonderfall, S. 520-522, 556-562.
- 126 Vgl. Bajohr, Holocaustforschung, S. 124-136.

- 127 Vgl. Bösch, *Zeitenwende* 1979, S. 363-383.
- 128 Vgl. Weber, *Nachsitzen*, S. 393-397.
- 129 Vgl. Heinacher, *Der Aufstieg der NSDAP*, passim.
- 130 Vgl. Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.), *Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte*; Marnau/Linck, „Im Januar 1944 in Kielce/Polen verstorben.“, passim.
- 131 Vgl. Lotto-Kusche, *Kann eine Gesellschaft umdenken?*, passim.
- 132 Vgl. Krausnick, *Abfahrt Karlsruhe*; Hesse, „...wir sehen uns in Bremerhaven wieder...“.
- 133 Vgl. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, *Zum Standort des Dokumentationszentrums „denkmal Hannoverscher Bahnhof“*, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/zum-standort-des-dokumentationszentrums-denkmal-hannoverscher-bahnhof/> (abgerufen am 31.01.2022).
- 134 Vgl. Schumann, *Sinti und Roma aus Neumünster im Nationalsozialismus*, passim.
- 135 Vgl. Vagt, *The Deportation*, o. S.
- 136 Vgl. Fligge, *Lübecker Schulen im „Dritten Reich“*, S. 234-235.
- 137 Vgl. Hecker, *Auf den Spuren von Verfolgung und Widerstand*, S. 6-7.
- 138 Vgl. Apel, *Glänzendes Gedenken*, S. S. 129-136.
- 139 Vgl. Köster, *Sinti und Roma*, S. 121-122.
- 140 Vgl. Programm der VHS Harrislee, https://www.harrislee.de/media/custom/1902_1870_1.PDF?1561641432 (abgerufen am 31.01.2022).
- 141 Vgl. Projektvorstellung auf der Homepage der Waldorfschule Flensburg, <https://www.waldorfschule-flensburg.de/projekt-gedenkstelle> (abgerufen am 31.01.2022).
- 142 Vgl. Marnau/Linck, S. 215.
- 143 Vgl. Diener, *Bayerische Landeskriminalamt*, passim.
- 144 Vgl. Fl2020, *Flensburger Erzählorte, Zigeunerlager Steinfelder Weg*, <https://www.fl2020.de/erzaehlort-steinfelder-weg-41-43/> (abgerufen am 31.01.2022)

Abbildungsnachweise

- Abb. 1 StaFI, ID 156, Band 194 Valentiner Allee
- Abb. 2, 3, 6, 7 Museumsberg Flensburg, Neg. Nr. II, 21/12 bis 21/15
- Abb. 4, 5 Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 29 Anh. II Z 317 Bl. 5v und 5r
- Abb. 8 ITS Digital Archive, Häftlingspersonalbogen Manfred Rose, Teilbestand 1.1.5.3.,
Individuelle Unterlagen Männer Buchenwald, Dokument 6946252
- Abb. 9 Privatbesitz Beate Köhler

30 Jahre Minderheitenpolitik im europäischen Vergleich – ein Vortrag

Jørgen Kühl

Am 28. Oktober 2021 fand eine von der Deutschen Gesellschaft e.V. organisierte virtuellen Konferenz zum Thema „Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik – Eine Erfolgsgeschichte im Fokus“ statt. Der Historiker Prof. Dr. Jørgen Kühl, der bis zu seiner Pensionierung im Herbst letzten Jahres 15 Jahre lang Direktor der dänischen Gemeinschaftsschule mit Oberstufe, der A.P. Møller Skolen, in Schleswig war und zudem als Honorarprofessor für Minderheitenforschung an der Europa-Universität Flensburg tätig ist, hielt ein Impulsreferat über 30 Jahre Minderheitenpolitik im europäischen Vergleich. Nach einem kurzen Rückblick beschreibt er die aktuellen Herausforderungen und Tendenzen im deutsch-dänischen Grenzland, in dem sich das Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten sowie auch zwischen den Minderheiten zunehmend verändert hat. Für die Grenzfriedenshefte hat der Verfasser sein Manuskript leicht überarbeitet und dabei auf Fußnoten und Anmerkungen mit dem Ziel, Form und Stil seines Vortrages beizubehalten, bewusst verzichtet.

Die Redaktion

Einleitung

30 Jahre Minderheiten und Minderheitenpolitik in Europa. 30 Jahre mit Tragödien, Dramen, aber auch Erfolgsgeschichten. 30 Jahre mit Bürgerkrieg, Interventionen, Terror, Mord, Krieg, Völkermord, Vertreibung – insbesondere auf dem Balkan und im Kaukasus – aber auch mit friedlicher, teilweise gar symbiotischer Koexistenz. 30 Jahre mit Konflikten, Hass und interethnischen Spannungen, mit Verfolgung und Übergriffen, aber auch mit Begegnung, Ausgleich und Aufarbeitung. 30 Jahre mit Verdrängung, aber immer öfter auch Anerkennung von bisher ignorierten Minderheiten. 30 Jahre mit struktureller Assimilation, aber auch mit Rück- und Wiederbesinnung auf eigene Sprache, Kultur, Geschichte und Identität. 30 Jahre mit immer neuen Staaten durch Sezession. 30 Jahre mit internationalen Interventionen und Friedensmissionen. 30 Jahre mit Separatismus und Integrationsansätze.

30 Jahre mit Migrationen und Aussiedlung, sowohl aufgrund von Push- als auch von Pull-Faktoren, von Ost nach West – nicht nur aber insbesondere nach Deutschland. 30 Jahre mit internationalen Mindeststandards und Normsetzung im Minderheitenschutz in der OSZE, Europarat und mit den Kopenhagener Kriterien auch in der EU. 30 Jahre in denen die EU zwar Minderheitenschutz als Aufnahmekriterium voraussetzt und Minderheitenrechte als Grundwert in ihrem Selbstverständnis anerkennt, aber in denen die innovative Kampagne der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen/Nationalitäten heute nicht mehr im Akronym FUEV, sondern nur als FUEN benannt, mit der Minority Safepack-Initiative noch immer durch die EU-Kommission ignoriert wird. 30 Jahre auch mit zunehmender Frustration und Ungeduld der Minderheiten in Europa über schöne Reden, formvollendete Aussagen und Zusicherungen, aber fehlender Umsetzung.

30 Jahre Minderheitenpolitik mit Höhen der Mitmenschlichkeit und Tiefen, gar Abgründen der Unmenschlichkeit. 30 Jahre seit die ethno-nationalen Komponenten, die Anliegen und Herausforderungen nationaler Minderheiten, die in der Regel untragbare Lage der Roma sowie Minderheitenthemen, Minderheitenprobleme, Minderheitenkonflikte und Minderheitenkonfliktlösungsansätze immer wieder den Weg auf die nationalen und internationalen politischen Agenden gefunden haben. 30 Jahre Europa mit Europäerinnen und Europäern, die eine weitaus größere kulturelle, sprachliche, nationale Vielfalt und Mannigfaltigkeit umfassen, als die sich als Nationalstaaten verstehende und in den letzten Jahren zunehmend auch bewusst so agierenden Länder beim ersten und auch zweiten Blick zu bieten scheinen.

Ausgangslage

30 Jahre sind ein guter Anlass, um innezuhalten, Rückschau zu halten, die Gesamtentwicklung zu interpretieren, um einen Blick in die Zukunft zu wagen. Die Kriege, die Bürgerkriege, die blutigen Auseinandersetzungen haben sich dabei geografisch unterschiedlich in Europa manifestiert. Ost-Ukraine, Krim, Kaukasus: Nagorno-Karabach, Georgien, Süd-Ossetien, Abchasien, Ex-Jugoslawien: von Kroatien bis nach Nord-Mazedonien, sind Arenen ethnopolitischer Gewalt und internationaler Kriege geworden, teilweise verblieben.

Darunter leiden stets die Minderheiten, aber auch die Mehrheiten, weil die Diversität, die Multikulturalität, die Koexistenz nachhaltig zerstört wurden. Und auch die Zeugnisse der Geschichte, die Symbole, Denkmäler, Kirchen und Gebäude der ethnischen Gruppen werden oftmals zerstört, zertrümmert, zerbombt, zerfetzt sinnbildlich für das Ende der Koexistenz und der langen Zeit trotz aller Gegensätze, trotz aller alter Rechnungen dennoch auch friedlichen und nach-



Abb. 1 Obgleich die Minderheitenregelungen im deutsch-dänischen Grenzland gerne als europäischer Modellfall bezeichnet werden, gibt es noch immer Herausforderungen, wie dieses 2015 aufgestellte und umgehend wieder entfernte zweisprachige Ortsschild „Hadersleben/Haderslev“ zeigt, das seit 2020 im Museum Sønderjylland im Schloss Sonderburg ausgestellt ist.

barschaftlichen Gemeinsamkeiten in den Unterschiedlichkeiten. Übrig bleiben Trauer, Hass, Verzweiflung, Rachegefühle, die noch viele Jahrzehnte nachwirken werden. Versöhnung, Aussöhnung wird dort als unrealistisch gesehen. Die Wunden sind zu frisch, die Narben noch nicht verheilt, die Übergriffe noch immanent. Auch das sind Folgen katastrophaler europäischer Minderheitenpolitik. Andernorts, wie im Baskenland und Nordirland, erfolgte eine Abkehr von Terror und eine Hinwendung zu Dialog, Verhandlungen, Ausgleich, wodurch die Potenziale der betroffenen Regionen zunehmend entfaltet werden konnten. Mit Skepsis und unguen Gefühlen schauen wir derzeit auf Nordirland und die Herausforderung infolge des Brexits sowie die Implikationen für die Friedens- und Aussöhnungsmechanismen des Karfreitagsabkommens, die auch aktiv von der EU finanziell gefördert worden sind. Denn wir wissen aus Erfahrung, dass auch scheinbar effektive und gut funktionierende Konfliktlösungen, dass auch offensichtlich nachhaltige Modelle stets Aufmerksamkeit, Pflege, Umsicht und

Weitsicht benötigen. Leider ist ethnonationaler Frieden kein Naturgesetz, ist kein Friedensprozess irreversibel. Die Geschichte geht weiter – manchmal mit Rückschritten oder mit neuen Ereignissen, die als Déjà-vu wahrgenommen werden. In Spanien ist die Frage der Erweiterung der Autonomieregelungen mit dem erfolglosen Menetekel der Sezessionsabstimmung in Katalonien von 2017 aktuell. Wie weit wird oder will sich der spanische Staat strecken bei den Zugeständnissen an die Nationalitäten und Regionen, ohne die Integrität und Souveränität zu verlieren? Und wie viel Minderheitenschutz gegenüber den Angehörigen der spanischen Mehrheit, gegenüber anderen Spaniern, die in der Region heimisch sind, will Katalonien gewähren?

Wie steht es um die Perspektiven der separatistischen Bewegungen und Ambitionen im Mittelmeerraum, in Belgien und Großbritannien? Wird das Referendum in Schottland von 2014, wobei die Zugehörigkeit zum Staat Großbritannien knapp bestätigt wurde, demnächst angesichts der negativen und in den letzten Monaten sich zunehmend manifestierenden Folgen des Brexits neu angesetzt? Wie steht es um den Status Grönlands und der Färöer im Dänischen Reich, die zwar nicht als nationale Minderheiten anerkannt, aber dennoch autonome Regionen mit eigener Nationalität, Geschichte, Kultur und Sprache sind?

Wie steht es um die Minderheiten, ob die winzig kleinen, deren Angehörige in Zehnern zu zählen sind, oder die Millionen Menschen großen, die in den vergangenen 30 Jahren Phasen der Nationalstaatsbildung, der Europäisierung, der Globalisierung, der Regionalisierung und seit einigen Jahren wieder verstärkt der Renationalisierung erlebt und noch immer nicht ausreichend Anerkennung, Schutz, Partizipationsmöglichkeiten erreicht haben?

Beispiele aktueller Minderheitenpolitik

Wie steht es um die positiven Fallbeispiele, den sogenannten Modellen, die seit 30 Jahren auf Tagungen, internationalen Konferenzen und bei Studienbesuchen vor Ort vorgestellt und als Beispiele, Vorbild, manchmal gar als Blaupausen empfohlen worden sind? Im quer durch Europa verlaufenden Korridor zwischen Nordkapp und Sizilien finden wir eine Handvoll davon – einige bekannt, mehrere kaum außerhalb der jeweiligen Staaten wahrgenommen.

Wir haben die drei Beispiele der territorialen Autonomie: Die schwedisch geprägten Åland-Inseln in Finnland, deren Autonomie 100 Jahre zurückreicht, die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien, die Autonomie in Südtirol. Auch die Kommunen mit schwedisch-sprachiger Mehrheit in Finnland sind Beispiele sprachautonomer Verwaltung, wobei die 290.000 Finnlandschweden zwar oftmals de facto einer nationalen Minderheit gleichkommen, de jure jedoch Sprecher der zweiten Staatssprache Finnlands sind.



Abb. 2 Karte über das Sapmi mit samischen Minderheiten in Norwegen, Schweden, Finnland und Russland

Wir haben Beispiele der nichtterritorialen Autonomie der Sámi in Norwegen, Schweden und Finnland, die, auch durch die EU-Interregprogramme gefördert, im grenzüberschreitenden Sapmi zunehmend kooperieren und intersamisch ihre Belange artikulieren. Wir haben Beispiele der funktionalen Autonomie im deutsch-dänischen Grenzland. Wir haben die Regionen und Kommunen mit Zwei- und Mehrsprachigkeit in der Verwaltung in Norwegen, Schweden und Finnland. Wir haben Samisch als dritte Sprache in Norwegen neben Bokmål und Nynorsk, die zunehmend auch auf den Internetseiten der staatlichen Verwaltung genutzt wird.

Wir haben in Skandinavien wahrnehmen können, wie die Folgen der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und die europäischen Antworten auf die dadurch sich manifestierenden ethnonationalen Fragen konkret zur Anerkennung alter Gemeinschaften als neue nationale Minderheiten und zur Artikulierung von minderheitenpolitischen Prinzipien sowie in Schweden eines regulären Minderheitengesetzes geführt haben. So finden wir heute in Skandinavien eine Vielfalt von Minderheiten:

Die Sámi, die in Norwegen ausdrücklich den Wunsch nach Anerkennung als Urbevölkerung laut ILO-Konvention 169 einforderten und explizit nicht als nationale Minderheit anerkannt werden wollten, aber in Schweden und Finnland als nationale Minderheiten anerkannt sind. Insgesamt zählen sie zwischen 67.000 und 122.000 Personen.

Die Juden, die in Norwegen, Schweden und Finnland ausdrücklich und auf eigenem Wunsch hin als nationale Minderheiten anerkannt sind, während sie in Dänemark als Glaubensgemeinschaft leben. In Schweden ist das südlich der Ostsee herrührende Jiddisch als Minderheitensprache anerkannt. Insgesamt zählen die jüdischen nationalen Minderheiten zwischen 22.000 und 28.500 Angehörige. Die Roma, die ebenfalls in Norwegen, Schweden und Finnland als nationale Minderheiten anerkannt sind, während Dänemark die dortigen Roma lediglich als Migranten definiert. Insgesamt zählen die Roma-Minderheiten bis zu 110.000 Angehörige, davon bis zu 100.000 in Schweden, aber nur 400 in Norwegen. In Norwegen werden zudem 10-15.000 Kveni, die finnischen Ursprungs sind, 2-3.000 Romani sowie 100-300 Waldfinnen als nationale Minderheit anerkannt. In Schweden werden die 35-60.000 Tornedalinger als nationale Minderheit, ihre Sprache Meänkieli als eigenständige schwedisch-finnische Muttersprache anerkannt neben den 220.000-600.000 Schwedenfinnen und Finnisch. In Finnland bilden die ca. 5.000 Russen und 1.000 Tataren ebenfalls eigene nationale Minderheiten. In Dänemark wird lediglich den bis zu 15.000 Deutschen in Nordschleswig dieser Status zu teil.

In allen vier skandinavischen Staaten gilt das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Dadurch werden international verbrieft Minderheiten- und Sprachenrechte mit unterschiedlichem Nachdruck umgesetzt. In Norwegen bemüht sich der Staat seit Ende der 1990er-Jahre, als eine eigenständige Minderheitenpolitik formuliert und im Parlament beschlossen wurde, auch um Wiedergutmachung von Übergriffen früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte. 1999 bedauerte der König Harald im Sameting die Übergriffe auf die Sámi. Die Nachfahren der Juden, die während der deutschen Besatzung drangsaliert, deportiert, in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden, erhalten Kompensation. Die Romani, trotz vieler gemeinsamer Kulturzüge nicht zu verwechseln mit den Roma, die bis in die 1970er-Jahre stigmatisiert, ca. 1.500 ihrer Kinder zwangsweise aus den Familien entfernt und mindestens 125 Angehörige zwangsweise sterilisiert wurden, werden ebenfalls nach einer offiziellen Entschuldigung 1998 mit Geld kompensiert, ohne den Verlust der Identität, der Sozialisierung innerhalb der Gemeinschaft und der ungeboren Angehörigen der Minderheit je wiedergutmachen zu können.

2017 beschloss das norwegische Parlament die Einsetzung einer Kommission, die die Norwegisierungspolitik gegenüber den Sámi, norwegischen Finnen, Kveni sowie schließlich auch Waldfinnen untersuchen soll. Diese Wahrheitskommission hat in Schweden und Finnland zu ähnlichen Überlegungen geführt. Andernorts in Europa wäre dies ebenfalls eine Möglichkeit, ein „Closure“ zwischen Minderheiten und den Staaten zu erreichen.

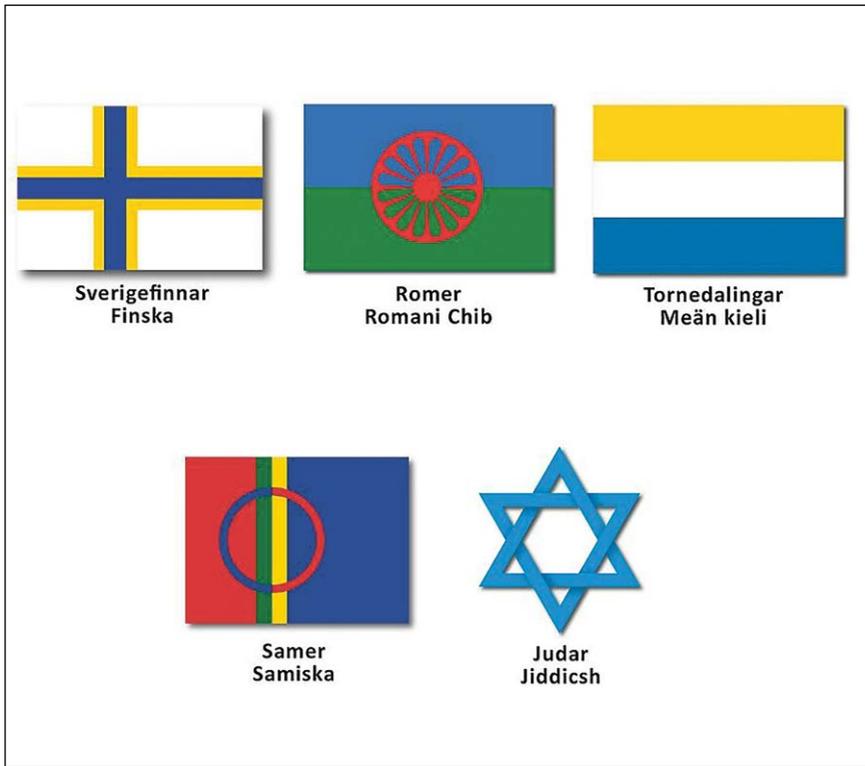


Abb. 3 Symbole für die fünf anerkannten nationalen Minderheiten in Schweden: Schwedenfinnen, Roma, Tornedalingar, Sami und Juden auf der Homepage der Stadt Västerås

In Schweden wurden anlässlich der Ratifizierung der Minderheitenschutzabkommen des Europarats eine gründliche Untersuchung zum Anwendungsbereich vorgenommen, die 1999 zur Anerkennung der bereits genannten fünf Gruppen als nationale Minderheiten und ihrer Sprachen als Minderheitensprache führte (die Zeichensprache ist als sechste Minderheitensprache anerkannt), während z. B. den Schonen, von denen ein Teil sich eng mit Dänemark verbunden fühlen, dieser Status bisher verwehrt wurde. 2009 wurde ein eigenständiges Minderheitengesetz beschlossen, das 2017 revidiert und seit 2019 in Kraft ist und den Kommunen und Regionen größere Verantwortung, Pflichten und Aufgaben zuteilt.

In Schweden gibt es ausgewiesene Verwaltungsbereiche, in denen das tornevalische Mëankieli (gleich „Unsere Sprache“) in acht Kommunen (davon sieben in Nordschweden sowie die Hauptstadt Stockholm), Finnisch in insgesamt 66 Kommunen, davon 124 im Hauptstadtgebiet, sowie Samisch in 25 Kommunen im Umgang mit der Verwaltung verwendet werden können. Ob die Möglichkeiten auch real wahrgenommen werden können, ist eine andere Sache. Im Zuge der Revision des Minderheitengesetzes ersuchte die Interessenorganisation der ca. 200.000 Finnlandschweden um die Anerkennung als eigenständige nationale Minderheit in Schweden. Dabei handelt es sich um Finnlandschweden, die aus Finnland im 20. Jahrhundert nach Schweden übergesiedelt sind. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, weil in Schweden lediglich Gruppen, die vor dem Jahr 1900 im Land lebten, als nationale Minderheit anerkannt werden können. Übrigens stelle man sich vor, die zugewanderten Russlanddeutschen oder Siebenbürger Sachsen in Deutschland würden sich um den Status als anerkannte nationale Minderheit in der Bundesrepublik bemühen. Dies würde eine völlig neue Dimension der Aussiedler- und Minderheitenpolitik eröffnen. Oder die unbekannte, aber vermutlich eher fünf- als vierstellige Zahl der dänischen Südschleswiger würden den Status als anerkannte nationale Minderheit beantragen. In Finnland sind die Roma seit 1995 explizit geschützt, im neuen Sprachengesetz von 2003 wurde festgelegt, dass in jeder Legislaturperiode ein Bericht zur Anwendung des Gesetz gegenüber Finnisch, Schwedisch, Samisch, Romani und der Zeichensprache vorzulegen sei. Dies erfolgte zuletzt 2017. Während Norwegen, Schweden und Finnland ihrer Minderheitenpolitik in den letzten 30 Jahren grundlegend erweitert, konkretisiert und implementiert haben, beharrt Dänemark darauf, dass es lediglich eine nationale Minderheit im Königreich gibt: Die Deutschen in Nordschleswig, die durch die Grenzziehung von 1920 zur Minderheit wurden. Gegenüber den Deutschen wird eine vorbildliche Minderheitenpolitik geführt mit großer Liberalität, politischem Entgegenkommen und finanziellen Zuwendungen – auch angesichts der einseitigen Gegenseitigkeit spricht der impliziten Reziprozität im Verhältnis der deutschen Politik gegenüber der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein.



Abb. 4 Der für Fußgänger und Radfahrer offene Grenzübergang über die pastorale Brücke an der Schusterkate bei Wassersleben, versehen mit rotem Flatterband als Zeichen der in der Coronapandemie vom 14. März bis zum 15. Juni 2020 währenden Grenzsperrung

Grenzen und Hindernisse überwinden

Dennoch gibt es nach wie vor Bereiche, wo der Schutzstandard hinter den europäischen Vorgaben hinterherhinkt. Darauf weist die deutsche Minderheit seit 20 Jahren zunehmend selbstbewusst hin und fordert insbesondere eine größere Berücksichtigung der deutschen Sprache und ihre Visualisierung in Nordschleswig. Seit 2007 wird regelmäßig und mit vielen Emotionen auf dänischer Seite über die Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder in den Städten Tondern, Hadersleben, Apenrade und Sonderburg diskutiert. Bisher erfolglos, abgesehen von einem kurzen Intermezzo im August 2015 mit einem zweisprachigen Ortsschild in Hadersleben, das auf Eigeninitiative des Bürgermeisters aufgestellt, aber nach wenigen Tagen Opfer von Vandalismus und anschließend

zum Museumsgegenstand wurde. Südlich der Grenze begrüßen nur Flensburg und Glücksburg zweisprachig deutsch und dänisch auf Ortsschildern. Keine weitere Ortschaft hat sich bisher für die Visualisierung des dänischen Kulturerbes entschieden.

In der Modellregion des deutsch-dänischen Grenzlandes hapert es somit hin und wieder mit dem symbiotischen Zusammenleben. In den emotionalen Diskussionen in Nordschleswig wird immer wieder auf die Besatzungszeit 1940/45 verwiesen, wobei übersehen wird, dass es in Tondern bis zum Mai 1945 sogar zweisprachige Straßenschilder gab, die nichts mit dem Nationalsozialismus oder der deutschen Besatzung Dänemarks zu tun hatten, sondern Konsequenz einer liberalen Minderheitenpolitik nach der Grenzverschiebung und der Angliederung Nordschleswigs an Dänemark waren. Andererseits wurde nach den Kommunalwahlen im November 2021 ohne Proteste ein Vertreter der deutschen Schleswigschen Partei mit überwältigender Unterstützung der anderen Parteien zum Bürgermeister in Tondern gewählt.

Es brodelte dennoch auch heute unterschwellig im insgesamt vorzüglichen Zusammenleben zwischen Deutschen und Dänen in Nordschleswig, obgleich die hochemotional geführten Debatten, zum Teil unter Androhung von Gewalt und Bomben gegen Einrichtungen der deutschen Minderheit anlässlich der Gründung der grenzüberschreitenden Region Sønderjylland-Schleswig 1996/97, die zwar eine Euroregion ist, aber aufgrund dänischer Europhobie so nicht heißen darf, heute bereits ein viertel Jahrhundert zurückliegen. In diesem Zeitraum gab es einen Generationenwechsel, hat sich die grenzüberschreitende Kooperation auf beiden Seiten als Win-Win-Situation erwiesen, haben dänische Familien den Mehrwert der deutschen Kindergärten und Schulen für sich und insbesondere ihre Kinder erkannt, hat die politische Interessenvertretung, die Schleswigsche Partei (SP), bei den Kommunalwahlen 2017 mit 9.700 Stimmen genauso viel Wählerzuspruch verzeichnen können wie 1953 bei den Folketingswahlen. Allerdings entfielen 2017 knapp 60 Prozent der deutschen Stimmen auf die Kommune Sonderburg und waren dort vor allem persönliche Stimmen für einen Kandidaten.

Im November 2021 fanden erneut Kommunalwahlen statt. Im Vorwege positionierte sich die Schleswigsche Partei wie bei den vorhergegangenen Wahlen als regionale Alternative, die für Sønderjylland und Sønderjysk, d. h. für die Interessen Nordschleswigs und die Bewahrung des dänischen Dialekts einsteht. Bei den dänischen Kommunalwahlen im November 2021 konnte die SP insgesamt gesehen weitere Erfolge verbuchen, obgleich sie bei einer Gesamtzahl von 9.000 Stimmen 700 Stimmen verloren hatte. In Sonderburg erlitt die Minderheitenpartei einen erheblichen Rückschlag. Hier gingen zwei der fünf Mandate verloren und die Stimmenzahl sank um mehr als 2.500 Stimmen auf nunmehr

3.232. In Apenrade gab es hingegen einen Stimmenzuwachs von knapp 2.300 und in Hadersleben von knapp 100 Stimmen. In beiden Kommunen konnten die bisherigen Mandate gehalten werden. In Tondern stieg die Stimmenzahl um mehr als das Doppelte von 1.240 auf 2.711, und auch die Mandatszahl verdoppelte sich von zwei auf vier..

Die Wahl eines Minderheitenangehörigen zum Bürgermeister in Tondern wurde in den Medien in Dänemark und Deutschland mit Interesse wahrgenommen und man zog Vergleiche zur Wahl des SSW-Politikers Simon Faber zum Oberbürgermeister in Flensburg 2010, während die Einwohner:innen in Tondern dies weniger spektakulär aufnahmen. Dort wurde er u. a. als „guter Junge“ bei einer Umfrage der Zeitung Der Nordschleswiger unter Passanten bezeichnet, während es keine negativen Aussagen gab

Die deutsche Minderheit ist heute vollends integriert, ohne ihre Eigenart durch Druck von außen aufgeben zu müssen. Anlässlich des 100. Jubiläums der Grenzziehung von 1920, die infolge des Versailler Friedensvertrags von 1919 in zwei Volksabstimmungen im Februar und März 1920 erfolgte, und deren Ergebnis die anschließende Angliederung Nordschleswigs an Dänemark, dänischerseits als Wiedervereinigung bezeichnet, wurde die deutsche Minderheit immer wieder lobend und positiv erwähnt. Am 15. Juni 2020 sprach die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen in ihrer Rede unter Corona-Umständen auf den Düppeler Schanzen die deutsche Minderheit direkt an, versprach ihr ebenso wie der dänischen Minderheit südlich der Grenze, nicht vergessen zu werden – und sagte auf Deutsch: Auch ihr gehört zu Dänemark. Damit wurde die symbolische Inklusion vollzogen. Die deutsche Minderheit reagierte nicht nur mit Zustimmung, sondern mit Genugtuung und Begeisterung.

Bereits am 31. März 2020 hatten die Regierungen Dänemarks und Deutschlands in Absprache mit der Landesregierung Schleswig-Holstein gemeinsam den Antrag an die UNESCO in Paris gestellt, das besondere deutsch-dänische Minderheitenmodell, das seit 1920 im gemeinsamen Grenzland entstanden und sich nachhaltig verstetigt hat, als immaterielles Weltkulturerbe anzuerkennen. Dabei waren die eng kooperierenden Hauptverbände der deutschen und dänischen Minderheit Primus Motor. Allerdings wurde der Antrag am 16. Dezember 2021 auf Empfehlung des Evaluationsausschusses der UNESCO abgelehnt und an die Antragsteller zurückgeschickt. Dabei wurden die beiden Staaten einerseits für ihre Politik hinsichtlich der Integration sprachlicher Minderheiten gelobt; andererseits wurde hervorgehoben, dass lediglich Programme, Projekte und Aktivitäten betreffend den Schutz immateriellen Kulturerbes nominiert werden können. Die Ablehnung wurde seitens der deutschen und dänischen Minderheiten sowie der Regierungen bedauert.

Gerade die enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen und dänischen Minderheit zeigt, wie weit die Symbiose vorangeschritten ist. Waren die beiden Minderheiten, die Eckpunkte der Symmetrie und Balance in der deutsch-dänischen Minderheitenpolitik bilden, vormals diametrale Gegensätze, hat sich dies nach 1989 grundlegend verändert. Die ethnonationalen Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa wirkten wie ein Katalysator für die Verständigung im deutsch-dänischen Grenzland. Der Bedarf an positiven Beispielen führte zum Modellfall.

Die beiden Minderheiten wurden bereits vor 30 Jahren seitens der bundesdeutschen und dänischen Regierung in gemeinsamen Vorstellungen auf internationalen Konferenzen als besonders gelungener Modellfall mit europäischer Signifikanz hervorgehoben. Delegationen aus Mittel- und Osteuropa besuchten in großer Zahl den Modellfall zwischen Nord- und Ostsee, zwischen Skandinavien und Mitteleuropa, und begegneten hier einer umfassenden und teuren funktionalen kulturellen Autonomie mit Paralleleinrichtungen, die durch Segregation erfolgreiche Integration betreiben. Sie konnten feststellen, dass der Übergang zwischen Minder- und Mehrheiten zunehmend fließender wurde. Dass die Bekenntnisfreiheit von fundamentaler Bedeutung, dass die individuelle Intention und Wahl eines Minderheitenbekenntnisses entscheidend dafür ist, ob man Minderheit ist oder nicht. Hier konnte man verblüfft feststellen, dass objektive Kriterien im Alltag weniger Bedeutung für das nationale Bekenntnis haben, als die subjektive Identifikation, wobei sich die Minderheiten dennoch der Verbindung zwischen objektiven und subjektiven Faktoren stets bewusst sind, und dies Teil ihres Selbstverständnisses als autochthone Gruppen ist. Dass zahlreiche Menschen in Schleswig-Holstein sich zur dänischen Minderheit bekannten und bekennen, ohne objektiv dänische Merkmale zu besitzen, zum Teil gar von südlich der Elbe hinzugezogen sind, ist seit Jahrzehnten Ausdruck für das unkomplizierte Zusammenleben, aber auch für die fließenden Übergänge zwischen den Gruppen.

Das Minderheit ist, wer will, hat anlässlich von Besuchen manchmal auch zu Verwirrung, gar Empörung beigetragen. Als Anfang der 1990er-Jahre regelmäßig internationale Sommerhochschulen für Minderheitenangehörige aus ganz Europa in Apenrade durchgeführt wurden, äußerten einige ungarische Teilnehmer frustriert: Das deutsch-dänische Grenzland verhöhnt das Nationalitätenprinzip und verkennt die Bedeutung der objektiven Merkmale.

Würden die damals noch Mitte 20 Jahre alten Ungarinnen und Ungarn heute knapp 30 Jahre später ins deutsch-dänische Grenzland kommen, kämen sie kaum aus dem Staunen: Die Unterschiede zwischen Deutsch und Dänisch sind bei den Minderheiten beiderseits der Grenze manchmal sehr schwierig auszumachen. Identifikation ist bei großen Teilen der Minderheitenangehörigen



Abb. 5 Im deutsch-dänischen Grenzland werden die Übergänge zwischen Mehr- und Minderheiten, aber auch zwischen den Minderheiten zunehmend fließend, wodurch anscheinend auch hybride Kombinationen entstehen, wie auf diesem Aufkleber, der im November 2021 auf einem Flensburger Auto zu sehen war

kontextuell und fließend. Die Mehrheiten nutzen in immer größerem Umfang die Angebote der Minderheiten. Dies lässt sich vor allem an den Schüler:innenzahlen ablesen: Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den deutschen Schulen in Dänemark ist in den letzten 30 Jahren um mehr als ein Drittel gewachsen – nicht aufgrund gestiegener Fertilität innerhalb der traditionellen deutschen Minderheit, sondern weil dänische Familien die Vorteile und den Mehrwert der Minderheit für sich entdeckt und aktiv gewählt haben. Heute wird geschätzt, dass 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den deutschen Minderheitenschulen aus dänischsprachigen Familien stammen.

Südlich der Grenze setzte diese Entwicklung bereits um 1970 ein. Eine Erhebung unter Oberstufenschülerinnen und -schülern an der größten dänischen Schule in Schleswig-Holstein im Januar 2017 erbrachte die für alle überraschende und für die Elite der Minderheit erschreckende Erkenntnis, dass nur 3 Prozent angaben, dass beide Elternteile selber auf eine dänische Schule gegangen sind, 30 Pro-

zent hatten einen Elternteil mit dänischer Schulerfahrung, während 67 Prozent aus Familien stammten, die außerhalb der Minderheit sozialisiert worden waren. Die Tendenz ist allerdings nicht neu, sondern verbreitet sich seit Jahrzehnten. Die dänische Sprachsoziologin Karen Margrethe Pedersen konnte so bereits in ihrer 2000 erschienenen Habilitationsschrift feststellen, dass in ihrer Stichprobe nur 21,2 Prozent der Mütter und 16,5 Prozent der Väter selber auf eine dänische Schule der Minderheit gegangen sind. 59,8 Prozent der Mütter und 56,7 Prozent der Väter gingen hingegen auf eine deutsche, sprich öffentliche Schule. Diese Fakten sind einerseits ein großartiger Erfolg für die Qualität und Anziehungskraft der Minderheitenschulen beiderseits der Grenze sowie insbesondere für die dänische Soft-Power; andererseits sind die Zahlen Indikation für eine Transformation der Minderheitenrealität. 2021 wurde in der dänischen Minderheit intensiv und aufgeregt diskutiert, ob die Deutung, dass die Minderheit von Bindestrichidentitäten geprägt wird, akzeptabel ist. Viele Jugendliche bezeichnen sich als Bindestrichdänen, wobei sich rechts vom Bindestrich Deutsch befindet. Sie stammen in der Regel aus deutschen Familien, die das dänische Bildungsangebot für ihre Kinder gewählt haben. Die Kinder der Mehrheit werden zu Jugendlichen der Minderheit, ohne die kulturellen und sprachlichen Wurzeln ihrer Familien aufzugeben. Dennoch sind sie im Selbstverständnis Dänisch geprägt geworden und bezeichnen sich nicht ohne Grund als Bindestrichdänen statt Bindestrichdeutsche. Für die Eliten der Minderheit ist dies eine katastrophale Entwicklung, weil dadurch das Selbstverständnis als autochthone Minderheit infrage gestellt wird. Aber die Realität ist so.

Mehr noch: Seit einigen Jahren verstärkt sich das Phänomen, dass Angehörige der beiden Minderheiten sich zunehmend über die Grenze mit der anderen Minderheit identifizieren. Ein Teil der Schülerinnen und Schüler am Deutschen Gymnasium Nordschleswig ging vorher auf eine dänische Schule in Südschleswig. Als 2020 die Bischöfin von Hadersleben anlässlich des 100. Grenzjubiläums einen Kirchenliedwettbewerb unter Oberstufenschülerinnen und -schülern in Grenzland ausschrieb, gewannen zwei Schülerinnen des Deutschen Gymnasium Nordschleswigs mit einem dänischsprachigen Lied den Wettbewerb. Das Lied wurde anschließend vertont und bei den gemeinsamen Festgottesdiensten zu „100 Jahren Grenzziehung“ beiderseits der Grenze gesungen. Die beiden Schülerinnen stammen beide aus der dänischen Minderheit, streben jedoch ihr Abitur in der deutschen Minderheit an. Eine der beiden kam aus einer Familie, in der ein Elternteil selber Abitur am dänischen Gymnasium in Flensburg gemacht hatte; die andere aus einer deutschen Familie, die zunächst das dänische Minderheitenangebot in Südschleswig für ihre Tochter gewählt hatten, bevor diese das Abitur am Deutschen Gymnasium Nordschleswig anstrebte.

Unter den Erzieherinnen und Lehrkräften an deutschen Einrichtungen in Nord-schleswig befinden sich viele, die aus der dänischen Minderheit stammen. Umgekehrt finden sich an dänischen Schulen in Südschleswig auch Lehrkräfte, die selber auf eine deutsche Schule in Nordschleswig gingen. Die im Herbst 2021 neugewählte Vorsitzende eines Kreisverbands des dänischen Kulturverbands SSF in Südschleswig wuchs innerhalb der deutschen Minderheit in Nordschleswig auf.

Diese Beispiele fügen eine gänzlich neue Dimension zum Leitspruch „Minderheit ist, wer will“. Nicht nur Mehrheitsangehörige identifizieren sich mit einer der beiden Minderheiten, Deutsche ziehen nach Dänemark oder Dänen nach Deutschland, Kopenhagener nach Apenrade oder Bayern nach Flensburg und schließen sich den jeweiligen Minderheiten an. Eine zunehmende Anzahl von Personen wechselt zwischen den Minderheiten. Vereinzelt gibt es Aussagen, man fühle sich als Angehörige beider Minderheiten zur gleichen Zeit. Wahrlich ein Minderheitenmodell von internationaler Signifikanz, das zur Entspannung, Entkrampfung, Entemotionalisierung, aber eben teilweise auch zur Entnationalisierung und Entautochthonisierung der Minderheiten beiträgt.

Dieses Phänomen ist von der Minderheitenpolitik schwer zu fassen, denn diese fokussiert sich vor allem auf die Unterschiede, die zu erhalten und bewahren sind. Im Alltag des Grenzlandes ist dies auch der selbstgewählte Auftrag der Minderheitenverbände. Sie sehen sich als autochthone nationale Minderheiten mit eigener Geschichte, Kultur, Sprache, Traditionen. Dies zu erhalten, zu bewahren, zu entwickeln und weiterzugeben sind ihre Ziele. Aber der Unterschied zwischen dem Minderheitenbild der Eliten und der gelebten und praktizierten Alltagsethizität wird zunehmend zu einer Herausforderung.

Wir befinden uns in einer Phase, in der die Minderheiten nicht länger ausschließlich oder überwiegend als national zu verstehen sind. Erhebliche Teile sind vielmehr postnational. Während die nationalen Minderheitenangehörigen das Bildungsangebot der Minderheit wählen, weil sie sich mit der Minderheit identifizieren, werden die Postnationalen erst Teil der Minderheit, weil sie das Bildungsangebot wahrnehmen. Dies sind nur einige aktuelle Beobachtungen zur Minderheitenpolitik aus nordeuropäischer Perspektive. Der Begriff, die Realität, der Kontext des Minderheitseins verändert sich. Die Minderheiten befinden sich in einem Transformationsprozess, was vor 30 Jahren schwer vorstellbar war.

Abbildungsnachweise

Abb. 1, 4, 5 Jørgen Kühl

Abb. 2 <https://www.samer.se/karta>

Abb. 3 <https://www.vasteras.se/images/18.58e4c09315ccb7923d6149/1554823419044/F%20Nationella%20minoriteter%20symboler.jpg>

Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig – ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933

Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten

von FRANK OMLAND

Im vierten Teil der wahlstatistischen Analyse über den Aufstieg der NSDAP im nord-östlichen Schleswig-Holstein zeichnet der Hamburger Regionalgeschichtsforscher Frank Omland für den Kreis Schleswig (Teil 1 siehe: GFH 2/2021, S. 195 ff.) die Ergebnisse und Wahlentwicklung der weiteren, zu den Wahlen angetretenen Parteien und überparteilichen Listenverbindungen nach. Um einen besseren Einblick in mögliche Motive für das Stimmverhalten der Wahlberechtigten zu erhalten, sind zudem die Volksentscheide 1926, 1929 und 1931 mit einbezogen. Ziel des Beitrags ist es herauszuarbeiten, ob bestimmte hemmende und befördernde Einflüsse auf den Aufstieg der NSDAP zu ermittelt sind. Mit diesem Beitrag ist zugleich die in vier Aufsätzen erschienene Wahlanalyse über den Aufstieg der NSDAP mit Schwerpunkt in den beiden Landkreisen Flensburg und Schleswig abgeschlossen.

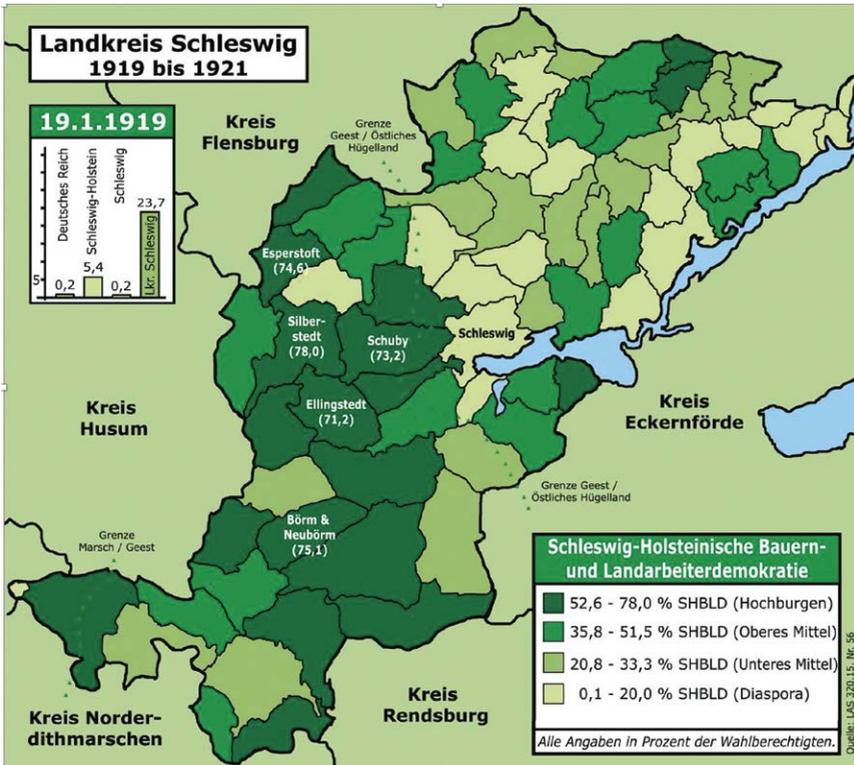
Die Redaktion

Die Ausgangssituation zu Beginn der Weimarer Republik

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts war der Wahlkreis 143 - Schleswig - Eckernförde - im Kaiserreich zwischen Liberalen und Nationalliberalen sowie der SPD umkämpft gewesen. In den jeweiligen Stichwahlen zum Reichstag setzten sich ab 1903 immer die Liberalen von der Fortschrittlichen Volkspartei durch, wobei sie sowohl auf Wechselwähler der Nationalliberalen (gegen die SPD) oder umgekehrt auf solche der SPD (gegen die Nationalliberalen) hoffen konnten.¹ Dementsprechend war nach der Novemberrevolution 1918 zu erwarten, dass sowohl die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) als auch die aus den Nationalliberalen hervorgegangene Deutsche Volkspartei (DVP) die wichtigsten bürgerlichen Protagonisten für die kommende Wahl zur Nationalversammlung sein würden. Doch dem war nicht so, denn es entstand 1918/19

eine neue Partei, die in den Landkreisen Flensburg, Schleswig und Rendsburg ihre Hochburgen verzeichnen sollte: die Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie (SHBLD), die sich nach den ersten beiden Wahlen in Schleswig-Holsteinische Landespartei umbenannte (SHLP). Diese Partei war nur gegründet worden, weil der Schleswig-Holsteinische Bauernverein sich nicht mit Forderungen nach aussichtsreichen Listenplätzen für Landwirte in den beiden bürgerlichen Parteien DDP und DVP hatte durchsetzen können.² Die bäuerliche Interessenpartei stellte so eine ernst zu nehmende Konkurrenz für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die Deutsche Volkspartei (DVP) dar, während die großagrarisches Positionen vertretende Deutschnationale Volkspartei (DNVP) sowieso keine größeren Erfolgsaussichten haben sollte. Einig waren sich aber alle diese Parteien in ihrer Gegnerschaft zur politischen Arbeiterbewegung, insbesondere ihrer Ablehnung der Sozialdemokratie. DDP, DVP und SHBLD konkurrierten in den ländlichen Regionen um dieselbe Wählerschaft, was durch die Stimmresultate untermauert wird: stärkste Partei wurden die Liberalen mit 11.338 Stimmen, gefolgt vom SHBLD mit 8.947, der SPD mit 8.927, der DVP mit 2.769 und abgeschlagen der DNVP mit 1.266.³ Damit bestätigte sich die aus der Kaiserzeit bekannte relative Dominanz der beiden liberalen Parteien vor der Sozialdemokratie, doch war ihnen mit der Bauern- und Landarbeiterdemokratie eine starke Konkurrenz entgegen getreten, die sich gerade auf Ebene der ländlichen Gemeinden widerspiegelte. Während die beiden liberalen Parteien den meisten Teil ihrer gesamten Wählerschaft in den drei größten Gemeinden (Schleswig, Kappeln und Friedrichstadt) gewonnen hatten⁴ und in keiner einzigen Gemeinden im Landkreis für sich alleine die absolute Mehrheit errangen,⁵ sollte die SHBLD in 22 Gemeinden eine solche erreichen und nur in sieben Gemeinden weniger als 10 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen! Anders ausgedrückt: jenseits der drei größten Gemeinden hatte die SHBLD die Wahl im Landkreis Schleswig eindeutig für sich entschieden und konnte insbesondere auf der Geest ihre regionalen Hochburgen verzeichnen (siehe Karte 1). Und obwohl sie bei den Reichstagswahlen am 20.2.1921 – als Schleswig-Holsteinische Landespartei angetreten – starke Verluste erlitt, sollte sie weiterhin in 23 Gemeinden die stärkste Partei bleiben und noch in drei Wahlbezirken die absolute Mehrheit auf sich vereinen.⁶

Die gute Überlieferung der Daten auf Gemeindeebene ermöglicht es uns schon für 1919/1921 eine Schätzung zu den Wählerwanderungen durchzuführen. Insgesamt können 76 Gebiete miteinander verglichen werden, die durch die damalige Zusammenlegung von gemeindeübergreifenden Wahlbezirken zustande kommen. Zur Einordnung der Entwicklung im Kreis Schleswig wurden zum Vergleich die Schätzungen zu den Wählerwanderungen im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins von 1919 auf 1921 einbezogen:⁷ hier verloren die Libera-



Karte 1: Wahl zur Nationalversammlung 19.1.1919, Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie (in Prozent der Wahlberechtigten)

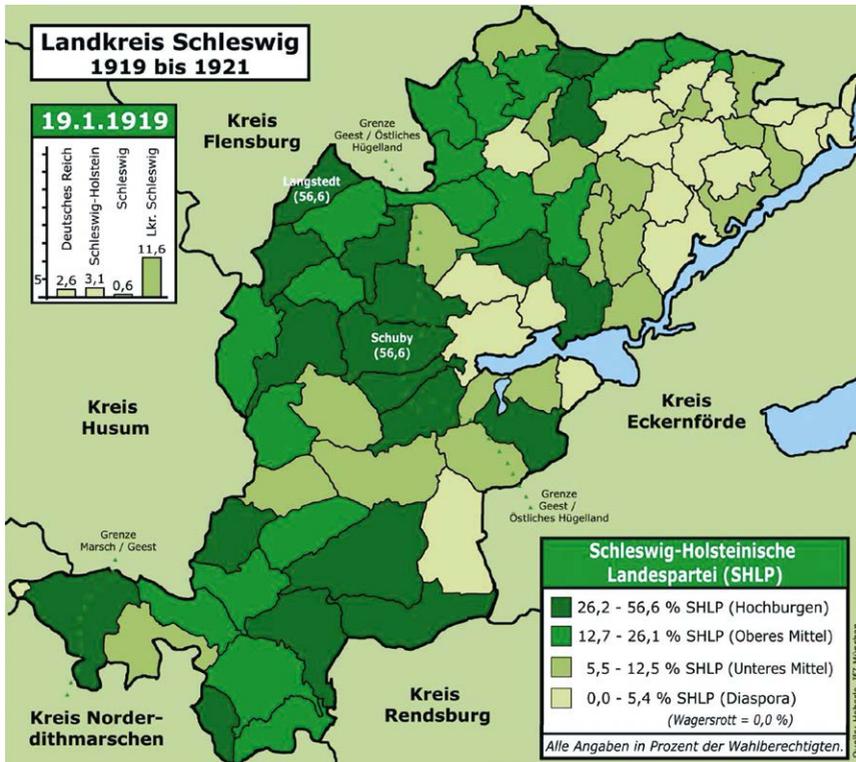
len gleichmäßig jede neunte bis zehnte Stimme an die Deutschnationalen, die rechten Liberalen von der DVP und die SPD. Der größte Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft (knapp 42 %) enthielt sich 1921 aber der Stimme. Die SHBLD verlor ebenfalls am stärksten an das Nichtwählerlager (35 % aller bisherigen Stimmen), gefolgt von der DNVP (18 %) und der DVP (7 %). Sie konnte nur noch jede*n dritten Wähler*in von 1919 für sich überzeugen. Die Haltequote der Sozialdemokratie lag bei fast 50 %, doch verlor sie fast gleichmäßig an DNVP, DVP, die Nichtwählenden, die USPD und die DDP Stimmen. Die Bindekräfte der Parteien im ländlichen Schleswig-Holstein waren also 1919/1921 nicht sehr stark ausgeprägt und die Niederlagen basierten auf der Stimmenthaltung von fast 5.800 Wahlberechtigten. Im Landkreis Schleswig kann eine ähnliche Ent-

wicklung aufgezeigt werden:⁸ die stärksten Verluste sollte es im ländlichen Raum seitens der SHBLD/SHLP⁹ und DDP ans Nichtwählerlager geben, wobei dies auch für die SPD zutrifft. DNVP und DVP profitierten von Wechselwählern der DDP, die DNVP konnte zudem am stärksten (unzufriedene?) Wähler*innen der SHBLD für sich gewinnen. Die Haltequoten waren ebenfalls nur sehr schwach ausgeprägt: bei der SPD betragen sie knapp 41 %, bei der DDP nur 19 %, bei der SHBLD/SHLP 32 % und bei der DVP 45 %. Interessanterweise profitierten immer noch die Arbeiterparteien von der Mobilisierung der Wahlberechtigten, was ein Indiz für eine relativ hohe organisatorische Stärke des Parteiapparates und die Loyalität ihrer Anhängerschaft zurück zu führen ist.

Für die hohen Verluste für die SHLP war vermutlich der Kurswechsel innerhalb der Partei von der bäuerlichen Interessen- und Standespartei hin zu einer allgemeinpolitischen Partei, die die Heimat und das schleswig-holsteinische Sonderbewusstsein betonte, ausschlaggebend. Ab dem Frühjahr 1919 war der Einfluss der Bauern und des Bauernvereins zugunsten von Vertretern der alten Mittelschicht zurückgegangen und ohne die starke Unterstützung der bäuerlichen Interessenvertretung war ein Wahlkampf im ländlichen Raum deutlich schwerer durchzuführen. Die internen Auseinandersetzungen zum Kurs der Partei, zur Frage der Abstimmungen in Nordschleswig sowie antisemitische Positionen dürften weitere Gründe für das Verhalten der (ehemaligen) Wähler*innen gewesen sein.¹⁰ Der wichtigste parteipolitische Profiteur dieser Entwicklung sollten die Deutschnationalen sein, deren Wählerbasis sich praktisch erst durch die vielen Wechselwählenden der SHBLD stark verbreitern sollte. Bei den Nachfolgewahlen kämpften somit die DNVP und rechten Liberalen von der DVP um die Hegemonie im Landkreis, während die Liberalen von der DDP praktisch nur noch in den größeren Gemeinden mit ihnen konkurrieren konnte.

Die Arbeiterparteien im Landkreis Schleswig

In der Regel stellten im evangelischen Norden die Arbeiterparteien, d.h. die SPD, USPD und KPD, den größten hemmenden Faktor für den Aufstieg der NSDAP dar. Im ländlichen Raum dominierte die Sozialdemokratie ihre linke Konkurrenz und bisherige Untersuchungen belegen, dass insbesondere die Kommunisten hier nur schwach bis sehr schwach vertreten waren.¹¹ Schon 1919 hatte es praktisch keine nennenswerten Stimmen für die USPD gegeben, und die SPD trat ähnlich wie im Landkreis Flensburg faktisch flächendeckend ohne eine linke Opposition an. Ihre anfänglichen Erfolge basierten auf den überdurchschnittlichen Ergebnissen in den größten Gemeinden und umgekehrt galt: je ländlicher die Gemeinden, desto weniger Stimmen erhielt sie (Tabelle 1a). Schaut man sich die relative Verteilung der Stimmen an, so zeigt sich, dass die SPD knapp



Karte 2: Reichstagswahl 20.2.1921, Schleswig-Holsteinische Landespartei (in Prozent der Wahlberechtigten)

48 % aller ihrer Stimmen in den drei größten Gemeinden erreichte (Tabelle 1b), doch in diesen nur 34 % der Wahlberechtigten lebten. Sie war hier also deutlich überrepräsentiert, dasselbe galt für die Kleinstädte mit mindestens 1.000 Einwohner*innen. Umgekehrt sah es in den kleineren Gemeinden und Dörfern aus, wo die Partei nur unterdurchschnittlich viele Stimmen erhielt.

Dieses Muster sollte auch bei der nachfolgenden Reichstagswahl am 20.2.1921 erhalten bleiben und die Verluste und Gewinne der Parteien bestätigen die These, dass die SPD insbesondere im ländlichen Raum weniger starke Einbußen hatte verzeichnen müssen.¹² Tatsächlich ging die Wahl für die Partei in den größeren Gemeinden verloren, denn dort büßte sie knapp 11 Prozentpunkte ein, während es in den kleineren Gemeinden nur sechs bis sieben Prozentpunkte

waren. Im Vergleich zum Landkreis Flensburg fielen die Verluste der SPD von 1919 bis Mai 1924 sogar moderater aus, doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei ihr Stimmresultat in diesem Zeitraum fast halbierte.¹³

| Nationalversammlung 19.1.1919, Stimmenanteil in den Gemeinden (in Prozent der Wahlberechtigten) | | | | | | | | | | |
|---|---------------------------------------|--------|------|------|-----|------|------|-------|------|-----|
| Anz. | Gemeinden... | WB | AS | SPD | USP | DDP | DVP | SHBLD | DNVP | Z |
| 28 | unter 500 Einw. | 5.814 | 84,7 | 17,6 | 0,0 | 21,3 | 4,8 | 36,6 | 4,5 | 0,0 |
| 40 | unter 1.000 Einw. | 15.373 | 86,2 | 16,4 | 0,0 | 23,8 | 4,6 | 38,6 | 2,6 | 0,1 |
| 5 | mind. 1.000 Einw. | 3.808 | 86,6 | 28,1 | 0,2 | 27,1 | 3,9 | 22,6 | 4,1 | 0,5 |
| 3 | Schleswig, Kappeln, Friedrichstadt | 12.782 | 93,6 | 33,8 | 0,2 | 42,3 | 12,8 | 0,2 | 3,5 | 0,9 |

Tabelle 1a

| Nationalversammlung 19.1.1919, relativer Anteil der abgegebenen Stimmen (Von allen Stimmen für die Parteien entfielen auf die Gemeinden mit...) | | | | | | | | | | |
|--|---------------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Anz. | Gemeinden... | WB | AS | SPD | USP | DDP | DVP | SHBLD | DNVP | Z |
| 28 | unter 500 Einw. | 15,4 | 14,7 | 11,4 | 2,1 | 10,9 | 10,1 | 23,8 | 20,5 | 0,7 |
| 40 | unter 1.000 Einw. | 40,7 | 39,6 | 28,2 | 14,9 | 32,3 | 25,5 | 66,4 | 32,1 | 12,7 |
| 5 | mind. 1.000 Einw. | 10,1 | 9,9 | 12,0 | 19,1 | 9,1 | 5,4 | 9,6 | 12,3 | 12,7 |
| 3 | Schleswig, Kappeln, Friedrichstadt | 33,8 | 35,8 | 48,4 | 63,8 | 47,7 | 59,0 | 0,2 | 35,1 | 74,0 |
| | | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

Tabelle 1b

| Reichstagswahl 1921 zu Nationalversammlung 1919 | | | | | | | | | |
|--|---------------------------------------|-----------|-------------|------------|------------|-------------|------------|-------------|---------------|
| (Saldo der Stimmen der Wahlberechtigten) | | | | | | | | | |
| Anz. | Gemeinden... | AS | DNVP | DVP | DDP | SHLP | SPD | USPD | Linke* |
| 28 | unter 500 Einw. | -16,2 | 10,4 | 9,9 | -16,7 | -20,0 | -6,9 | 2,9 | 3,0 |
| 40 | unter 1000 Einw. | -17,4 | 7,3 | 13,6 | -17,3 | -20,9 | -5,6 | 1,7 | 1,8 |
| 5 | mind. 1000 Einw. | -14,3 | 7,0 | 11,3 | -19,5 | -8,8 | -11,2 | 1,8 | 2,3 |
| 3 | Schleswig, Kappeln, Friedrichstadt | -11,3 | 4,5 | 11,0 | -29,1 | 0,8 | -10,7 | 7,1 | 8,3 |

Tabelle 2

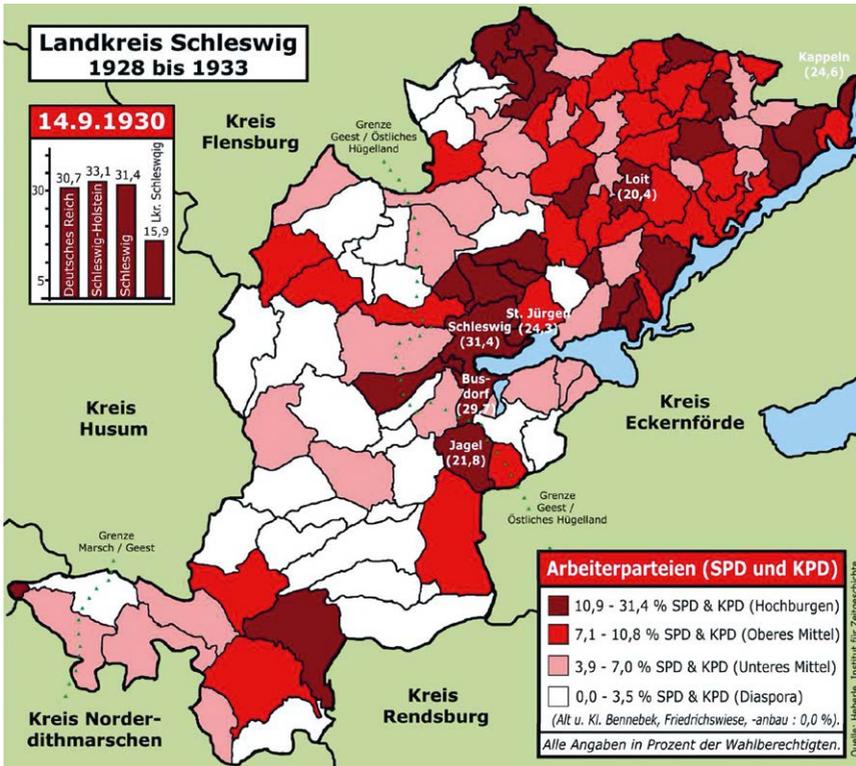
Linke* = USPD + KPD zusammen. Lesebeispiel: In den 28 Gemeinden mit weniger als 500 Einwohner*innen ging die Wahlbeteiligung (AS) um 16 % zurück und dort erhielt die SPD fast 7 % weniger Stimmen als 1919. Dagegen verlor sie in den drei größten Gemeinden (Schleswig u.a.) sogar fast 11 % der Stimmen von 1919.

Auf die Wahlniederlage der Sozialdemokratie 1921 folgte eine noch schwerere Wahlschlappe im Mai 1924, doch ab den Reichstagswahlen von Dezember 1924 bis November 1932 erwies sich die SPD-Wählerbasis als überraschend stabil. So zeigen Kontrastgruppenvergleiche auf, dass sich in diesem achtjährigen Zeitraum immer wieder die gleichen Muster für ihre relativen Erfolge im Landkreis Schleswig einstellten: so galt für die SPD in der Regel, je größer die Gemeinde, desto höher ihr Stimmergebnis,¹⁴ allerdings auf einem deutlich höheren Niveau als bei den Linken von USPD und KPD. Doch wie oben schon erwähnt, war die Partei jenseits der sechs größten Gemeinden im ländlichen Raum eher schwach vertreten.¹⁵ Nicht überraschend ist, dass die SPD relativ besser abschnitt, je geringer der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ausfiel¹⁶ und sich dies verstärkte, je höher der Anteil an den Grundsteuern war.¹⁷ Das spiegelt sich auch in der Höfe-Größenklasse wider: je größer die Höfe, desto erfolgreicher schnitt die Partei ab.¹⁸ Ein indirekter Beleg für die These, dass auf diesen Höfen der vermehrte Einsatz von Landarbeitern eher zu einer weniger starken Bindung an den Hofbesitzer führte. Der Soziologe Rudolf Heberle hat dies so zusammengefasst: „Jedenfalls ist sehr deutlich, dass die Chancen der sozialistischen Parteien umso günstiger waren, je mehr der landwirtschaftliche Betrieb auf die Beschäftigung von fremden Lohnarbeitern angewiesen war, während Familienbetriebe ein starkes Hemmnis für diese Parteien darstellten.“¹⁹ Heberle ging davon aus, dass die Grenze des Erfolgs der SPD ungefähr ab einer Betriebsgröße von 50 ha aufwärts zu setzen war. Für den Landkreis

Schleswig kann dies bestätigt werden, denn im Zusammenspiel von einer dominierenden Hof-Größe von unter 50 Hektar, einem überdurchschnittlichen Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft und einem unterdurchschnittlichen Anteil an der Grundsteuer errang die SPD lediglich 3,1 % der Stimmen. Zudem war die Partei in den Gemeinden im ertragreicheren östlichen Hügelland mit 18,0 % deutlich stärker vertreten als auf der Geest mit 4,9 %, ²⁰ was sich ebenfalls schon mit den Ergebnissen von Heberle deckt. ²¹ Außerdem ist zu konstatieren, dass in den Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Frauen an der Gesamtbevölkerung die SPD ebenfalls höhere Ergebnisse einfuhr, als in den männerdominierten Gemeinden. ²² Zudem wies die Partei von 1928 bis 1933 eine hohe Kontinuität ihrer Hochburgen-Gebiete auf, was als ein Beleg dafür gewertet werden soll, dass die Partei eine treu zu ihr stehende Stammwählerschaft besaß. ²³

Dagegen errang die ab 1921 antretende linke Konkurrenz, die KPD, im Landkreis Schleswig lediglich jede fünfte Stimme für die Arbeiterparteien. Sie konnte nirgends eine ernsthafte Konkurrenz zur SPD aufbauen und sollte auf Kreisebene nie das stärkste Ergebnis der USPD aus der Reichstagswahl 1921 (3,8 % der Stimmen der Wahlberechtigten) übertreffen (vgl. Tabelle 2). Regional galt auch für die KPD: je größer die Gemeinde, desto besser ihr Wahlergebnis und jenseits der sechs bevölkerungsstärksten Gemeinden mit mindestens 1.000 Einwohner*innen schnitt sie sehr schlecht ab. ²⁴ Eine Wählerschaft, die für die (radikalere) Linke stimmte, existierte 1919 praktisch nicht und auch 1921 sollte die Linke in einem Drittel der Gemeinden überhaupt keine Stimmen und nur in drei Gemeinden mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen. ²⁵ Selbst zu den Zeiten ihrer größten Erfolge, bei der Reichstagswahl vom November 1932, sah es ähnlich aus: Hier erreichte die KPD nur in sechs Gemeinden mehr als zehn Prozent der Wahlberechtigten, während in 26 von 116 Gemeinden niemand für sie stimmte. ²⁶ Die Partei profitierte von Wechselwählern der SPD, konnte aber in der Weimarer Republik im ländlichen Raum Schlesiws keine Stammwählerschaft aufbauen und es stellt sich die Frage, ob es überhaupt nennenswerte Parteistrukturen gegeben hat.

Ähnlich wie in den bisher untersuchten Gebieten galt auch im Landkreis Schleswig, dass die Arbeiterparteien den wichtigsten hemmenden Einfluss für die NSDAP darstellten: je höher ihr Wähleranteil, desto geringer der Anteil der NSDAP und umgekehrt, wobei sich dieser Effekt faktisch nur in den Hochburgen der Arbeiterparteien auswirkte, denn dort konzentrierten sich ihre relativen Wahlerfolge. ²⁷ Die folgende Karte zu den Reichstagswahlen 1930 zeigt beispielhaft auf, wie sich ihre Stimmen im Landkreis verteilten. Es wird deutlich, dass sie sich um Schleswig, das nördliche Angeln sowie um die größeren Gemeinden



Karte 3: Reichstagswahl 14.9.1930, Arbeiterparteien (in Prozent der Wahlberechtigten)

sowie ehemalige Gutsbezirke wie etwa Meggerdorf im Südosten konzentrierten. Die meisten Geestgemeinden waren also Diaspora-Gebiete für sie und nicht überraschend waren dies die Aufstiegsgebiete der NSDAP. Ähnlich wie im Landkreis Flensburg stellte also auch im Landkreis Schleswig die Stärke der Arbeiterparteien ein Hemmnis für die NSDAP dar, und es fragt sich auch hier, welche Wählerschaften das Stimmresultat der NSDAP eher beförderten? Im Folgenden sollen deshalb die bürgerlichen und ländlich-agrarischen Wähler genauer betrachtet werden.

Die Zustimmung für ländliche Interessenparteien (1928-1933)

Schon für den Landkreis Flensburg stellte sich die Frage, ob es zwischen den Erfolgen von bestimmten agrarpolitisch ausgerichteten Interessenparteien und den späteren Erfolgen der NSDAP einen Zusammenhang gibt. Für Flensburg wiesen die Analysen eher auf Diskontinuität statt Kontinuität im Wahlverhalten hin, d.h. die Wahlergebnisse für die Interessenparteien der Landbevölkerung wiesen territorial keine „linearen“ Kontinuitäten zur NSDAP auf.²⁸ Um dies auch für den Landkreis Schleswig zu überprüfen, wurde in einem ersten Schritt ein zusätzlicher längsschnittlicher Datensatz von 1919/1921 und 1928 bis 1933 erstellt, der hier 76 Gebiete umfasst, da 1919 noch einzelne Gemeinden zusammen einen Wahlbezirk bildeten. Im zweiten Schritt wurden jeweils die 19 Gebiete mit den höchsten Stimm-ergebnissen von SHBLD 1919, SHLP 1921, CNBLP 1930 sowie der NSDAP 1933 mit den Ergebnissen der anderen Parteien im Zeitverlauf verglichen. Die folgende Tabelle 3 fasst die Ergebnisse dieser Hochburgen-Kongruenz, also der territorialen Deckungsgleichheit, zusammen, und es zeigt sich, dass die Zusammenhänge zwischen den frühen Hochburgen der bäuerlichen Interessenparteien 1919/1921 und den späteren Erfolgen der NSDAP eher schwächer ausfallen. Dies bestätigt damit auch die These von der territorialen Diskontinuität im Wahlverhalten (Tabelle 3). In einem dritten Schritt wurden dieselben Fragen anhand des 116 Gemeinden umfassenden Datensatzes von 1928 bis 1933 überprüft. Auch hier bestätigt sich, dass die Wählerschaft der bäuerlichen Interessenparteien eher eine geringe direkte territoriale Kontinuitätslinie zu den Erfolgen der NSDAP aufweisen. Am stärksten ist dies noch bei der 1928 angetretenen Deutschen Bauernpartei der Fall, während die 1929 zur Provinziallandtagswahl kandidierende Schleswig-Holsteinische Bauernliste nur wenige und auch die direktere Konkurrenz der NSDAP, die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBLP) 1930 nur wenige Hochburgen mit denen der NSDAP in den Jahren 1932/33 teilte.²⁹ Die Karte 4 zeigt deutlich, dass die CNBLP im östlichen Hügelland weiter verbreitet war, als auf der Geest. Dies war auch im Landkreis Flensburg so gewesen, doch sollte die Partei dort sehr viel erfolgreicher abschneiden als im südlichen Nachbarkreis.³⁰ Im Gegensatz zum Landkreis Flensburg stellte die CNBLP in Schleswig nur in den kleineren Gemeinden mit durchschnittlich 13,2 % der Stimmen der Wahlberechtigten eine größere Konkurrenz für die NSDAP dar. Dies gelang ihr durch die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler, gefolgt von Wechselwählern von DNVP und NSDAP.³¹ In den bevölkerungsreichsten Gemeinden ab 500 und mehr Einwohner*innen blieb die CNBLP mit 3,2 % deutlich erfolgloser. Da aber im Landkreis Schleswig fast 2/3 der Bevölkerung in diesen 30 Gemeinden lebte, waren Wahlerfolge dort von entscheidenderer Bedeutung für die Parteien als Wahlerfolge in den kleineren Gemeinden.

| Landkreis Schleswig | | | | | | | | | | |
|--|---------------|--------------|---------------|----------------|------------------|------------------|-------------------|-----------------|-----------------|---------------|
| Hochburgen-Kongruenz im Zeitverlauf 1919/1921 und 1928 bis 1933 | | | | | | | | | | |
| (19 Gebiete mit den höchsten Stimmergebnissen der jeweiligen Partei) | | | | | | | | | | |
| Hochburgen | SHBLD | SHLP | NSDAP | DNVP | DBP | CNBLP | NSDAP | HuW | SHBL | VA: Ja |
| | 1919 | 1921 | 1928 | 1928 | 1928 | 1928 | 1929 | 1929 | 1929 | 1929 |
| SHBLD 1919 | 19 | 11 | 2 | 9 | 8 | 6 | 7 | 7 | 3 | 11 |
| SHLP 1921 | 11 | 19 | 6 | 7 | 7 | 5 | 7 | 6 | 6 | 8 |
| CNBLP 1930 | 6 | 8 | 5 | 5 | 5 | 6 | 1 | 7 | 4 | 2 |
| NSDAP 1933 | 9 | 10 | 4 | 8 | 8 | 3 | 11 | 4 | 4 | 9 |
| | NSDAP 1930 | DNVP 1930 | CNBLP 1930 | VE: Ja 1931 | Hitler 1932 M | Hitler 1932 A | NSDAP LTW 1932 | NSDAP 1932 J | NSDAP 1932 N | NSDAP 1933 |
| SHBLD 1919 | 9 | 4 | 6 | 10 | 10 | 11 | 10 | 11 | 1 | 9 |
| SHLP 1921 | 9 | 2 | 8 | 5 | 10 | 8 | 8 | 9 | 2 | 10 |
| CNBLP 1930 | 1 | 3 | 19 | 4 | 4 | 3 | 4 | 3 | 8 | 3 |
| NSDAP 1933 | 12 | 4 | 3 | 7 | 15 | 16 | 16 | 16 | 0 | 19 |

Tabelle 3

Lesebeispiel: Von den 19 Hochburgen der SHBLD bei der Nationalversammlung 1919 waren elf noch 1921 Hochburgen der SHLP, zwei Hochburgen der NSDAP 1928 und neun Hochburgen der DNVP bei der RTW 1928 gewesen. Die territoriale Deckungsgleichheit der Hochburgen der NSDAP mit der SHBLD lag 1929 bei sieben, 1930 bei neun, 1932 im Juli bei 11 und 1933 bei 9 Hochburgen-Gebiete der NSDAP.

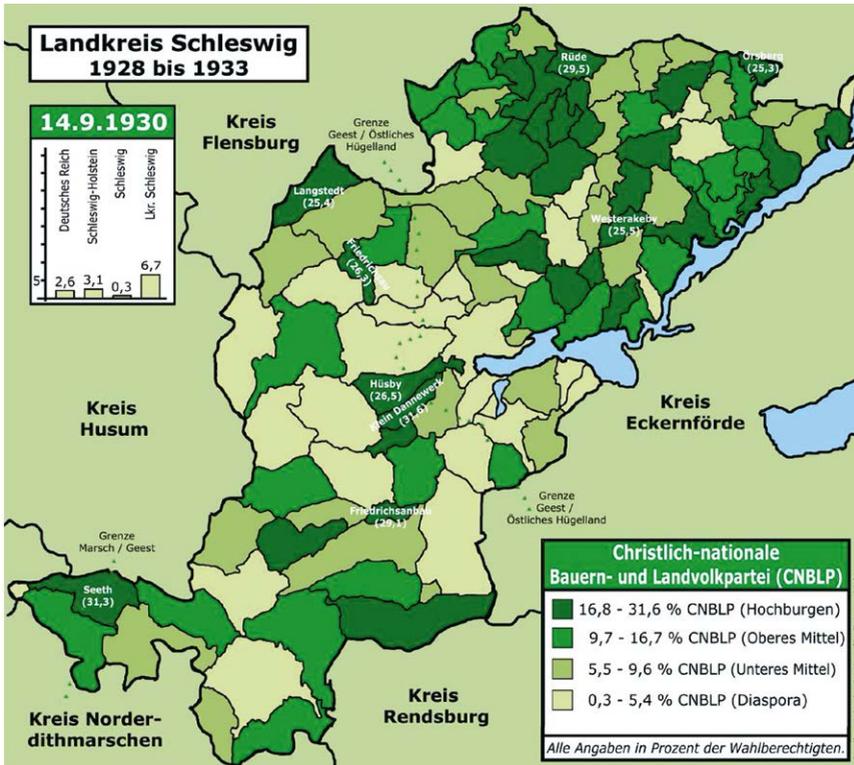
Legende: Provinziallandtagswahl 1929 (ProvLTW) HuW = Heimat und Wirtschaft (Gemeinschaftsliste der DNVP, DVP und Interessenverbänden), SHBL = Schleswig-Holsteinische Bauernliste; VE: Ja 1929 = Volksentscheid „Freiheitsgesetz“ 1929, Ja-Stimmen; VE: Ja 1931 = Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags 1931, Ja-Stimmen; 1932 M / A = Reichspräsidentenwahl März/April; LTW = Landtagswahl 24.4.1932; 1932 J / N = Reichstagswahl Juli / November.

| Landkreis Schleswig, kleinere/größere Gemeinden (RTW 1930, in Prozent der Wahlberechtigten) | | | | | | | | | |
|---|------------------------|--------|------|-----|-------|-------|------|-----|------|
| Anz. | | WB | AS | US | GS | NSDAP | DNVP | DVP | DStP |
| 116 | Landkreis Schleswig | 44.347 | 76,0 | 0,4 | 75,6 | 26,9 | 4,0 | 6,8 | 5,8 |
| 86 | Lkr SL unter 500 Einw. | 15.610 | 71,0 | 0,2 | 70,8 | 28,0 | 4,3 | 3,9 | 5,9 |
| 30 | Lkr SL mind. 500 Einw. | 28.737 | 78,5 | 0,6 | 77,9 | 26,3 | 3,9 | 8,4 | 5,7 |
| Anz. | | SPD | KPD | WP | CNBLP | KVP | CSVD | Z | X |
| 116 | Landkreis Schleswig | 14,1 | 1,8 | 3,9 | 6,7 | 1,2 | 2,1 | 0,4 | 1,8 |
| 86 | Lkr SL unter 500 Einw. | 6,7 | 1,0 | 3,2 | 13,1 | 0,6 | 2,2 | 0,0 | 2,0 |
| 30 | Lkr SL mind. 500 Einw. | 18,1 | 2,3 | 4,3 | 3,2 | 1,5 | 2,1 | 0,5 | 1,8 |

Tabelle 4a – Lesebeispiel: Im gesamten Landkreis Schleswig stimmten 1930 insgesamt 6,7 % der Wahlberechtigten für die CNBLP, während es in den 86 Gemeinden mit weniger als 500 Einw. sogar 13,1 % und in den 30 größeren Gemeinden mit mindestens 500 Einw. dagegen nur 3,2 % waren. Nur die NSDAP erhielt im ländlichen Raum mehr Stimmen als die CNBLP.

| Landkreis Schleswig, kleinere/größere Gemeinden, RTW 1930 (Relative Verteilung der Stimmen der Wahlberechtigten) | | | | | | | | | | |
|--|------------------|--------|--------|-------|--------|--------|-------|-------|-------|-----|
| Anz. | | WB | AS | US | GS | NSDAP | DNVP | DVP | DStP | Z |
| 116 | Landkreis, abs. | 44.347 | 33.722 | 199 | 33.523 | 11.946 | 1.785 | 3.036 | 2.557 | 173 |
| 86 | Lkr SL unter 500 | 35 | 33 | 20 | 33 | 37 | 37 | 20 | 36 | 23 |
| 30 | Lkr SL mind. 500 | 65 | 67 | 81 | 67 | 63 | 63 | 80 | 64 | 77 |
| Anz. | | WB | AS | SPD | KPD | WP | CNBLP | KVP | CSVD | X |
| 116 | Landkreis, abs. | 44.347 | 33.722 | 6.246 | 800 | 1.741 | 2.976 | 532 | 935 | 796 |
| 86 | Lkr SL unter 500 | 35 | 33 | 17 | 19 | 29 | 69 | 17 | 37 | 38 |
| 30 | Lkr SL mind. 500 | 65 | 67 | 83 | 81 | 71 | 31 | 83 | 63 | 62 |

Tabelle 4b – Lesebeispiel: In den 86 Gemeinden mit weniger als 500 Einw. lebten knapp 35 % aller Wahlberechtigten, doch errang die CNBLP 1930 hier 69 % aller ihrer Stimmen. Sie war hier also stark überrepräsentiert, während die NSDAP und auch die DNVP fast genau im Durchschnitt der Verteilung der Wahlberechtigten lagen.



Karte 4: Reichstagswahl 14.9.1930, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, (in Prozent der Wahlberechtigten)

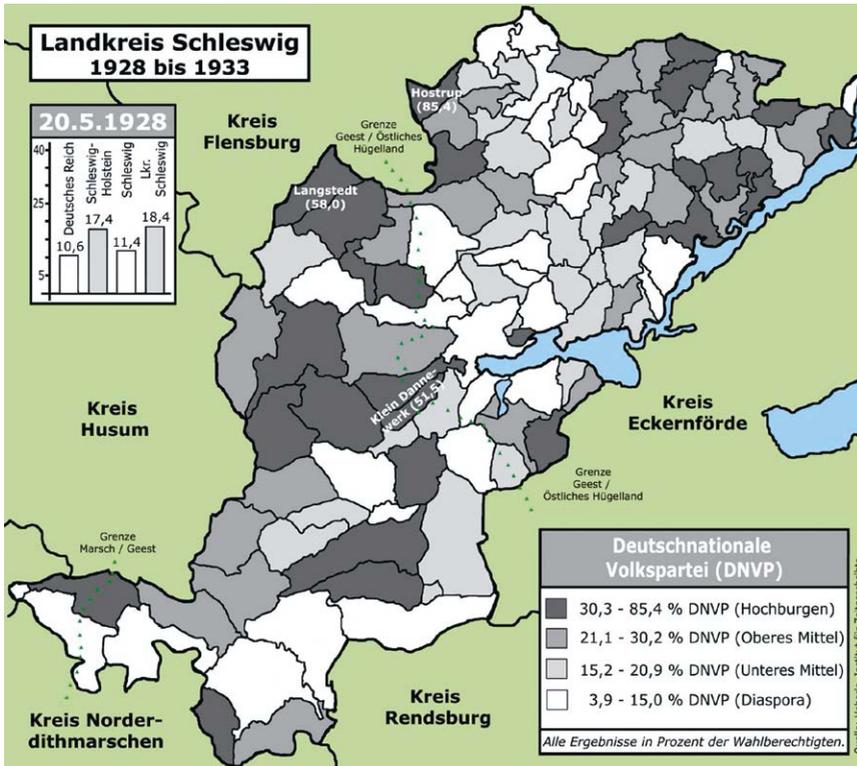
Die Ergebnisse der Wählerwanderungen von 1930 auf Juli 1932 unterstreichen für die kleinen Gemeinden die „relative Ferne“ der CNBLP Wählerschaft zur NSDAP. Knapp jede*r Vierte wechselte bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 zur DVP, ebenfalls jede*r Vierte zur NSDAP, jede*r Sechste stimmte für die DStP und jede*r Zehnte ging ins Nichtwählerlager über.³² Von den 2.055 Wahlberechtigten, die die CNBLP 1930 im ländlichen Raum erreichte, konnte die NSDAP also bei ihrem großen Wahlerfolg im Juli 1932 lediglich etwa 500 für sich gewinnen.

Die bürgerlichen Parteien im ländlichen Raum

Schaut man sich die Wahlentwicklung von 1919 bis 1933 an, so ergibt sich für das bürgerliche und konservative Lager ein sehr differenziertes Bild: auf den großen Erfolg der Liberalen 1919 folgte 1921 eine extreme Niederlage zugunsten des Aufstiegs der DVP, schwächer der DNVP und einem Anstieg der Nichtwählerschaft, insbesondere aus den ehemaligen Wählern der SHBLD. Im Mai und Dezember 1924 führten der Absturz der SHLP in die Bedeutungslosigkeit und Verluste der DVP dazu, dass sich die Stimmgewichte noch einmal nach rechts in Richtung DNVP verschoben. 1928 brachen aufgrund der Erfolge der Interessensparteien, u.a. der Wirtschaftspartei, sowie durch die vermehrte Wahlenthaltung die Deutschnationalen und die Liberalen massiv ein. Doch dessen ungeachtet blieb die DNVP im Landkreis die stärkste Partei und ihre Hochburgen waren sowohl im Angelter Raum als auch auf der Geest zu finden (siehe Karte 5).

1930 folgten mit dem reichsweiten Aufstieg der NSDAP, dem Erstarren der Landvolkpartei und einer relativen Erholung auf schwachem Niveau für die Liberalen der Absturz der Deutschnationalen bei gleichzeitig schweren Verlusten der rechten Bürgerlichen von der DVP. Bis zum März 1933 reduzierte sich das Feld der nennenswerten politischen Akteure im Landkreis Schleswig auf die beiden Arbeiterparteien, insbesondere die SPD sowie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten. Angesichts der relativen Stabilität des Lagers der Arbeiterparteien dürfte dagegen für die bürgerlichen Parteien von 1924 bis 1933 von einer hohen Mobilität im Wählerverhalten der Landbevölkerung auszugehen sein. Dies spricht für die These von der Suchbewegung der Wahlberechtigten in den Dorfgemeinschaften nach einer Partei von der sie sich eine deutliche Interessenvertretung im Reichstag erhofften.

Um diese These zu überprüfen, wurde zum einen die so genannte Hochburgenkongruenz, also die territoriale Deckungsgleichheit der stärksten Gebiete der Parteien untersucht. Je geringer diese ausfiel, desto eher ist davon auszugehen, dass die Bindungskräfte der jeweiligen Partei nachgelassen haben. Zum anderen wurden Schätzungen zu den Wählerwanderungen berechnet und mit den vorherigen Erkenntnissen verglichen. Für die Deutschnationalen lässt sich konstatieren, dass ihre Bindungskräfte in ihren Hochburgen von 1928 stark zurück gingen, denn die Hochburgenkongruenz schwächte sich dort stark ab.³³ Erst 1932/33 stabilisierte sich die Partei wieder und konnte kontinuierlicher von Wahl zu Wahl ihre bisherige Anhängerschaft für sich mobilisieren.³⁴ Das bedeutet aber auch, dass die deutschnationale Wählerschaft von 1928 nicht der von 1932/33 entsprach, denn es vollzog sich eine Verschiebung von den Gebieten auf der Geest (mit einem sehr hohen Anteil von in der Landwirtschaft Beschäftigten und vielen kleineren Höfen) zu den ländlichen



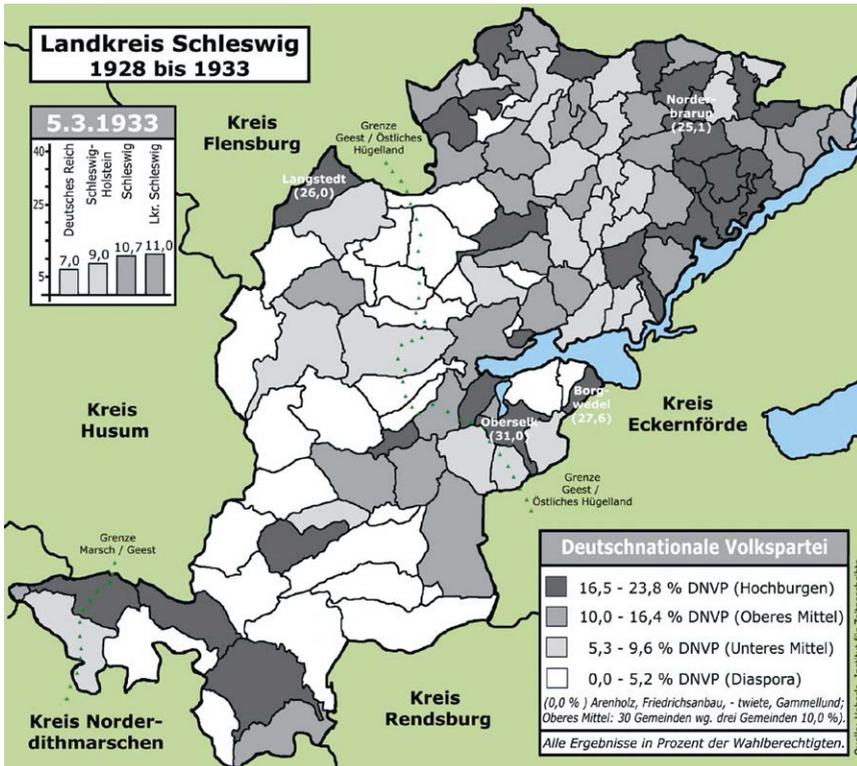
Karte 5: Reichstagswahl 20. Mai 1928, Deutschnationale Volkspartei (DNVP), (in Prozent der Wahlberechtigten)

Gebieten in Angeln mit größeren Höfen und höherem maschinellen Anteilen in der Agrarwirtschaft.³⁵ Diese regionale Verschiebung nach Nordosten war der Stärke der NSDAP auf der Geest geschuldet, die seit 1929 alle anderen Parteien dort zu dominieren begann. Die Schätzungen zu den Wählerwanderungen von 1928 bis 1933 bestätigen dieses Bild: mit Ausnahme der NSDAP gelang es keiner anderen Partei mehr größere bürgerliche und ländlich geprägte Wählerschaften von Wahl zu Wahl an sich zu binden. Die Deutschnationalen besaßen keine Stammwählerschaft mehr, profitierten vielmehr von Wechselwählern, der Mobilisierung von Nichtwähler*innen und ab 1932 einer schwächer ausgeprägten Wechselbewegung ihrer Anhänger zur NSDAP.³⁶ Bei der letzten pluralistischen Reichstagswahl am 5. März 1933 gewann die

NSDAP mit 29.014 Stimmen fast 2/3 aller Wahlberechtigten für sich. Angesichts von nur noch 4.586 Nichtwähler*innen konnten weder die SPD (5.188 Stimmen), die DNVP (5.149) oder die KPD (1.193) dagegen ernsthaft konkurrieren. Der Landkreis Schleswig gehörte nach den Kreisen Südtondern und Flensburg zu den unangefochtenen Hochburgen der Nationalsozialisten in der Provinz Schleswig-Holstein.

Kurzer Ausblick auf die politische Stimmung im Landkreis Schleswig: die Volksentscheide und die inhaltliche Ausrichtung der Zeitungen

Bevor in einem Fazit noch ein Vergleich zu den Entwicklungen im Landkreis Flensburg gezogen wird, sollen an dieser Stelle noch zwei weitere Punkte kurz angerissen werden: zum ersten die Entwicklungen bei den drei Volksentscheiden 1926, 1929 und 1931³⁷ und zum zweiten die Unterstützung durch bzw. die politische Ausrichtung der Zeitungen im Nordosten Schleswig-Holsteins. Für den von den Arbeiterparteien befürworteten Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenvermögen am 20. Juni 1926 lässt sich konstatieren, dass der Landkreis Schleswig zu den Gebieten gehörte, in denen der Wahlboykott am größten ausfiel. Die ländliche Bevölkerung war also ähnlich wie in den Kreisen Husum, Südtondern und Flensburg gegen die Enteignung der Fürsten und die Zustimmungquote lag deshalb bei nur 14,6 %.³⁸ Dagegen sah es bei der politisch ganz anders gelagerten Frage des Volksentscheids „Freiheitsgesetz“ am 22.12.1929 deutlich anders aus. Hier ging es faktisch darum, ob und wie zukünftig mit den Reparationszahlungen an die alliierten Siegerstaaten des ersten Weltkriegs umzugehen sein würde. Hier stimmten mit 29,8 % etwas weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten im Landkreis Schleswig für einen Volksentscheid der vom Stahlhelm, der DNVP, der NSDAP und der CNBLP unterstützt wurde. In den ländlichen Gebieten mit weniger als 500 Einwohner*innen lag die Zustimmung sogar bei 37,6 % und stieg in den Dörfern mit weniger als 200 Einwohner*innen auf 42,4 % an. In 24 von 116 Gemeinden stimmten sogar mindestens 50 % der Wahlberechtigten mit „Ja“, wobei die Geestgemeinden den regionalen Schwerpunkt bildeten. Bei der Frage, ob der preußische Landtag aufzulösen sei, fiel das Ergebnis im Landkreis Schleswig noch eindeutiger aus: am 9.8.1931 stimmten fast 2/3 aller Wahlberechtigten für den Volksentscheid³⁹ und selbst in den vier einzigen Gemeinden, in denen weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten mit „Ja“ gestimmt hatten, fiel die Zustimmung sehr hoch aus: Busdorf (44,4 %), Hostrup (48,5 %), Schleswig (47,1 %) und Wohlde (38,7 %). Zusammenfassend lässt sich konstatieren: im Landkreis Schleswig war 1926 die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Verstaatlichung von Privateigentum, 1929 eine größere Minderheit gegen die Reparationszahlungen an die Alliierten



Karte 6: Reichstagswahl 5. März 1933, Deutschnationale Volkspartei (DNVP), (in Prozent der Wahlberechtigten)

und 1931 eine überwältigende Mehrheit, einschließlich der überzeugten KPD-Anhänger,⁴⁰ flächendeckend gegen die Politik der sozialdemokratischen preußischen Landesregierung eingestellt. Damit unterschied sich die hiesige Landbevölkerung praktisch nicht von ihren nördlichen Flensburger Nachbar*innen. Neben der Unterstützung der Parteien für die jeweiligen Volksentscheide dürfte auch die politische Ausrichtung der im Landkreis gelesenen Zeitungen einen Einfluss auf die Wahlberechtigten gehabt haben. Die folgende Tabelle gibt für ausgewählte Ereignisse an, wie sich die Zeitungen jeweils im Meinungskampf positioniert haben. Dabei wird deutlich, dass die Redaktionen mehrheitlich die Volksentscheide 1929 und 1931 befürworteten und bei den Reichstagswahlen von 1928 bis 1932 die DNVP und DVP sowie später auch die NSDAP unter-

stützten. Die NSDAP betrachteten sie als Teil der nationalen Opposition, mit deren Hilfe es möglich sein würde, eine parlamentarische Mehrheit für eine Regierung unter Ausschluss der SPD bilden zu können.

| Presseklima im Nordosten (Unterstützung wichtiger Zeitungen für die Parteien) | | | | | |
|---|---------------------|---|---|-----------------------|-----------------------|
| | RTW 1928 | RTW 1930 | RTW 1932J | VB/VE 1929 | VB/VE 1931 |
| Schleswiger Nachrichten (Auflage 1929: 9.100) | DNVP DVP | DNVP DVP | NSDAP DNVP | Pro | Pro |
| Schlei-Bote (Erscheinungsort: Kappeln, Auflage 1928: 3.200) | DNVP | Nat. Opp. (NSDAP, DNVP, Stahlhelm) | DNVP NSDAP | Pro | Pro |
| Flensburger Nachrichten (Auflage 1929: 20.000) | DVP DNVP | DVP | Papen (DNVP) | Pro+ Contra | Pro |
| Eckernförder Zeitung (Auflage 1929: 4.200) | DNVP DVP | CNBLP DNVP | Nat. Opp. (NSDAP, DNVP, Stahlhelm) | Pro | Pro |
| Schleswig-Holsteinische Landeszeitung (Erscheinungsort: Rendsburg; Auflage 1929: 24.200) | CNBLP | CNBLP DNVP DVP, WP | DNVP NSDAP | Pro+ Contra | Pro |

Tabelle 5

Legende: Nat. Opp. = so genannte Nationale Opposition; Papen = Reichsregierung unter Franz von Papen; VB/VE = Volksbegehren/Volksentscheid; eigene Zusammenfassung laut Angaben bei Markus Oddey, Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur - Wahrnehmung - Herrschaftsakzeptanz. Eutin 2006, (dort: Datenbank: Berichterstattung ausgewählter Zeitungen 1928-1933).

Fazit

Im Gegensatz zum Landkreis Flensburg setzte der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig früher ein als dort. Erste relative Hochburgen-Gebiete lagen im Jahr 1928 an den Straßen und Bahnverbindungen von Schleswig nach Tolk bzw. Kappeln und beruhten auf den Aktivitäten einzelner Nationalsozialisten in der Region. Mit dem Wahlkampf zum Provinziallandtag und der Kampagne gegen den Young-Plan im Herbst/Winter 1929 gewann die Partei dagegen insbesondere auf dem Geestrücken stark an Stimmen hinzu; eine Entwicklung, die in Flensburg erst ab 1930 und später einsetzte. Die Gründung von Ortsgruppen und die Aktivitäten der Parteimitglieder bis hin zur meinungsführenden Dominanz in der jeweiligen Dorfgemeinschaft beeinflussten nachweislich das Stimmenergebnis der NSDAP in beiden Kreisen positiv. Für Schleswig lässt sich zudem belegen, dass in Gemeinden mit jeweils neu gegründeten Ortsgruppen die Ergebnisse eher nahe dem statistischen Durchschnitt des Landkreises lagen und umgekehrt die „alten“ Ortsgruppen-Gemeinden stärker zum überdurchschnittlichen Wahlergebnis beitrugen: ein Indiz für die Auswirkungen einer nationalsozialistisch geprägten Gemeinde. Irgendwann zwischen September 1930 und März 1932 wurde die Partei flächendeckend zur (antisozialdemokratischen) Volkspartei im ländlichen Raum. Im März / April lässt sich für Schleswig auch ein anderer Effekt nachweisen: während bis dahin in den Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Frauen, die Partei deutlich schlechter abschnitt - auch unter Berücksichtigung der anderen sozio-ökonomischen Faktoren - sollte sich dies ab dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl im April den Stimmenergebnissen in den Gemeinden mit überdurchschnittlich hohem Männeranteil annähern. Ob dies als Indiz für das Wahlverhalten von Frauen gewertet werden kann, muss mangels weiterer Quellen offenbleiben.

Ab 1930 stellten im Landkreis Schleswig lediglich noch die Deutschnationalen, wenn auch auf niedrigem Niveau, eine Alternative für bürgerliche Wahlberechtigte zur NSDAP dar und im Gegensatz zum Landkreis Flensburg konnte sich hier die CNBLP nicht in einem solchen starken Maße als Konkurrenz für die NSDAP „etablieren“. Die Indifferenz und Unentschiedenheit der Wahlberechtigten zeigte sich in Schleswig in der hohen Wahlenthaltung, die erst 1932 stark zurück ging und den vielen bürgerlichen und ländlichen Wechselwähler*innen, die sich von Wahl zu Wahl immer wieder für andere Parteien entschieden. Während die NSDAP langsam immer mehr überzeugte Anhänger*innen an sich binden konnte, gab es gleichzeitig zwischen 1930 und 1932 noch eine größere Minderheit, die sich parteipolitisch lediglich als antisozialistisch zuordnen lässt, aber noch nicht bereit war, den Nationalsozialisten ihre Stimme zu geben. Im Landkreis Flensburg sollte dagegen die NSDAP 1930 noch hinter der Wahlsiegerin CNBLP

landen, und die Nichtwählerschaft sogar formal die stärkste „Partei“ darstellen. Die oben genannte Suchbewegung innerhalb der ländlichen Bevölkerung manifestierte sich hier also stärker als in Schleswig. Die sozio-ökonomischen Faktoren, die den Aufstieg der NSDAP beförderten, waren aber gleich und in der Regel galt: je höher der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten, je niedriger der Grundsteuerreinertrag und je mehr Mitglieder die Partei in der Gemeinde hatte, desto höher fiel das Stimmergebnis aus. Eine relativ schlechtere wirtschaftliche Lage, Hofgrößen, die nur mit wenigen zusätzlichen Landarbeitern bewirtschaftet wurden und ein Männerüberschuss in den Gemeinden stellten die Merkmale der Hochburgen der Partei dar und diese lagen regional eher auf der Geest als im östlichen Hügelland. Angesichts von 110 von 116 Gemeinden mit mindestens einer absoluten Mehrheit der Stimmen für die Partei im März 1933 in Schleswig und ebenfalls nur 20 von 132 Gemeinden zum selben Zeitpunkt in Flensburg, wobei auch hier nur vier Gemeinden unter 40 % Zustimmung blieben, kann jenseits der Gebiete der marginalisierten Arbeiterparteien von einer überwältigenden nationalsozialistischen Dominanz gesprochen werden. Die SPD und KPD existierten faktisch nur noch in den wenigen größeren Gemeinden und konnten nach 1919 jenseits davon keine nennenswerten Wahlerfolge mehr erringen. Lediglich dort, wo es größere Höfe mit einer industrialisierteren Form der Agrarwirtschaft unter Einsatz von Landarbeitern gab, konnten sie diese (mindestens zeitweise) für sich gewinnen. Außerdem dürfte die SPD die einzige Partei in den beiden Landkreisen gewesen sein, die es regelmäßig schaffte, ihre eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und diese auch kontinuierlich an sich zu binden. Damit stellte sie den wichtigsten hemmenden Einfluss gegenüber der NSDAP dar, denn in den Hochburgen der Arbeiterparteien erreichten die Nationalsozialisten ihre relativ schwächsten Stimmergebnisse. Nichtsdestotrotz blieb der ländliche Raum antisozialistisch eingestellt, verwehrte sich gegen Eingriffe in das Privateigentum, lehnte größeren Teils wahrscheinlich den Versailler Friedensvertrag ab und wünschte sich eine Regierung unter Ausschluss der Sozialdemokratie. In allen diesen Punkten war sich vermutlich die Schleswiger und Flensburger Landbevölkerung einig.

Angesichts der unterschiedlichen Zeitpunkte der Wahlerfolge der NSDAP im ländlichen Raum und der Minderheit der indifferenten Wahlberechtigten zwischen 1930 und 1932 wäre zu fragen, wie viele von ihnen schon überzeugte Anhänger der Partei gewesen waren. Die Einbeziehung weiterer Quellen, insbesondere der Auswertung der regionalen Zeitungen, von Aktenquellen und Zeitzeugenüberlieferungen dürfte einen vertiefenden Zugang gewähren, doch wird die Frage nach den Motiven der Wahlberechtigten für ihre Entscheidungen nicht abschließend zu beantworten sein. Da die Weimarer Republik keine Meinungsumfragen kannte, ist nur eine Annäherung über einzelne Aussagen

von Beteiligten, etwa in den Wahlkämpfen vor Ort, möglich. Ergänzend könnte die Analyse der frühen Wahlen und Volksabstimmungen in der nationalsozialistischen Diktatur im November 1933 und August 1934 sowie die Auswertung nichtstatistischer Quellen hierzu ebenso weitere Antworten liefern wie die Analyse von Selbstzeugnissen und die Erforschung des Umgangs der Dorfgemeinschaften und ihres Umgangs mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit in der Nachkriegszeit.

Anhang

| Stimmverteilung der Parteien 1919 und 1921 im Vergleich zu den sozioökonomischen Faktoren | | | | | | | | | |
|--|---------------------|--------------|------------|--------------|------------|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Anz. | Region | Bev25 | F25 | Bev33 | F33 | GSt29 | LW33 | Höfe | in % |
| 76 | Landkreis Schleswig | 70.111 | 50,7 | 71.927 | 50,2 | 18,0 | 37,9 | 1.268 | 100,0 |
| 19 | SHBLD 1919 Hoch | 10.737 | 49,1 | 10.925 | 47,5 | 16,3 | 70,1 | 437 | 34,5 |
| 19 | SHBLD 1919 ObMit | 11.838 | 49,9 | 11.288 | 49,1 | 19,5 | 61,8 | 352 | 27,8 |
| 19 | SHBLD 1919 UntMit | 12.627 | 50,0 | 12.603 | 50,2 | 20,0 | 52,2 | 242 | 19,1 |
| 19 | SHBLD 1919 Diaspora | 34.909 | 51,7 | 37.111 | 51,2 | 26,8 | 16,3 | 237 | 18,7 |
| 19 | SHLP 1921 Hoch | 10.657 | 49,3 | 10.598 | 47,6 | 16,2 | 68,2 | 447 | 35,3 |
| 19 | SHLP 1921 ObMit | 13.868 | 49,8 | 13.494 | 48,8 | 18,8 | 60,5 | 319 | 25,2 |
| 19 | SHLP 1921 UntMit | 10.850 | 49,8 | 10.992 | 48,8 | 19,6 | 53,2 | 252 | 19,9 |
| 19 | SHLP 1921 Diaspora | 34.736 | 51,8 | 36.843 | 51,8 | 28,0 | 16,3 | 250 | 19,7 |
| 19 | DDP 1919 Hoch | 34.685 | 51,6 | 36.863 | 51,2 | 24,8 | 16,7 | 238 | 18,8 |
| 19 | DDP 1919 ObMit | 13.275 | 50,3 | 13.045 | 50,4 | 20,5 | 50,0 | 305 | 24,1 |
| 19 | DDP 1919 UntMit | 10.771 | 49,8 | 10.575 | 48,7 | 20,5 | 63,2 | 314 | 24,8 |
| 19 | DDP 19 Diaspora | 11.380 | 49,5 | 11.444 | 47,9 | 16,7 | 68,9 | 411 | 32,4 |
| 19 | DVP 1921 Hoch | 32.425 | 51,3 | 34.634 | 50,7 | 20,0 | 22,2 | 260 | 20,5 |
| 19 | DVP 1921 ObMit | 15.727 | 51,0 | 15.655 | 51,0 | 20,2 | 41,0 | 343 | 27,1 |
| 19 | DVP 1921 UntMit | 13.077 | 49,8 | 12.765 | 48,8 | 20,2 | 58,1 | 331 | 26,1 |
| 19 | DVP 1921 Diaspora | 8.882 | 49,4 | 8.873 | 48,4 | 22,1 | 64,7 | 334 | 26,3 |
| 19 | SPD 1919 Hoch | 34.266 | 51,4 | 36.506 | 50,8 | 25,4 | 22,0 | 269 | 21,2 |
| 19 | SPD 1919 ObMit | 14.158 | 50,9 | 14.202 | 51,0 | 23,8 | 40,2 | 286 | 22,6 |
| 19 | SPD 1919 UntMit | 10.377 | 49,5 | 10.079 | 48,6 | 18,6 | 62,0 | 349 | 27,5 |
| 19 | SPD 1919 Diaspora | 11.310 | 49,4 | 11.140 | 48,2 | 14,7 | 65,3 | 364 | 28,7 |

Tabelle 6a

Tabelle 6a – Legende:

Hoch = 19 Hochburgen,

ObMit = 19 Gebiete mit den zweitmeisten Stimmen,

UntMit = 19 Gebiete mit den drittmeisten Stimmen,

Diaspora = 19 Gebiete mit den wenigsten Stimmen.

Bev25/Bev33 = Bevölkerung am 16.6.1925 bzw. am 16.6.1933,

F25/F33 = Frauenanteil 1925/1933,

GSt29 = Grundsteuerreinertrag 21.3.1929,

LW 33 = Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung 1933;

Höfe = Anzahl der Höfe laut Niekammers Güter-Adressbuch 1927.

Lesebeispiel:

In den Hochburgen der SHBLD bei der Nationalversammlung 1919 lebten 1925 insgesamt 49,1 % Frauen (F25), der durchschnittliche Grundsteuerreinertrag lag bei 16,3 RM (GSt29), der Anteil an den in der Landwirtschaft Beschäftigten lag bei 70,1 % (LW 33) und die 437 Höfe machten 34,5 % aller Höfe im Landkreis aus.

| Stimmverteilung der Parteien 1928 – 1933 im Vergleich zu den sozioökonomischen Faktoren | | | | | | | | | |
|--|----------------------|--------------|------------|--------------|------------|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Anz. | Region | Bev25 | F25 | Bev33 | F33 | GSt29 | LW33 | Höfe | in % |
| 76 | Landkreis Schleswig | 70.111 | 50,7 | 71.927 | 50,2 | 18,0 | 37,9 | 1.268 | 100,0 |
| 19 | DNVP 1928 Hoch | 9.815 | 49,5 | 9.572 | 48,4 | 17,2 | 66,7 | 358 | 28,2 |
| 19 | DNVP 1928 ObMit | 12.638 | 50,7 | 12.313 | 49,7 | 22,4 | 59,2 | 347 | 27,4 |
| 19 | DNVP 1928 UntMit | 13.329 | 50,1 | 13.343 | 50,2 | 20,6 | 49,3 | 303 | 23,9 |
| 19 | DNVP 1928 Diaspora | 34.329 | 51,4 | 36.699 | 50,8 | 22,3 | 19,0 | 260 | 20,5 |
| 19 | DVP 1928 Hoch | 29.212 | 51,3 | 31.464 | 50,7 | 17,9 | 22,5 | 305 | 24,1 |
| 19 | DVP 1928 ObMit | 13.142 | 50,7 | 13.012 | 50,2 | 21,8 | 45,4 | 257 | 20,3 |
| 19 | DVP 1928 UntMit | 13.247 | 50,3 | 13.003 | 48,9 | 18,8 | 52,7 | 335 | 26,4 |
| 19 | DVP 1928 Diaspora | 14.510 | 50,2 | 14.448 | 50,1 | 24,0 | 51,4 | 371 | 29,3 |
| 19 | WP 1928 Hoch | 37.480 | 51,4 | 39.705 | 51,3 | 21,9 | 20,0 | 364 | 28,7 |
| 19 | WP 1928 ObMit | 11.974 | 50,4 | 11.595 | 49,1 | 20,1 | 55,8 | 296 | 23,3 |
| 19 | WP 1928 UntMit | 11.848 | 49,9 | 11.965 | 48,3 | 20,4 | 61,8 | 356 | 28,1 |
| 19 | WP 1928 Diaspora | 8.809 | 49,3 | 8.662 | 48,6 | 20,0 | 63,0 | 252 | 19,9 |
| 19 | SPD 1930 Hoch | 34.967 | 51,5 | 37.436 | 50,9 | 26,0 | 16,7 | 246 | 19,4 |
| 19 | SPD 1930 ObMit | 12.344 | 50,2 | 12.142 | 50,5 | 22,0 | 54,0 | 310 | 24,4 |
| 19 | SPD 1930 UntMit | 10.996 | 50,5 | 10.861 | 49,1 | 21,1 | 60,2 | 316 | 24,9 |
| 19 | SPD 1930 Diaspora | 11.804 | 49,2 | 11.488 | 48,2 | 13,4 | 68,9 | 396 | 31,2 |
| 19 | CNBLP 1930 Hoch | 9.884 | 50,0 | 9.634 | 48,8 | 21,9 | 63,6 | 315 | 24,8 |
| 19 | CNBLP 1930 ObMit | 11.558 | 50,2 | 11.335 | 48,8 | 22,5 | 63,8 | 386 | 30,4 |
| 19 | CNBLP 1930 UntMit | 11.198 | 50,2 | 11.242 | 49,1 | 19,5 | 53,2 | 239 | 18,8 |
| 19 | CNBIP 1930 Diaspora | 37.471 | 51,3 | 39.716 | 51,2 | 18,7 | 19,9 | 328 | 25,9 |
| 19 | NSDAP 1932J Hoch | 10.857 | 49,2 | 10.745 | 48,2 | 12,9 | 69,0 | 400 | 31,5 |
| 19 | NSDAP 1932J ObMit | 13.613 | 49,9 | 13.385 | 49,8 | 19,9 | 56,1 | 388 | 30,6 |
| 19 | NSDAP 1932J UntMit | 12.607 | 50,7 | 12.405 | 49,3 | 23,8 | 54,1 | 259 | 20,4 |
| 19 | NSDAP 1932J Diaspora | 33.034 | 51,6 | 35.392 | 51,2 | 25,9 | 15,9 | 221 | 17,4 |
| 19 | ArbP 1933 Hoch | 34.879 | 51,5 | 37.504 | 51,0 | 26,8 | 16,6 | 226 | 17,8 |
| 19 | ArbP 1933 ObMit | 10.605 | 50,1 | 10.238 | 49,0 | 23,8 | 58,7 | 293 | 23,1 |
| 19 | ArbP 1933 UntMit | 12.197 | 50,0 | 11.993 | 50,2 | 18,3 | 55,2 | 354 | 27,9 |
| 19 | ArbP 1933 Diaspora | 12.430 | 49,7 | 12.192 | 48,5 | 13,7 | 68,8 | 395 | 31,2 |

Tabelle 6b – Hinweis: In beiden Tabellen wurden wieder die Grenzen der Wahllokale von 1919/1921 gewählt, so dass 76 Gebiete statt 116 Gemeinden miteinander verglichen werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. Bearbeitet von Carl-Wilhelm Reibel, Düsseldorf 2007, Halbband 1, S. 556-560.
- 2 Martin Müller-Olm, Die Landwirtschaft und die Parteien in Schleswig-Holstein am Anfang der Weimarer Republik. Wissenschaftliche Hausarbeit, Kiel 1994, S. 70-71.
- 3 LAS 320.15 Nr. 56. Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung auf Ebene der Gemeinden, Kreis Schleswig. - Die vorläufigen Ergebnisse in den Schleswiger Nachrichten vom 20.1.1919 weichen davon nur wenig ab: 11.221 DDP, 8.937 SHBLD, 8.927 SPD, 2.867 DVP, 1.295 DNVP.

4

| Nationalversammlung 19.1.1919 | | | | | | | | | |
|---|---------------|---------------|--------------|------------|---------------|--------------|--------------|--------------|------------|
| (Relative Verteilung der Stimmen der Parteien, Städte/Land) | | | | | | | | | |
| | WB | AS | SPD | USPD | DDP | DVP | SHBLD | DNVP | Z |
| Landkreis Schleswig | 37.777 | 33.441 | 8.927 | 47 | 11.338 | 2.769 | 8.947 | 1.266 | 150 |
| Schleswig, Friedrichstadt, Kappeln | 12.782 | 11.967 | 4.320 | 30 | 5.406 | 1.634 | 22 | 444 | 111 |
| Restlicher Landkreis | 24.995 | 21.474 | 4.607 | 17 | 5.932 | 1.135 | 8.925 | 822 | 39 |
| Anteil von allen Stimmen, städtisch | 33,8 | 35,8 | 48,4 | 63,8 | 47,7 | 59,0 | 0,2 | 35,1 | 74,0 |
| Anteil von allen Stimmen, ländlich | 66,2 | 64,2 | 51,6 | 36,2 | 52,3 | 41,0 | 99,8 | 64,9 | 26,0 |
| Gesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |

Lesebeispiel: Von allen Stimmen, die die DDP 1919 gewann, stammten 47,7 % aus den Gemeinden Schleswig, Kappeln und Friedrichstadt. Dort lebten nur 33,8 % aller Wahlberechtigten, so dass die DDP hier also deutlich überrepräsentiert war. Quelle: Eigene Berechnungen nach LAS 320.15, Nr. 56.

- 5 Die DDP erreichte maximal 49,5 % der Stimmen der Wahlberechtigten (in Dollrottfeld und dem Gut Dollrottfeld). Die DDP zusammen mit der DVP außerdem noch in den Wahlbezirken Schleswig (DDP: 42,1 %, DVP: 13,8 %), Kappel und Schleimünde (44,2 % + 13,1 %), Brekling und Nübel (43,7 % + 7,1 %), Ulsby und Ulsbyholz (35,5 % + 15,1 %). Eigene Berechnungen nach LAS 320.15, Nr. 56.
- 6 Langstedt (56,6 %), Schuby (56,6 %), Esperstoft (53,2 %).
- 7 Geschätzte Wählerwanderungen, Schleswig-Holstein, 77 Gebiete mit weniger als 5.000 Einw. pro Gemeinde 1919/1921: DNVP zu DNVP (52 %), DVP zu DVP (49 %), SPD zu SPD (49 %), DDP zu DDP (15 %). DDP zu NW (42 %), SHBLD zu NW 35 %). - Von allen Wählerstimmen der Linken stammten fast 48 % von ehemaligen SPD-Wählern. - Eigene Berechnungen nach dem Logit-Modell von Sören Thomsen.

- 8 Landkreis Schleswig, 76 Gemeinden mit weniger als 500 Einw., geschätzte Wählerwanderungen 1919/1921: DNVP zu DNPV (11 %), DVP zu DVP (45 %), DDP zu DDP (19 %), SHBLD zu SHLP (32 %), SPD zu SPD (41 %). - DDP zu DVP (27 %), DDP zu SPD (15 %) - Die Verluste der Parteien ins Nichtwählerlager schwankten von 20-25 % bei DVP, DDP, SHBLD und SPD bis zu 35 % bei der DNVP. Letzteres wurde aber durch die Zugewinne von ehemaligen NW wieder mehr als ausgeglichen.
- 9 In den Gemeinden, die die stärksten Rückgänge in der Wahlbeteiligung verzeichneten, hatte die SHBLD 1919 insgesamt 46,8 % der Stimmen der Wahlberechtigten erreicht, 1921 als SHLP dagegen nur noch 18,0 %.
- 10 Vgl. dazu die Ausführungen bei Müller-Olm, Die Landwirtschaft und die Parteien, S. 84-100.
- 11 Frank Omland, Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg – ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933. Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten. In: GFH 1/2021, S. 19 ff..
- 12 Rainer Paetau geht für 1919/1921 von Einbrüchen im städtischen Raum aus und konstatiert erst ab 1924 größere Verluste im ländlichen Raum. Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925. Neumünster 1988, S. 170-171, S. 211.
- 13 Verluste im Lkr. FL 1919/21, 21/24M: 8 %, 5 %; im Ldr. SL: 4 %, 6 %.
- 14 Im Gemeindegrößenvergleich zeigt sich, dass der Verlauf ab den Gemeinden mit weniger als 500 Einw. aufwärts relativ linear ist, doch die SPD in den 15 kleinsten Gemeinden immer 1-3 % der Wahlberechtigten-Stimmen mehr erhielt als in den beiden nachfolgenden Gemeindegrößenklassen. Ein statistisches Muster in der Verteilung der 15 Gemeinden lässt sich nicht erkennen: Friedrichsanbau, Friedrichswiese, Geel, Klein Dannewerk, Klosterhof, Kurburg, Lottorf, Niederseik, Nottfeld, Nübel, Oberseik, Sankt Jürgen, Stexwig, Tolkschuby.
- 15 RTW 1930: SPD / Gemeindegrößenklassen: Stadt Schleswig (28,7 %), > 1.000 Einw. (15,7 %), > 500 Einw. (7,0 %), > 200 Einw. (6,6 %), < 200 Einw. (7,5 %).
- 16 RTW 1930: SPD, LW über-/unterdurchschnittlich: 4,9 % / 19,0 %.
- 17 RTW 1930: SPD, GSt über-/unterdurchschnittlich: 18,2 % / 7,0 %.
- 18 RTW 1930: SPD, Höfe-Größenklassen: < 10 ha (5,7 %), < 20 ha (9,2 %), < 50 ha (13,8 %), < 100 ha (14,6 %), > 100 ha (21,4 %).
- 19 Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932. Stuttgart 1963, S. 116.
- 20 RTW 1930: SPD, Marsch (15,8 %) / Geest (4,9 %) / Östliches Hügelland (18,0 %). Da der Landkreis Schleswig praktisch nur 2 Marschgemeinden sowie eine Gemeinde mit Flächen in Marsch/Geestgebiet aufwies, ist das Ergebnis für die Marsch zu vernachlässigen.
- 21 Vgl. die Übersicht bei Heberle, Landbevölkerung, S. 97.
- 22 RTW 1930: SPD, Frauen über-/unterdurchschnittlich: 18,1 % / 6,8 %.
- 23 Die Hochburgenkongruenz, d.h. die Deckungsgleichheit der 29 von 116 Gemeinden mit den höchsten Stimmergebnissen für die Partei schwankte 1930 bis 1933 zwischen 76 und 79 %. 1928 und 1929 lag sie bei 58 bzw. 55 % im Vergleich zu den Hochburgen 1933.

| Reichstagswahl 6.11.1932, Landkreis Schleswig Gemeinde-Größenklassenvergleich | | | | | | |
|--|-----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Anz. | Größenklassen | WB | NW | GS | SPD | KPD |
| 15 | Gem. unter 200 Einw. | 2,9 | 2,9 | 2,9 | 1,5 | 0,9 |
| 71 | Gem. mind. 200 Einw. | 32,7 | 42,6 | 31,3 | 15,4 | 24,4 |
| 24 | Gem. mind. 500 Einw. | 23,2 | 24,1 | 23,1 | 11,5 | 16,9 |
| 5 | Gem. mind. 1000 Einw. | 14,4 | 12,1 | 14,8 | 17,4 | 20,8 |
| 1 | Schleswig | 26,7 | 18,3 | 27,9 | 54,2 | 37,1 |
| 116 | Gesamt | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

Lesebeispiel: in den 15 Gemeinden mit weniger als 200 Einwohner*innen lebten 2,9 % der Wahlberechtigten, doch erhielt die SPD hier nur 1,5 % aller ihrer Stimmen, die KPD sogar nur 0,9 % ihrer Stimmen. Dagegen lebten in Schleswig nur 26,7 % der Wahlberechtigten des Landkreises Schleswig, doch erhielt die SPD hier mehr als 54 % ihrer Stimmen, die KPD immerhin noch 37,1 % aller ihrer Stimmen. Die beiden Arbeiterparteien waren also hier deutlich überrepräsentiert, in den kleineren Gemeinden unterrepräsentiert.

25 USPD und KPD zusammengezählt, Reichstagswahl 1921: Fahrdorf (12,3 % der Wahlberechtigten), Borgwedel und Stexwig (zus. 10,7 %), Bre kling und Nübel (zus. 10,3 %). Die vier zuletzt genannten Gemeinden bildeten 1919 und 1921 jeweils einen gemeinsamen Wahlbezirk.

26 Friedrichstadt (14,7 %), Jagel (13,4 %), Esmark (13,2 %), Neuberend (11,6 %), Borgwedel (10,6 %), Lürschau (10,4 %).

27 Die Aufteilung der 116 Gemeinden in vier Quartile bestätigt dies: die Arbeiterparteien holten in ihren 29 Hochburgen von 1928 bis 1933 bei jeder Wahl mindestens 80 % aller ihrer Wählerstimmen und stellten dort in der Regel die einzige ernst zu nehmende Konkurrenz für die NSDAP dar. Die SPD lag in diesen Hochburgen bei durchschnittlich bei 20-25 %, die KPD bei 2-5 %. - Auch Berechnungen des Pearson'schen Korrelationskoeffizienten unterstützen diese These. Im Vergleich der Reichstagswahlen von 1928 bis 1933 lag dieser für die SPD immer zwischen 0,67 und 0,79. Dagegen schwankte er bei der KPD zwischen 0,34 und 0,54. Die beiden Arbeiterparteien zusammengenommen erreichten dagegen Werte von 0,71 bis 0,79.

28 vgl. dazu bei Omland, Landkreis Flensburg, GFH 1/2021, S. 26 (Tabelle 9).

29 Sowohl die Berechnungen der Pearson'schen Korrelationskoeffizienten von 1928, 1929 und 1930 mit 1932 und 1933 fallen sehr gering aus, als auch die Hochburgen-Kongruenz zwischen den Parteien und der NSDAP. Lediglich 13-15 Hochburgen-Gebiete, die die DBP (526 Stimmen) 1928 aufwies, teilte sie mit denen der Hochburgen der NSDAP für die Jahre 1932 und 1933. Dagegen traf dies für CNBLP mit 5-8 Hochburgen-Gebieten praktisch überhaupt nicht zu.

30 Landkreis Flensburg / Schleswig, CNBLP, RTW 1930: 18,2 % / 6,7 %.

31 RTW 1930, Geschätzte Zusammensetzung der Wählerschaft der CNBLP, alle Gemeinden: 49 % ehem. NW, 12 % ehem. NSDAP, 29 % ehem. DNVP, 10 % alle anderen.

- 32 Geschätzte Wählerwanderungen, 86 Gemeinden mit weniger als 500 Einw., RTW 1930 / Juli 1932. Von allen CNBLP-Wählern des Jahres 1930 stimmten im Juli 1932 schätzungsweise 25 % für die DVP, knapp 25 % für die NSDAP, 17 % für die DStP und 11 % enthielten sich der Stimme.
- 33 Ausgehend von der RTW 1928 waren von den dortigen Hochburgen, also dem Quartil mit den besten Ergebnissen der Partei bei der RTW 1930 nur noch 44 % und bei der RTW 1933 sogar nur noch 33 % von ihnen deckungsgleich. Auch der Pearson'sche Korrelationskoeffizient fällt für alle 116 Gemeinden im Vergleich von 1928 auf 1930/1932J/1932N/1933 sehr gering aus (jeweils unter 0,20). 1932/33 gab es hingegen eine hohe Kongruenz und eine ebenso hohe Korrelation, d.h. in dieser Zeit stabilisierte sich die Partei wieder, worauf auch die absoluten Stimmergebnisse hindeuten.
- 34 Die Hochburgen-Kongruenz lag bei den Wahlen 1932 auf 1933 bei 65-72 % und auch die Korrelationen bestätigten dies mit Werten um 0,80.
- 35 Noch 1928 galt für die DNVP je kleiner die Gemeinde, je größer der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten, desto höher ihr Stimmergebnis. Außerdem schnitt sie auf der Geest noch besser ab als auf dem östlichen Hügelland, in den Gemeinden mit kleineren Höfen und dort, wo es einen höheren Grundsteuerreinertrag gegeben hatte.
- 36 Eigene Berechnungen nach dem Logit-Modell von Sören Thomsen. - Es wurden verschiedene Wahlpaare von 1928 bis 1933 berechnet und sowohl alle 116 Gemeinden sowie zwei Unterdatensätze von 86 Gemeinden mit weniger als 500 Einw. bzw. 30 Gemeinden mit mind. 500 Einw. einbezogen. Auf den kompletten Abdruck wird aus Platzgründen verzichtet. Hier einige Beispiele für die Haltequoten, d.h. für die Frage, wie viele Wahlberechtigte bei einer Wahl stimmten auch bei der Nachfolgewahl für die Partei stimmten. RTW 1928/30, 116 Gemeinden: NSDAP 28 %, DNVP 5 % (!), DVP 25 %, DDP 10 %, SPD 71 %. - RTW 1930 / 1932 Juli, 116 Gemeinden: NSDAP 72 %, DNVP 14 %, DVP 9 %, DDP 13 %, SPD 59 %. - RTW 1932 J / 1933, 116 Gemeinden: NSDAP 81 %, DNVP 41 %, SPD 55 %. - RTW 1928/30, 30/32J, 32J/33, Wechselwähler der DNVP zur NSDAP: 55 %, 18%, 25 %.
- 37 Vgl. dazu die ausführlicheren Aussagen und die Einführung in Omland, Landkreis Flensburg, GFH 1/2021, S. 34 ff.
- 38 In Prozent der Wahlberechtigten: Lkr. Schleswig, Ja-Stimmen: 14,6 %; Lkr. Flensburg: 11,5 %; Lkr. Südtondern: 10,7 %; Lkr. Husum: 10,5 %.
- 39 In Prozent der Wahlberechtigten, Landkreis Schleswig: 66,5 %. Zum Vergleich: Preußen (36,8 %), Schleswig-Holstein (47,1 %), Landkreis Flensburg (64,5 %), Südtondern (67,9 %), Husum (66,9 %), Segeberg (63,8 %), Norderdithmarschen (63,4 %). Alle anderen Landkreise lagen unter 60 %.
- 40 Bezeichnenderweise lautete die Überschrift eines dann verbotenen Flugzettels der KPD beim Volksbegehren so: „Gegen das Volksbegehren der Reaktion. Für die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung“. In: LAS 309 / 22592, (Republikenschutzgesetz), Meldung des Landrats in Schleswig vom 4.5.1931.

Bürgermeister Johan Jacobsen, Sonderburg (1863–1937)

Teil 2

von FRODE SØRENSEN

Zu den in der öffentlichen Wahrnehmung weniger stark präsenten Aspekten deutsch-dänischer Befindlichkeiten in der Kaiserzeit und in der folgenden Zwischenkriegszeit nach der Grenzziehung zählt die nationale Gesinnung der Arbeiterschaft und ihrer politischen Vertretung. Am Beispiel des ersten sozialdemokratischen Bürgermeisters in Sonderburg, Johan Jacobsen, im Amt von 1922 bis 1933, lässt sich erkennen, dass es nicht überall so klare Gegensätze zwischen deutsch und dänisch gab, wie es die Geschichtsschreibung oft vermittelt. Über das Leben und die Politik von Johan Jacobsen berichtet der langjährige, dänische Folketingsabgeordnete und ehemalige Steuerminister Frode Sørensen hier im zweiten Teil seines Aufsatzes in den Grenzfriedensheften (Teil 1 s. GFH 2/2021, S. 261 f.).

Die Redaktion

Kommunalpolitische Beschlüsse im Streit zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern

Die erste reguläre Stadtratssitzung mit Johan Jacobsen als Bürgermeister fand am 19. April 1922 statt. Nach seinem erzwungenen Abschied wenige Monate zuvor, erlebte er hier nicht nur sein kommunalpolitisches Comeback, sondern er war gleichzeitig auch der frisch gewählte oberste Chef der Stadt. Er war gespannt darauf, wie sich das Arbeitsklima zwischen den Fraktionen im Stadtrat, den dänischen Bürgerlichen, den deutschen Bürgerlichen und den Sozialdemokraten entwickeln würde. Das erste Treffen verlief allerdings ohne nennenswerte Probleme. Der Vorschlag der Sozialdemokraten ein Sitzungsgeld für die Mitglieder der Steuerkommission einzuführen, wurde abgelehnt, aber zusammen mit den bürgerlichen Dänen beschlossen die Sozialdemokraten einen Zuschuss für die Bibliothek.

Zahlreiche Beispiele zeigen, dass die Zusammenarbeit im Stadtrat weniger dramatisch verlief als befürchtet. Die Annahme, dass die Zusammensetzung des Stadtrates mit dreizehn bürgerlichen Deutschen und Dänen gegenüber

acht Sozialdemokraten bedeuten würde, dass die Sozialdemokraten oft in der Minderheit sein würden, bestätigte sich nicht. Natürlich gab es Beispiele dafür, dass die bürgerlichen Deutschen und Dänen bei Abstimmungen gegen die Sozialdemokraten votierten. Bei Betrachtung der gefassten Beschlüsse wird jedoch deutlich, dass parteipolitische Differenzen keine große Bedeutung hatten, weder für Johan Jacobsen als Bürgermeister noch für die Kompromissbereitschaft seiner sozialdemokratischen Parteifreunde.

Anträge der Gewerkschaftsbewegung zur Eindämmung der Folgen von Arbeitslosigkeit stießen hingegen oft auf den gemeinsamen Widerstand der bürgerlichen Stadtratmitglieder. Auch die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung war umstritten. Bei der Stadtratssitzung am 29. November 1922 führte dies dazu, dass zum ersten Mal ein scharfer Ton in der Debatte herrschte, insbesondere zwischen dem Redakteur Marius Pedersen (Sozialdemokraten), J. H. Kock (Konservative), Hans Nielsen (Venstre) sowie Johan Jacobsen. Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsnot fanden dagegen oft eine breite Mehrheit. Das kommunale Eigentum, der Hof Ladegård, der direkt nach dem Krieg nur deshalb vor dem Verkauf bewahrt wurde, weil der Vorsitzende des Arbeiterrates, Hempel, ein Veto einlegte, stand im März 1923 wieder zur Debatte. Justizrat Alexandersen als Abgeordneter der Schleswigschen Partei und Nielsen (Venstre) waren für einen Verkauf. Der Bürgermeister argumentierte dagegen, denn er hegte die Hoffnung, dass der Hof zukünftig eine jährliche Rendite in Höhe von vier Prozent einbringen würde und ein gutes Aktivum auf Seiten der Kommune sei. Nachdem die beiden Antragsteller erkannt hatten, dass es keine Mehrheit für die weitere Beschäftigung mit ihren Verkaufsplänen gab, gaben sie ihr Vorhaben auf.

Bei der Debatte um die Namensgebung des neuen Wegs in der Nähe des Ringreiterplatzes zwischen der Staatsschule und dem Domhaus erlebte man hingegen eine gemeinsame bürgerlich-deutsch-sozialdemokratische Front. Diese trat für die Bezeichnung Ringreiterweg ein. Die bürgerlich-dänische Fraktion wollte den Weg hingegen nach dem früheren dänischgesinnten Mitglied des deutschen Reichstags, Hans A. Krüger (Bevtoft), benennen. Da die Dänen nur sechs Stimmen für ihren Vorschlag „Krügers Vej“ zusammenbekamen, setzte sich schließlich der Vorschlag „Ringridervej“ mit einer Mehrheit von 13 Stimmen durch.

Johan Jacobsen strebte die Aufrechterhaltung eines vernünftigen Umgangs im Stadtratssaal an. Er setzte darauf, Kompromisse auszuhandeln und leitete die Sitzungen bei passender Gelegenheit mit einer großen Portion Humor. Zwischenzeitlich war der Ton sogar fast schon gemütlich. Im Mai 1922 gab es einige Anträge der Schulkommission, die sogar Anlass zu einigen humoristischen Bemerkungen bot: „Der verehrte Vorsitzende (der Bürgermeister) fiel mehrere



Abb. 1 Gemälde von Johan Jacobsen im Sonderburger Rathausaal

Male im Verlauf des Abends auf, indem er mit mehr oder weniger harten Witzen aufwartete“, hieß es im Protokoll dieser Sitzung. Bei anderen Situationen schreckte er nicht davor zurück, persönliche Angriffe zurückzuweisen und dabei sogar die Mitglieder seiner sozialdemokratischen Fraktion zur Ordnung zu rufen. So hatte etwa Redakteur Pedersen laut Protokoll bei der Versammlung im Juli 1922 ausgeführt: „Die Maschinerie des Justizrates Alexandersen war vor 50 Jahren ins Stocken geraten und es gibt leider keine Hoffnung mehr, sie wieder in Gang zu bekommen.“ Johan Jacobsen erteilte Pedersen auf der Augustsitzung für seine verbale Entgleisung gegenüber Alexandersen einen Ruffel,

denn er meinte, dass diese Aussage die erlaubte Grenze überschritten hatte. Im Juni 1924 fühlte sich Alexandersen erneut auf die Füße getreten. Dieses Mal behauptete er, dass es der Bürgermeister während einer Debatte über den Gewinn der kommunalen Häuser selbst gewesen sei, der sich beleidigend über ihn geäußert habe. Johann Jacobsen zeigte sich unbeeindruckt, und stellte die Beschwerde zur Abstimmung, bei der sich nur drei Stadtratsmitglieder hinter Alexandersen stellten.

Auf der Sitzung am 16. Dezember 1925 diskutierte der Stadtrat die Ausschreibung eines neuen Schulgebäudes. Der ehemalige Stadtbaumeister August Friedrichs (Schleswigsche Partei) wollte seine Rede zu diesem Anlass in deutscher Sprache halten, weil er meinte, dass er sich auf Dänisch nicht präzise genug ausdrücken könne. Der Bürgermeister merkte an, dass die Geschäftssprache im Stadtrat Dänisch sei. Er wollte Friedrichs zwar nicht verwehren, Deutsch zu reden, aber er betrachtete das als eine lächerliche Demonstration, da dieser sich seiner Meinung nach in beiden Sprachen gut verständlich machen könnte. Nach diesem Wortwechsel war Friedrichs beleidigt und zog seine Wortmeldung zurück. Daraufhin protestierte sein Parteifreund, der Lehrer Chr. Rasmussen, und es kam zu einer kurzen, aber heftigen Diskussion zwischen ihm und dem Bürgermeister. In der restlichen Sitzung sprach Rasmussen nur noch Deutsch, was dazu führte, dass das Stadtratsmitglied Nielsen-Strand (Konservative), jedes Mal, wenn Rasmussen das Wort hatte, kundgab, dass er von dem Gesagten nichts verstanden hätte und auch keine Verpflichtung dazu habe, überhaupt etwas zu verstehen. Da zeigte sich der Bürgermeister von seiner freundlichen Seite und übersetzte Rasmussens Beiträge. Die anderen Stadtratsmitglieder amüsierten sich köstlich über diese Geschichte. Die Episode blieb übrigens einmalig.

Viele Sonderburger Unternehmen befanden sich nach der Volksabstimmung im Aufschwung, neue Firmen etablierten sich und die von ihnen geschaffenen Arbeitsplätze führten dazu, dass der Wohnungsmangel ein wiederkehrender Punkt auf den Stadtratssitzungen blieb. Bei der Sitzung im November 1924 wollte die Kammgarnspinnerei die Erlaubnis bekommen, nur acht statt der 20 vereinbarten Wohnungen bauen zu dürfen. Das Unternehmen, das gleichzeitig einen Antrag auf die Erweiterung ihrer Betriebsstätte beantragt hatte, bekam die Erlaubnis dafür aber nur gegen die Zusicherung zum Bau der ursprünglich vereinbarten Wohnungszahl. Der Stadtrat war beharrlich und setzte in aller Einigkeit die Kammgarnspinnerei damit zusätzlich unter Druck, in dem der sofortige Baubeginn der 20 Wohnungen verlangt wurde.

Schon im Januar 1923 empfahl der Sozialdemokrat Wollrath Eckhardt, dass der Stadtrat einen Vorschlag zum Ausbau der Blomstergade (Blumenstraße) zwischen der Hilmar Finsengade (Hilmar-Finsen-Straße) und der Goethegade



Abb. 2 Luftbild der Nordischen Kammgarnspinnerei, Sonderburgs größter Arbeitgeber in den 1920er Jahren mit mehr als 600 Beschäftigten

(Goethestraße) billigen sollte. Es konnte jedoch noch keine Mehrheit dafür gewonnen werden. Diese kam auch nicht zustande, als der Vorschlag zwei Monate später in Verbindung mit den Budgetverhandlungen für 1923/24 erneut auf die Tagesordnung kam. Eckhardt wollte jedoch nicht aufgeben, denn sein Antrag beinhaltete nicht nur den Bau von neuen Wohnungen für die Bürger der Stadt, sondern zielte auch darauf, den Mitgliedern der von ihm geführten Maurergewerkschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Seine Ausdauer zahlte sich schließlich aus, als der Stadtrat am 17. Oktober 1923 nach einer erneuten Verhandlung beschloss, die Blomstergade zu verlängern. Eckhardt verbündete sich daraufhin mit dem deutschen Stadtratsmitglied, Dachdecker B. Goosmann, und im Februar 1924 reichten beide den Antrag ein, dass die Kommune dort Reihenhäuser bauen sollte. Auf der im April abgehaltenen Sitzung des Stadtrats konkretisierte Eckhardt sein Anliegen. Seine und Goosmanns Argumente waren so überzeugend, dass sie eine breite Unterstützung für das Projekt erhielten und am 19. November 1924 der endgültige Beschluss gefasst wurde.

Gleichzeitig konnte Eckhardt verkünden, dass sich bereits 57 Interessenten für die Reihenhäuser gemeldet hatten, vier für die großen 4-Zimmerwohnungen, der Rest für die kleineren Wohnungen. In Verbindung mit dem Wahlkampf zur bevorstehenden Stadtratswahl kommentierte der Stadtratsabgeordnete, Bank-

direktor Hans Nielsen (V), das Projekt auf einer Wahlversammlung: „Der von Eckhardt und Goosmann ausgearbeitete Plan zum Bau von kleineren Häusern, die an Interessierte gegen eine Zahlung von 20 % der Bausumme übertragen werden, ist, so meine ich, die mildeste Form der kommunalen Bautätigkeit.“ Bürgermeister Jacobsen, der auch an der Versammlung teilnahm, notierte sich sicherlich mit Zufriedenheit Niensens positive Haltung zum Projekt. Als die Bautätigkeiten abgeschlossen waren, zog Jacobsen übrigens als einer der ersten in die Blomstergade ein.

Die Wiederwahl des Bürgermeisters Johan Jacobsen 1925

Die Sozialdemokraten in Sonderburg blickten gespannt auf die bevorstehende Stadtratswahl am 7. März 1925. Alle erinnerten sich an die barschen und emotionalen Debatten in Verbindung mit der Wahl im Jahr 1922, in deren Folge Johan Jacobsens zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt gewählt worden war. Die Sozialdemokraten stellten bei der Nominierungsversammlung am 9. Februar eine schlagkräftige Liste auf, die die Wiederwahl Jacobsens sicherstellen sollte. Die Liste enthielt keine wirklichen Überraschungen. Die Sonderburger Sozialdemokraten hatten damit erneut festgehalten, dass sie die einzigen waren, für die die nationale Herkunft der Kandidaten keine Rolle spielte. Die Analyse der acht höchstplatzierten Kandidaten ergab folgendes Resultat: Auf dem ersten Listenplatz kandidierte Bürgermeister Johan Jacobsen, und auf Listenplatz Sieben der Lehrer Jens Jørgensen. Beide waren in Nordschleswig geboren und deutschgesinnt. Die Nr. 2 und 4 auf der Liste, der Elektriker Oscar Preuss und der Maurer Wollrath Eckhardt, waren deutsche Handwerker, die am Anfang des 20. Jahrhundert aus dem Süden nach Sonderburg gezogen waren. Die Arbeiter Christoffer Føgh (Nr. 3) und Jørgen Philipsen (Nr. 5) waren in Nordschleswig geborene Dänischgesinnte. Nr. 6, Redakteur Marius Pedersen, und Nr. 8, Oberpackmeister C. C. Nielsen waren nach der Grenzziehung aus dem Königreich nach Sonderburg gekommen. Der Wahlkampf verlief ruhig und ganz ohne die intensive nationale Diskussion ab, die für die Wahl von 1922 noch kennzeichnend gewesen war. Offenbar gab es nur eine reguläre Wahlversammlung, die am 13. Februar im Centralhotel stattfand, und auf der sich die Spitzenkandidaten den Wählern vorstellten. Der von Venstre präsentierte Spitzenkandidat, Bankdirektor Hans Nielsen, äußerte dabei zwar seine Besorgnis über den starken Anstieg der Sozialausgaben, zeigte sich ansonsten aber mit dem Haushalt der Stadt zufrieden. Bürgermeister Johan Jacobsen ging auf den projektierten Bau einer neuen Schule ein und erläuterte das Vorhaben, jährlich 20.000 Kronen für den Bau eines neuen Altersheims zu investieren. Alles in allem war dies eine friedliche Wahlversammlung, die



Abb. 3 Die Blomstergade mit den fertigen, auch von Johan Jacobsen bewohnten Reihenhäusern in einer späteren Aufnahme

dem Versammlungsleiter, Amtskonsulent Nielsen, keine Probleme bereitete. Das Ergebnis der Wahl vom 7. März 1925 unterschied sich kaum von dem Ergebnis von 1922: acht Sozialdemokraten, acht Dänisch-Bürgerliche und fünf Deutsch-Bürgerliche waren in den neuen Stadtrat gewählt worden. Da die Bevölkerungszahl von Sonderburg zwischenzeitlich deutlich angewachsen war, stieg auch die Zahl der Wahlberechtigten von 8.870 im Jahre 1921 auf 10.776. Bei der konstituierenden Stadtratssitzung schlug der ehemalige Bürgermeister J. H. Kock im Namen von Venstre und den Konservativen den Stellmacher H. N. Lind als Bürgermeister vor. Für die Sozialdemokraten schlug Wollrath Eckhardt die Wiederwahl des Bürgermeisters Johan Jacobsen vor und der Lehrer Chr. Rasmussen empfahl im Namen der deutschen Liste Justizrat Johann Alexandersen. Die erste und zweite Wahlrunde ergab bei Enthaltung der beiden Stadratsmitglieder der Radikalen jeweils das gleiche Ergebnis: Lind sechs, Jacobsen acht und Alexandersen fünf Stimmen. In der dritten Runde, bei der Alexandersen als der Kandidat, der die wenigsten Stimmen erzielt hatte, nicht mehr antreten durfte, fiel die Entscheidung: Mit Hilfe von August Friedrich und Chr. Rasmussen und bei Enthaltung der Radikalen sowie von Alexandersen, Otto Petersen und Witt wurde Johan Jacobsen mit der absolu-

ten Mehrheit von zehn zu sechs Stimmen erneut zum Bürgermeister gewählt. Weitaus turbulenter verlief die Wahl des Vizebürgermeisters. Das einzige Stadtratsmitglied von Venste, Bankdirektor Hans Nielsen, verlangte, dass dieser Posten an die dänisch-bürgerliche Liste gehen müsse. Dem stimmte Chr. Rasmussen nicht zu, er schlug stattdessen den deutschgesinnten Alexandersen vor. Daraufhin benannte Nielsen den früheren Bürgermeister J. H. Kock. Das Ergebnis der Abstimmung war neun Stimmen für Alexandersen, sechs Stimmen für Kock und sechs Enthaltungen. Wieder waren es zwei Radikale, die ihre eigene nationale Wahlgruppe nicht unterstützten und dafür später heftig gescholten wurden. Aber auch vier dänischgesinnte Sozialdemokraten hatten sich der Stimme enthalten. Wenn die Sonderburger Sozialdemokraten glaubten, dass ihr Abstimmungsverhalten keine kritischen Reaktionen hervorrufen würden, so lagen sie falsch. Redakteur Andreas Grau war außer sich. In seinem Bericht in der Zeitung Dybbøl-Posten fand er es zwar akzeptabel, dass Johan Jacobsen wiedergewählt worden war. Dies war eine überraschende Haltung, wenn man an seine Kommentare zur letzten Bürgermeisterwahl zurückdenkt. Der Wahl von Alexandersen zum Vizebürgermeister stand er jedoch völlig verständnislos gegenüber: „Vier Sozialdemokraten gaben ihre Stimme dem reaktionärsten Mitglied des Stadtrats. Das sollte eine Warnung an die dänischen Arbeiter in Sonderburg sein. Keiner sollte Zweifel daran haben, dass die deutschgesinnten Elemente in der sozialdemokratischen Gruppe weiterhin dominierend sind.“ Als Johan Jacobsen 1926 die erste Stadtratsversammlung eröffnete, äußerte er die Hoffnung darüber, dass die gute Zusammenarbeit aus den vergangenen Jahren fortgesetzt werden könne. Der Jahreswechsel war jedoch von dunklen Wolken am Horizont gekennzeichnet. Das Hauptproblem war die Arbeitslosigkeit. Obwohl neue Unternehmen mehr Arbeitsplätze als je zuvor geschaffen hatten, führte der Zuzug von neuen Bürgern*innen nach Sonderburg und die generell steigende Arbeitslosigkeit in Dänemark dazu, dass der Druck auf das Arbeitsamt stieg.

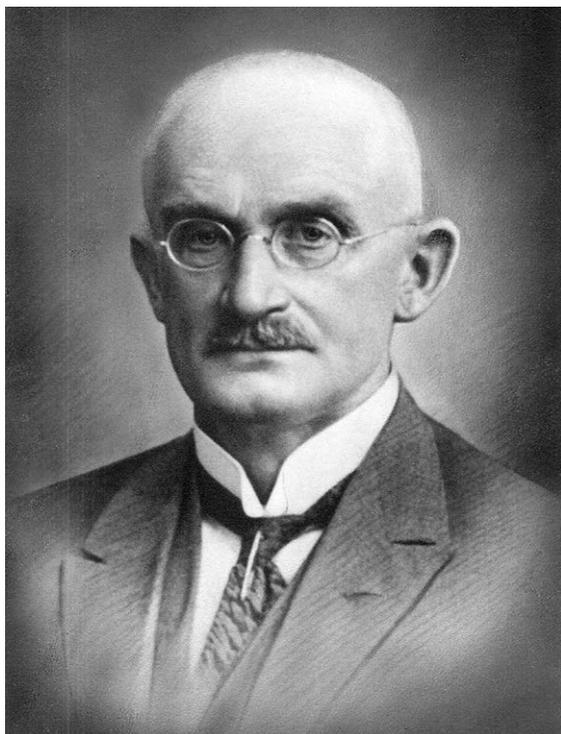


Abb. 4 Justizrat Johann Alexandersen (Schleswigsche Partei), Sonderburgs Vizebürgermeister von 1922 bis 1933

Die Herninger Absprache 1928

1921 wurde Johan Jacobsen Mitglied im Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Verbands. Er und der Geschäftsführer Viggo Hansen, Hadersleben, waren 1928 schon acht Jahre dabei. Die Mitgliedschaft im Hauptvorstand war ein wichtiger Posten, insbesondere in Bezug auf den Ausbau der sozialdemokratischen Presse in Nordschleswig. Im September 1928 ergab sich eine neue politische Chance für Bürgermeister Jacoben. Die Sozialdemokraten wollten gerne einen weiteren Repräsentanten im dänischen Landesthing haben. Die Partei hatte eigentlich nicht viel für dieses bis 1953 bestehende Gremium übrig. Sie betrachtete es ein überflüssiges Relikt der Vergangenheit. Trotzdem wollte man die Anzahl der sozialdemokratischen Mitglieder erhöhen. Sie hatten ausgerechnet, dass sie fünf Landesthingmitglieder bekommen würden, und gleichzeitig hatten sie eine Reserve von 15 Wahlmännern.

Die Schleswigsche Partei (Slesvigsk Parti) als Vertreterin der deutschen Minderheit verfügte über 29 Wahlmänner, die zur Erlangung eines Mandats ausreichten.

Aus diesem Grund vereinbarten beide Parteien eine Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Chancen für die Erreichung der Wahlziele zu erhöhen. Die Unterhändler der Sozialdemokraten waren der Parteivorsitzende Thorvald Stauning und I. P. Nielsen. Die Schleswigsche Partei vertraten der Folketingsabgeordnete Pastor Johannes Schmidt-Wodder und das Sonderburger Stadtratsmitglied und Vizebürgermeister Johann Alexandersen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 20. September ein Einvernehmen erzielt, das nach der Stadt, in der sich die Delegation getroffen hatten, als Herninger Absprache bezeichnet wird. Die Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei sagten darin zu, die Forderung der Schleswigschen Partei nach einem eigenen Vertreter in der Schulkommision der Kommunen zu erfüllen, und damit das gewünschte Recht auf einen Schulabschluss am deutschen Gymnasium zu unterstützen. Die Vertreter der Schleswigschen Partei versprachen im Gegenzug ihren Wahlmännern die Wahl von Johann Jacobsen und dessen Vertretern zu empfehlen.

Bei der Wahl am 21. September 1928 gelang es jedoch nicht, Bürgermeister Jacobsen in den Landesthing zu wählen. Die Schleswigsche Partei lieferte zwar die vereinbarten 29 Stimmen, und zusammen mit den übrigen Stimmen der Sozialdemokratie bekam Jacobsen insgesamt 44 Stimmen. Das war jedoch im Verhältnis zu den ersten neun Kandidaten zu wenig. Diese bekamen jeweils 57 Stimmen und auch die nächsten sechs zur Wahl präsentierten Kandidaten erhielten mit 56 Stimmen mehr Zuspruch als Jacobsen. Die Herning-Absprache gab Anlass zu Aufmerksamkeit und Kritik. Die Sozialdemokratie stellten heraus, dass das, was man versprochen hatte, in voller Übereinstimmung mit der Parteipolitik in Bezug auf die Schulwünsche der deutschen Minderheit stand. Schmidt-Wodder drückte es folgendermaßen aus: „Dass wir uns für einen deutschen Sozialdemokraten, der doch nicht gewählt, jedoch aber aufgestellt wurde, einsetzen, hat für uns keine geringe Bedeutung. Wir konnten damit sehr deutlich machen, dass ein deutscher Sozialdemokrat für uns in erster Linie als Deutscher wertgeschätzt wird.“

Für die deutsche Minderheit standen zwei Dinge im Vordergrund. Für die Erfüllung ihrer schulpolitischen Forderungen konnten sie künftig mit dem Beistand der Sozialdemokratie rechnen. Falls Jacobsen gewählt worden wäre, hätten sie zudem einen ihnen wohlgesonnenen Ansprechpartner im Landesthing gehabt. Bei den Sozialdemokraten wurde das Nationalpolitische in der Absprache höher priorisiert, als es normalerweise der Fall war. Mit Hilfe der Schleswigschen Partei hofften sie auf ein weiteres Mitglied im Landesthing, und in Bezug zu dem von der deutschen Minderheit angepeilten Ziel, in der Schulkommision vertreten zu sein, betonten sie, dass sich deren Wunsch mit ihrer Politik im



Abb.5 Der Sonderburger Stadtrat in der Zusammensetzung von 1929 bis 1933 mit dem am hinteren Tisch sitzenden Bürgermeister Johan Jacobsen (neben ihm stehend ein nicht identifiziertes Mitglied des Stadtrats)

Einklang befinden würde. Außerdem erhofften sie sich bei den bevorstehenden Stadtratswahlen in Sonderburg die Unterstützung der Schleswigschen Partei, wodurch die Wiederwahl von Johan Jacobsen abgesichert war.

Die Stadtrats- und Folketingswahl 1929

Anfang Januar 1929 begannen die Sozialdemokraten die Vorbereitungen für die am 10. März stattfindende Stadtratswahl. Die übliche Aufforderung sich zu beteiligen und die sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen, wurde routinemäßig an die Arbeiter verschickt. Die Wahl beinhaltete zwei Punkte, die sie von der Wahl 1925 unterschied, bei der die Sozialdemokratie die einzige Partei gewesen war, die um die Stimmen der Arbeiter warb. Jetzt war die Situation so, dass die umfassende Arbeitslosigkeit den Kommunisten Zulauf beschert hatte,

und auch die unzufriedenen deutschgesinnten Arbeiter mit dem Deutschen Arbeiterverein von 1928 (DAV) eine neue Interessenorganisation gegründet hatten. Auf einer Nominierungsversammlung im Gewerkschaftshaus am 26. Februar wurde die sozialdemokratische Liste erstellt. Sie enthielt keine Überraschungen. Obwohl Oscar Preuss auf der Versammlung mehr Stimmen als Bürgermeister Jacobsen bekam, wurde dieser wieder Spitzenkandidat, während Preuss und Eckhardt auf dem zweiten und dritten Platz kandidierten. Das Folketingsmitglied I.P. Nielsen war sehr aktiv im Wahlkampf. Er äußerte seinen Respekt für Bürgermeister Jacobsen und empfahl ihn für weitere vier Jahre: „An der Spitze steht Johan Jacobsen, der jetzt sieben Jahre lang Bürgermeister der Stadt war. Er ist verhöhnt und als Deutscher und vieles andere verunglimpft worden. Sonderburg ist eine Stadt mit einer nationalen Mischung, die riskiert, Tür an Tür miteinander wie Hund und Katze zu leben. Niemand anderes könnte die Aufgabe besser lösen als Johan Jacobsen.“

Das Ergebnis der Wahl war, dass die Sozialdemokraten ein Mandat weniger erhielten, und jetzt nur noch über sieben Stadtratssitze verfügten. Die Konservativen bekamen sechs, die Schleswigsche Partei fünf Mandate und die Bürgerliste und Venstre je ein Mandat. Die Kommunisten bekamen zwar 104 Stimmen, verfehlten damit jedoch den Einzug in den Stadtrat.

Am 29. März 1929 traf sich der neue Stadtrat zur konstituierenden Sitzung. Wollrath Eckhardt schlug für die Sozialdemokraten die Wiederwahl von Bürgermeister Johan Jacobsen vor und Knud Eriksen für die dänischen Bürgerlichen Landinspektor A. V. Kruse. Die Abstimmung wurde überraschenderweise schon im ersten Wahlgang entschieden. Es war eine Wiederwahl von Jacobsen, der neben den sieben Stimmen der Sozialdemokraten vier der fünf Stimmen der Schleswigschen Partei bekam. Kruse bekam neun Stimmen, sechs von den Konservativen, je eine von Venstre, den Radikalen und der Bürgerliste. Eine einzelne Stimme entfiel auf Justizrat Alexandersen, Schleswigsche Partei, der jedoch gar nicht vorgeschlagen worden war. Für die Wahl des Vizebürgermeisters bedurfte es hingegen mehrere Wahlrunden, bis Alexandersen im dritten Wahlgang mit zehn Stimmen gegenüber seinem erneut zur Wahl antretenden Kontrahenten, Bankdirektor Hans Nielsen (neun Stimmen) triumphierte. Seinen Sieg verdankte er den fünf Sozialdemokraten, die ihn in allen drei Wahlgängen unterstützt hatten.



Abb. 6 Der von Johan Jacobsen 1929 noch vehement abgelehnten Bau des Springbrunnens vor dem Rathaus wurde in den 1950er Jahren mit einer Spende des Carlsberg Fonds Bau doch noch realisiert

Ein Springbrunnen für den Rathausmarkt

Der Straßen- und Wegeausschuss beantragte bei der Stadtratssitzung am 20. November 1929, dass die Kommune einen Springbrunnen zur Verschönerung auf dem Markt vor dem Rathaus aufstellen solle. Der Ausschuss hatte Kontakt mit dem Carlsberg-Fond aufgenommen, der sich bereit erklärt hatte, 15.000 Kronen unter der Voraussetzung zu spenden, dass die Stadt den gleichen Betrag investieren würde. Der Antrag des Ausschusses führte zu einer lebhaften Debatte, bevor eine Mehrheit des Stadtrates den Vorschlag verwarf. Ein einzelnes Stadtratsmitglied meinte jedoch, dass man den Kontakt zum Carlsberg-Fond erhalten solle, da ein Zuschuss zur Verschönerung später infrage kommen könnte. Bürgermeister Jacobsen stimmte dem zu, betonte aber zugleich, dass es keinen Grund für große Dankbarkeit gäbe, da die Bevölkerung durch das Bier, dass sie getrunken hatte, selbst schon genug dafür bezahlt hätte. Man bemerke, dass der Grund in der Haltung des Bürgermeisters darin lag, dass er viele Jahre einer der eifrigsten Mitglieder der Abstinenzlerloge I. O. G. T. gewesen war.

Bürgermeister Johan Jacobsen war mittlerweile 65 Jahre alt geworden. Er hatte keine Probleme gehabt, erneut als Spitzenkandidat bei den Wahlen 1925 und 1929 aufgestellt und gewählt zu werden. Seine Wiederwahl als Bürgermeister mit der bürgerlich-deutschen Unterstützung war daher von einem seiner härtesten Kritiker, Redakteur Andreas Grau, in der Dybbøl-Posten nur noch mit einem Schulterzucken quittiert worden. Jacobsens Verhältnis zur Sonderburger Arbeiterbewegung hatte sich gegenüber früheren Jahren jedoch verändert. Zu Beginn der 1930er Jahre tauchte er seltener bei den Versammlungen der Gewerkschaften und dem Dachverband der Arbeiter auf. Eine beginnende Unzufriedenheit in den sozialdemokratischen Reihen muss auch in Bezug auf seine etwas selbstherrliche Art, Dinge zu tun, gesehen werden. Er brachte nicht immer die Haltungen in seiner Fraktion in Einklang miteinander und das sollte letztlich zu Problemen führen.

Am 18. November befasste sich der Stadtrat mit dem Vorschlag, den Parkplatz in der Jernbanegade (Eisenbahnstraße) zu schließen, so dass es der Konsumgenossenschaft ermöglicht wurde, ein Gebäude zu errichten. Bei der Sitzung waren nicht alle Stadträte anwesend, und die Abstimmung ergab ein Patt von sieben zu sieben Stimmen, bevor der Bürgermeister sein Votum abgab. Als der Bürgermeister schließlich mit den Bürgerlichen stimmte und damit der Antrag abgelehnt worden war, war die Unzufriedenheit in der sozialdemokratischen Gruppe nicht zu übersehen. Bei einer anderen Sache kritisierte die Gruppe Jacobsen dafür, dass er im Brückenausschuss gegen einen Mehrheitsbeschluss im Stadtrat gestimmt hatte. Dieser hätte dem Hotelbesitzer Harboe, Alhambra, das Recht geben sollen, einen Erweiterungsbau bis dicht an die neue Brücke zu bauen. Ein derartiges Entgegenkommen wäre im Hinblick auf den Tourismus wichtig gewesen und gleichzeitig eine Art Ausgleich für Harboe, dessen Hotel nach dem Bau der neuen Brücke und der Entfernung der Pontonbrücke ins Abseits geraten war. Die sozialdemokratische Stadtratsgruppe war unzufrieden damit, dass Jacobsen bei dieser Frage seinen eigenen privaten Standpunkt vertreten hatte, was sie als nicht übereinstimmend mit der parlamentarischen Gepflogenheit bewertete. Die Unzufriedenheit setzte sich fort, nachdem Jacobsen mit der deutsch-bürgerlichen Gruppe für die Abschaffung der Volkskonzerte gestimmt hatte, die vielen Arbeitern der Stadt ein kostenloses musikalisches Erlebnis, und gleichzeitig den Musikern, die es in den harten Zeiten auch schwer hatten, eine Beschäftigung bot.

Ein Bürgermeister mit ernsthaften Problemen

Mehrere Male hatte der Stadtrat den Erweiterungsbedarf des Rathauses diskutiert. Bei einer Versammlung des Parteivorvorstands mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Stadtratsgruppe am 6. März 1932 erörterte man einen diesbezüglichen Vorschlag, der vom Stadtbaumeister Holger Mundt erarbeitet worden war. Nach einer langen Diskussion beschloss man, das Vorhaben zu unterstützen. Es herrschte Einigkeit darüber, dass der Stadtrat geschlossen und unabhängig von parteipolitischen Vorstellungen seine Zustimmung erteilen sollte. Als es am 30. März 1932 zur Abstimmung kam, und die vorliegenden Pläne mit einer Mehrheit von zwölf zu sieben Stimmen gebilligt worden waren, zeigte es sich, dass zur Überraschung aller Anwesenden und entgegen den vorhergehenden Absprachen Johan Jacobsen dagegen votiert hatte. Das Verhalten des Bürgermeisters löste in der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion einen Aufruhr aus. Diese berief sofort den Parteivorstand ein, das Treffen fand am 4. April 1932 ohne Teilnahme des Bürgermeisters statt.

Folgendes wurde beschlossen:

„Auf der Versammlung der Stadtratsfraktion und des Parteivorstandes am 6. März d. J. wurde einstimmig beschlossen, also auch von Bürgermeister Jacobsen, dass die Gruppen nach außen im Stadtrat einheitlich auftreten und geschlossen stimmen sollte.

Bei der Gruppensitzung vor der letzten Stadtversammlung wurde beschlossen, dass die Fraktion für den Vorschlag zum Umbau des Rathauses stimmen sollte, sofern das Geld dazu beschafft werden könnte. Weil Bürgermeister Jacobsen trotz des oben Genannten gegen seine eigene Gruppe stimmte, erklärt die unterzeichnende sozialdemokratische Stadtratsfraktion, dass wir beabsichtigen, der kompetenten Versammlung zu unterbreiten, dass wir in Zukunft Bürgermeister Jacobsen nicht als zu unserer Gruppe zugehörig betrachten werden. Diesen Beschluss beabsichtigen wir gleichermaßen zur rechten Zeit und am rechten Ort bekanntzugeben.

Sonderburg, den 5. April 1932.

*Die Sozialdemokratische Stadtratsfraktion in Sonderburg
Angenommen vom Parteivorsitz.“*

Der in dem Beschluss angedrohte Parteiausschluss war eine Sache, die alle Beteiligten mit größtem Ernst betrachteten, und wenn es darin lautete, dass die sozialdemokratische Stadtratsfraktion beabsichtigte, das endgültige Ergebnis zur rechten Zeit und am rechten Ort bekannt zu geben, aber nicht sofort, dann beruhte das darauf, dass man vor weitergehenden Entscheidungen zunächst mit I. P. Nielsen Rücksprache halten wollte. Man wollte, dass dieser ein erns-

tes, kameradschaftliches Gespräch mit dem Bürgermeister führte. Es gibt zwar keine zugänglichen Quellen, die I. P. Niensens Gespräch mit dem Bürgermeister erwähnen, und die Sache erledigte sich letztlich auch von allein. Die Vermutung geht aber dahin, dass I. P. Nielsen einen Kompromiss aushandelte, der darauf hinauslief, dass der mittlerweile 68jährige, durch einige längere Krankheitsverläufe gesundheitlich angeschlagene Johan Jacobsen bei der nächsten Wahl im März 1933 nicht mehr als Bürgermeisterkandidat antreten würde.

Nach mehr als zehn Jahren im Bürgermeisteramt war für Johan Jacobsen klar, dass das das Ende seiner politischen Karriere bevorstand. Die Stadtratswahl 1933 wurde auf den 11. März gelegt, ein Zeitpunkt, an dem in Deutschland Hitler die Macht übernommen hatte, und auch am südjütischen Horizont mit der in Windeseile vor sich gehenden Nazifizierung der deutschen Minderheit dunkle Wolken aufgezogen waren. Anfang Januar 1933 legten die Sozialdemokraten dem Stadtrat einen Achtpunkteplan über umfassende Bauarbeiten zur Reduzierung der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit vor. Der Stadtrat konnte sich aber nicht über die Finanzierung einigen und der Vorschlag wurde abgelehnt. Der Wahlkampf begann.

Am 20. Februar fand die Nominierungsversammlung statt. Die sozialdemokratischen Mitglieder wussten jedoch offenbar nichts von dem von I. P. Nielsen ausgehandelten, und von der Stadtratsfraktion akzeptierten Kompromiss, denn diese hatte darüber nach außen hin nichts verlauten lassen. Bei der Versammlung, bei der der Bürgermeister anwesend war, fing man sofort an, um Vorschläge zu bitten. 30 Personen wurden benannt, von denen sieben sofort ablehnten. Erst zu diesem Zeitpunkt fragte das Mitglied Hans Davidsen, wieso der Bürgermeister nicht zur Wiederwahl vorgeschlagen werde. Das gab Wollrath Eckhardt, die Gelegenheit über den erzielten Kompromiss, mit der Johan Jacobsens Parteiausschluss verhindert worden war, zu berichten: Der Bürgermeister wolle aufgrund seines Alters nicht mehr kandidieren. Die Versammlung akzeptierte diese Erklärung und beschloss, dass an Stelle von Jacobsen nunmehr Oscar Preuss als Spitzenkandidat antreten sollte.

Die letzte Stadtratsversammlung von Bürgermeister Johan Jacobsen

Die letzte Stadtratssitzung am 22. März 1933, die von Bürgermeister Johan Jacobsen geleitet wurde, gab Anlass zu großer Aufmerksamkeit, sowohl in der Presse als auch im Sitzungssaal. Redakteur Frede Nielsen vom Sonderburger Social-Demokrat schrieb in seinem Zeitungsbericht, dass der bald siebzigjährige Jacobsen sich aufgrund seines Alters und schwindender Gesundheit zurückziehen wolle. Er berichtete, dass ihm seine Amtsführung in letzter Zeit große Probleme bereitet habe, aber er hätte die Interessen der Stadt in den vergan-

genen elf Jahren auf eine so versierte und einsichtige Art und Weise vertreten, dass ihm von allen Seiten Respekt für sein Handeln entgegengebracht worden sei. Frede Nielsen verschwieg nicht, dass der Bürgermeister seine Eigenarten gehabt (er sei „aus speziellem Holz geschnitzt“) und er sich manchmal hinter einer rauen Schale verschanzt hätte. Er hätte nicht zu denjenigen gehört, die mit Charme und Charisma auf die Leute zugegangen seien, aber trotzdem wären sich fast alle darüber einig, dass hinter seiner bisweilen etwas barschen Art, immer ein warmes und mitfühlendes Herz für die kleinen Leute geschlagen habe. In seinem eigenen Rückblick auf seine Bürgermeisterzeit betonte Johan Jacobsen, dass die Stadt ein neues Gesicht bekommen habe. Er freute sich über die Fertigstellung des Hafens und der neuen Sundbrücke und verwies auf die Erweiterung der Neustadt und der Jernbanegade. Im Bildungsbereich hob er die neue Schule und die drei Sporthallen hervor, aber verschwieg auch nicht, dass das, was ihn am Allermeisten gefreut hatte, die Fertigstellung des neuen Altersheims gewesen sei. Am Ende wünschte er dem Stadtrat Glück für die kommenden großen Vorhaben, wie den geplanten Umbau des Krankenhauses, das große Abwasserprojekt und das neue Rathaus, welches fast vollendet war. Hans Nielsen von Venstre begann mit Verweis darauf, dass er die gesamte Amtszeit von Johan Jacobsen als Stadtratsmitglied begleitet hätte. Obwohl Johan Jacobsen einer bestimmten Partei angehören würde, habe er als Bürgermeister seine eigene Meinung gehabt, und nicht immer mit der Mehrheit und gelegentlich sogar gegen seine eigene Partei gestimmt. Als Hans Nielsen das sagte, gab es wohl niemanden unter den Sozialdemokraten, der nicht an die dramatische Situation vor fast einem Jahr zurückdachte, als dem Bürgermeister ein Parteiausschluss gedroht hatte, weil er sich bei dem zu fassenden Beschluss über den Rathausneubau gegen die eigene Fraktion gestellt hatte. Johan Jacobsen hatte oft eine kompromisslose Art zu handeln. Das traf auch auf den Beginn seiner kurzen Stadtratskarriere zu, deren erster Höhepunkt die erzwungene Niederlegung seines kommunalpolitischen Mandats gewesen war, dass er infolge der Volksabstimmung wegen seiner vorhergehenden Tätigkeit im preußischen Schuldienst aufgeben musste. Es herrscht kein Zweifel darüber, dass sein Führungsstil dem eines zutiefst deutsch geprägten Beamten glich. Ein Mitarbeiter des Rathauses, Max Müller, nannte ihn mit einer Prise Ironie und Respekt „Johan, den Gerechten“. Sein Eigensinn führte im letzten Teil seiner Bürgermeisterzeit zu heftigen Kontroversen in den eigenen Reihen. Er hatte seine eigene Meinung, ungeachtet der Tatsache, dass ihm Kritik entgegengebracht, und ihm sogar ein Parteiausschluss drohte. – Johan Jacobsen starb vier Jahre später am 13. März 1937. Er wurde fast 73 Jahre alt.

Übersetzung: Levke Bittlinger

Abbildungsnachweise

Abb. 1, 4 Sonderburg Kommune

Abb. 2, 3, 5 Lokalthistorisk Arkiv for Arbejderbevægelsen, Sonderburg

Abb. 6 Museum Sønderjylland, Sonderburg Schloss

Was steckt im Grenzland?

Ergebnisse einer offenen Dialogveranstaltung der Region Syddanmark

von HELGE MÖLLER und GERRET LIEBING SCHLABER

Zu den Aufgaben der fünf Regionen, die im dänischen Verwaltungssystem die mittlere Ebene zwischen Staat und Kommunen ausmachen, gehören auch Wirtschaftsförderung, öffentlicher Verkehr, Kultur und im Fall der Region Syddanmark auch die grenzüberschreitende deutsch-dänische Zusammenarbeit. Auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten viel bewegt hat, zweifelt wohl niemand daran, dass in der Grenzregion noch viel Potenzial steckt, das bisher nur unzureichend genutzt und gelebt wird. Um über dieses zu diskutieren und neue Ideen zu entwickeln, hatte die Region Syddanmark für den 3. Mai zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, auf der nicht nur Politik und Verwaltung, sondern auch die Wirtschaft und nicht zuletzt Bürgerinnen und Bürger, gerade auch die jungen, zu Wort kommen sollten. Der folgende Beitrag ist eine Erweiterung der Reportage von Helge Möller, welche unmittelbar nach der Veranstaltung im Nordschleswiger erschienen ist. Neben weiteren Betrachtungen des erfahrenen Journalisten des Nordschleswigers kommen hier auch Beobachtungen unseres ebenfalls anwesenden Redaktionsmitglieds Gerret Liebing Schlaber zum Tragen. Ein besonderer Dank gilt Livia Jensen, Abiturientin an der Duborg-Skolen in Flensburg und Schülerbotschafterin, die uns ihren kompletten Redebeitrag in übersetzter Form zur Verfügung gestellt hat.

Die Redaktion

Einleitung

Die Region Süddänemark hat am 3. Mai ihre Bürgerinnen und Bürger eingeladen, darüber zu sprechen, welches Entwicklungspotenzial im Grenzland steckt. Das Interesse war da, der Königssaal im Folkehjem Apenrade war gut gefüllt. Es gab in der Tat viel zu bereden. Fernwärme über die Grenze hinweg und Sprachförderung mittels Partnerschulen waren nur zwei der vielen angesprochenen Ideen. Und die Sehnsucht nach Kultur in Post-Corona-Zeiten wurde hörbar.

Ein straff organisierter Diskussionsabend

Der Abend war straff durchorganisiert und auf ein Ziel gerichtet: Welche Vorschläge oder Gedanken haben Bürgerinnen und Bürger, wie das Grenzland mehr aus sich herausholen kann? Vorgegeben waren die Themen: Sprache und Ausbildung, Klima, Mobilität sowie Kultur und Zuzug. Nach einführenden und ideengebenden Impulsreferaten von fünf Persönlichkeiten mit sehr unterschiedlichen Funktionen in der Grenzregion diskutierten die Teilnehmenden an den Tischen jeweils 15 Minuten über die vorgegebenen Themen. An jedem Tisch saß eine Mitarbeiterin der Region und notierte die wesentlichen Aussagen, welche von den Beteiligten kamen. Auch die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung hatten sich dazugesetzt. Abschließend wurden die Anwesenden gebeten, ihre Beobachtungen, Ideen, Vorschläge und Wünsche zu Papier zu bringen und in einen der bereitgestellten Kästen zu legen.

Fünf verschiedene Impulsreferate

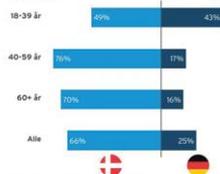
Zur Begrüßung betonte Jens Wistoft, Vorsitzender des Ausschusses für deutsch-dänische Zusammenarbeit, angesiedelt in der Region Süddänemark, dass ebendiese Zusammenarbeit von „gewaltiger Bedeutung“ sei. Der Venstre-Politiker machte deutlich, wie wichtig für Dänemark Deutschland als Handelspartner ist – und wie gern dänische Unternehmen im Süden des Landes Arbeitnehmende mit Deutschkenntnissen einstellen. Es gebe einen gewaltigen Bedarf an deutschsprachigen Mitarbeitenden, so Wistoft. Er präsentierte aber auch Auszüge aus einer Untersuchung, die die Region in Auftrag gegeben hatte, die zeigt, dass Deutsch vom Nachwuchs eher abgewählt wird. Ein Problem, das bekannt ist.

John Lassen untermauerte dies mit einigen ausgewählten Zahlen, die einer im vergangenen Jahr unternommenen ausführlichen Studie über die Verhältnisse im Grenzland entstammen. Zu den Punkten mit Handlungsbedarf zählen u.a., dass die Deutschkenntnisse auf dänischer Seite gerade in den jüngeren Generationen massiv zurückgegangen sind und Dänischkenntnisse südlich der Grenze trotz deutlich steigender Tendenz in der jungen Generation ebenfalls nicht ausreichend sind. Zudem fahren weit weniger Deutsche in der Region regelmäßig nach Norden als es umgekehrt der Fall von Nord nach Süd ist. Viele beklagten zudem, dass viele Qualitäten der Region schlicht und einfach übersehen werden.

Die Impulsreferate wurden durch den EU-Parlamentsabgeordneten Rasmus Andresen (Bündnis 90/Die Grünen) eingeleitet, der wegen einer Plenarsit-

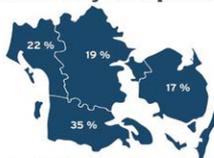
GRÆNSELANDET I TAL

Sprogkundskaber opdelt på alder



Figuren viser andelen af indbyggere i den nordlige del af grænselandet, der kan tale tysk til hverdagsbrug, og andelen af indbyggere i den sydlige del af grænselandet, der kan tale dansk til hverdagsbrug.

Syddanske virksomheders behov for tyskkompetencer



Kortet viser andelen af små og mellemstore virksomheder i byregionerne, der har behov for medarbejdere med tyskkompetencer.



61%
af sønderjyderne tager
over grænsen minimum
hver måned

I den nordlige del af grænselandet er det 61 pct. af indbyggere, der tager syd over grænsen mindst én gang om måneden. Tilsvarende gælder det for 26 pct. af indbyggerne i Nordtyskland, der mindst én gang om måneden tager over grænsen til Danmark.

Kilde: Region Syddanmark

Abb. 1 Das Grenzland in Zahlen: Folie aus der Studie über die Verhältnisse in der der Region Süddänemark

zung in Straßburg nicht dabei sein konnte, aber eine Videobotschaft gesendet hatte. Hierin betonte er u.a. die Bedeutung der Minderheiten beim Aufbau der grenzüberschreitenden Region. Er wies auf das seiner Ansicht nach große Potenzial der deutsch-dänischen Region im Bereich Ausbildung und nachhaltige Energieerzeugung hin und brachte die „Klimaregion“ ins Spiel. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Klimaziel der EU, die 2050 klimaneutral werden will. „Wir brauchen in der EU tolle Projekte, die zeigen, wie das Ziel erreicht werden kann“, so Andresen.

Die Schülerbotschafterin und Abiturientin von Duborg-Skolen Livia Jensen ging vor allem auf Sprache und grenzüberschreitende Kontakte unter Jugendlichen ein. Ihren bemerkenswerten Beitrag geben wir hier im kompletten Wortlaut wieder:

„Meine Ideen für's Grenzland

Mein Name ist Livia Jensen. Ich bin 19 Jahre alt und wohne südlich der deutsch-dänischen Grenze. Ich besuche die Duborg Skolen in Flensburg und bin gerade dabei, mein Abitur zu machen.

Meine Eltern haben entschieden, mich in den Kindergarten und in die Schule der dänischen Minderheit zu schicken, darum habe ich die dänische und deutsche Sprache quasi auf Muttersprachenniveau gelernt. Das war und ist für mich immer schon ein großer Vorteil, dadurch konnte ich beide Sprachen nutzen und sie über die Grenze hinweg einsetzen. Ich konnte mich somit frei im Grenzland bewegen und zwischen den Sprachen hin- und her springen und hatte keine

Befürchtungen, dass man mich nicht verstehen würde. Ich habe auch an einigen deutsch-dänischen Kultur- und Theaterprojekten teilgenommen und das war eine ganz wunderbare Erfahrung – ich brauchte mich dabei nicht nur auf ein Land zu begrenzen. Außerdem bin ich auch Schülerbotschafterin meiner Schule. Ich habe häufig erlebt, dass dänische Kinder und Jugendliche sich nicht trauen, Deutsch zu sprechen und das ist schade, denn sie könnten so viel mehr erleben. Ich habe nur positive Rückmeldungen bekommen, wenn ich dann Dänisch mit ihnen gesprochen habe – nach dem Motto: wenn du Dänisch sprichst, dann müssen wir ja nicht Deutsch sprechen!

Dagegen sollten wir etwas tun. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir uns besser kennenlernen im Grenzland, um Barrieren abzubauen und mehr voneinander zu wissen – dann klappt es vielleicht auch besser mit der jeweiligen Sprache. Ich würde mir wünschen, dass es noch mehr Möglichkeiten gibt, dass alle Kinder und Jugendliche von sowohl Minderheiten- als auch Mehrheitsschulen sich gegenseitig besuchen – über die Grenze hinweg.

Mein Vorschlag ist, das Schülerbotschafterprojekt zu erweitern, damit auch Mehrheitsschulen sich an dem Projekt beteiligen können. Schulen in Dänemark sollten sich mehr mit Schulen in Deutschland treffen und auch die jeweilige Sprache mehr anwenden. Dabei können sie Fragen stellen und über ihre Kultur, Freizeitbeschäftigungen und verbreitete Vorurteile sprechen. Sie können diskutieren und gemeinsam was unternehmen und erleben. Eigentlich wird ja die jeweilige Nachbarsprache an Schulen in beiden Ländern angeboten – also haben ja deutsche und dänische Schüler die Möglichkeit, die erlernte Sprache auch zu nutzen. Obwohl man manchmal ein wenig Respekt vor einer Fremdsprache hat, sollte man einfach ins kalte Wasser springen – wenn man sich traut, kann man viel erreichen und Zusammenhalt im Grenzland schaffen.

Es gibt so viele Vorteile, wenn man beide Sprachen spricht und die Kultur miteinander teilt. Ich würde mir wünschen, dass Deutsch und Dänisch noch mehr über die Grenze hinweg gesprochen werden – gerade von Menschen, die es nicht selbstverständlich in ihrem Alltag tun. Wenn Kinder und Jugendliche damit anfangen und ihr Nachbarland noch besser kennenlernen, dann werden sie es auch in ihre Zukunft weitertragen und das ist ein großer Gewinn für Deutsch und Dänisch im Grenzland.“

Mobilität war ein Schwerpunktthema in der Ansprache des Apenrader Bürgermeisters Jan Riber Jakobsen (Konservative). Er erinnerte daran, dass in seiner Kommune acht der zwölf Grenzübergänge liegen. Für alle sei es wichtig, dass man „360 Grad Bewegungsfreiheit“ habe. Wenn dies nicht der Fall ist, schränkt dies die Wahlmöglichkeiten ein und beeinflusst auch z.B. die Wahl des Ausbildungsortes. Der Bürgermeister verwies auf die Rolle der Grenzpendlerinnen und



Abb. 2 Livia Jensen, Schülerbotschafterin der Duborg Skolen in Flensburg bei ihrem Kurzvortrag

-pendler die diese in der lokalen grenzüberschreitenden Wirtschaft einnehmen würden. Diese freie Beweglichkeit sei „absolut entscheidend“. Er erwähnte nicht nur den ausbaufähigen Bahnverkehr, sondern auch die früher einmal bedeutende Passagierschiffahrt zwischen beiden Ufern der Flensburger Förde.

Leif Friis Jørgensen, geschäftsführender Direktor der Meierei Naturmælk in Brauderup bei Tingleff, zeigte am Beispiel seiner eigenen Firma, wie notwendig, aber auch wie selbstverständlich die Einbeziehung deutscher Angestellter ist. Trotz der Nähe können Konjunkturschwankungen in Deutschland und Dänemark sehr unterschiedlich sein. Daher sieht er es als „riesengroßen Vorteil“ an, dass bei Mangel an Arbeitskräften auf dänischer Seite solche aus Deutschland kommen können. Der gebürtige Westseeländer, der vor seinem Umzug hierher wenig von den schleswigschen Verhältnissen gewusst hatte, sieht es als völlig natürlich an, dass die Angestellten in seiner Firma mal Dänisch und mal Deutsch sprechen, dies werde von allen völlig entspannt gesehen und gehandhabt. Für ihn als Unternehmer sei es egal, ob seine Mitarbeitenden aus Flensburg oder Apenrade kämen. Die Regionsratsvorsitzende der Region Süddänemark Stephanie Lose (Venstre) legte den Schwerpunkt ihres Beitrages

auf die nicht genutzten Potenziale in der Region. Heute werde die Politik dafür kritisiert, dass sich nicht genug für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einsetze, während früher meist Kritik kam, wenn sich die Verantwortlichen aus Sicht mancher Zeitgenossen zu weit in diese Richtung bewegten. Sie betonte dabei auch den Wert der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich, denn „Kultur kann einiges für ein besseres gegenseitiges Verständnis tun“.

Defizite und Chancen bei Ausbildung und Sprachkenntnissen

Es folgten nun vier jeweils viertelstündliche Diskussionsrunden, die an allen Tischen durchweg sehr lebhaft verliefen und die mit einem gemeinsamen Fazit im Saal abgerundet wurden. Zunächst ging es um das eingangs erwähnte Sprachproblem. Ein Teilnehmer gab in der entsprechenden Diskussionsrunde, die an den Tischen geführt wurde, zu bedenken: Die Region sei eine strukturschwache Region, es sei wichtig, die Sprache des Nachbarn zu kennen, um gemeinsam stark zu sein. Livia Jensens Hinweis auf die Sprachausbildung der Minderheitenschulen wurde aufgenommen. Sprachunterricht müsse früh beginnen und die Kinder müssen die Erfahrung machen können, dass sie ebendiese Sprache auch anwenden.

Man war sich am Tisch darüber einig, dass ein früher Beginn mit dem Nachbarsprachunterricht - wie in der Kommune Sonderburg mit Deutsch schon ab der Vorschulklasse seit einigen Jahren praktiziert - gut sei; es helfe hingegen wenig, wenn Sprachunterricht nicht durchgehend erfolge und als eher lästiges Schulfach wahrgenommen werde. Bodo Neumann, einer der wenigen Südschleswiger im Saal, wies auf das Projekt Kulturregion hin, dessen Potenzial von noch viel mehr Schulen beiderseits der Grenze genutzt werden könne. Ebenfalls kam in der Debatte das Problem zur Sprache, dass viele Ausbildungen immer noch nicht grenzüberschreitend kompatibel seien.

Eingeschränkte Mobilität

In der zweiten Diskussion gab ein Teilnehmer zu bedenken, dass gute Verkehrsverbindungen und eine sichergestellte Mobilität zu einem Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kommunen führen können. Beim Eingangsreferat kam zur Sprache, dass 90 Prozent aller Verkehrswege in der Region Syddanmark mit dem Auto zurückgelegt werden. In Nordschleswig dürfte die Quote noch höher liegen, denn auch die Großstadt Odense, die für ihre Fahrradfreundlichkeit international bekannt ist und soeben eine neue Straßenbahn bekommen hat, und mittelgroße Städte wie Esbjerg, Kolding und Vejle seien zu berücksichtigen. Die Bahn steht in der Gesamtregion für lediglich vier Prozent der geleisteten



Abb. 3 Stephanie Lose, Vorsitzend der Region Süddänemark bei ihrem Statement auf der Konferenz

Personenkilometer, das Fahrrad für drei, die eigenen Füße für zwei und der Bus gerade einmal für einen Prozent der Mobilitäten.

Bemängelt wurden insbesondere die schlechten Bus- und Zugverbindungen im Grenzland, die ein Zusammenwachsen der Region behindern. Neben Kritik an mitunter kurzsichtiger Verkehrspolitik - etwa an der Neubeschaffung von Triebwagen durch die DSB, welche nicht mit dem deutschen und schwedischen Stromsystem kompatibel sind oder am kleinlichen Streit über die Finanzierung der Sydtrafik-Buslinie 110 zwischen Flensburg und Sonderburg - kamen aber auch viele Verbesserungsvorschläge zur Sprache.

Zusammenarbeit in der Klimapolitik, Potenziale im Bereich Kultur und Wohnen

Viel Einigkeit herrschte auch in den beiden letzten Diskussionen. Zum Thema Klimaschutz konnte auf den bereits weit fortgeschrittenen Weg zu nachhaltiger Energieproduktion und -nutzung in der Region hingewiesen. Sowohl das Vorhandensein sauberer Energie als auch das hohe Bildungs- und Forschungsniveau

vor Ort wird als künftig noch wichtigerer wirtschaftlicher Standortfaktor gewertet. Gleiches gilt für die Kultur. Es gibt viel Raum sowohl für Angebote für die breite Bevölkerung als auch für Avantgarde-Projekte. Doch auch hier wird trotz mancher guten Initiativen und Erfahrungen die andere Seite der Grenze nicht mit eingeplant. Zudem kam auch bei diesem Thema immer wieder zur Sprache, dass mangelnde Sprachkenntnisse immer wieder ein Problem sind. Als Wohnstandort ist vor allem Nordschleswig in jüngster Zeit für viele Deutsche attraktiver als jemals zuvor geworden.

Nicht alles läuft rund

In der abschließenden Runde wurde abermals verdeutlicht, dass es noch viel Verbesserungsbedarf in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt und viele Potenziale nicht genutzt werden, weil sie vielen gar nicht bewusst sind oder weil es schlichtweg noch Grenzbarrieren gibt. Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), machte hierbei auf das Scheitern eines gemeinsamen Ringreitens aufmerksam. Weil ein deutsch-dänisches Sonderabkommen abgelaufen ist, kann in diesem Jahr das geplante gemeinsame deutsch-dänische Ringreiten nicht stattfinden. Zum „Nordschleswiger“ sagte Jürgensen, diese wiederentstandene Barriere verhindere, dass Menschen zusammenkommen könnten. Darum gehe es aber im deutsch-dänischen Miteinander. Seinen Worten nach sind gerade derartige Veranstaltungen dazu geeignet, Hindernisse abzubauen und Verständnis zu fördern.

Am Ende bat Michael Nielsen (Konservative), Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung der Region Süddänemark, die Teilnehmenden, ihre Ideen und Anregungen aufzuschreiben und die Notizen in die bereitgestellten Boxen zu stecken – damit die Politikerinnen und Politiker der Region mit diesen weiterarbeiten.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 Region Süddänemark

Abb. 2 und 3 Helge Möller

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensburg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; GLS: Gerret Liebing Schlaber; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydske Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening.

Redaktionsschluss: 15. Juli 2022

Deutsch-dänische Beziehungen

Nordseegipfel für neue Energiepolitik

Das erste Halbjahr 2022 wurde in Europa vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine überschattet. Das Putin-Regime begründet die militärische Aggression mit einer angeblichen Bedrohung durch „Nazis“, welche im Nachbarland an der Macht seien, ohne dass es dafür auch nur die geringsten Beweise liefern konnte. Die angebliche „Spezialoperation“ erweist sich seither als brutal geführter Eroberungskrieg, der - nachdem sich die Ukraine im Norden und Nordosten erfolgreich hatte wehren können – sich vor allem auf den Donbass konzentriert. Insbesondere in Deutschland hat der Krieg vor Augen geführt, wie sehr man sich von fossilen Energieträgern aus Russland abhängig gemacht hat. Vor diesem Hintergrund bekam der Nordseegipfel am 18.6. in Esbjerg eine besondere Bedeutung. Statsminister Mette Frederiksen und Bundeskanzler Olaf Scholz erklärten gemeinsam mit ihren Kollegen

aus den Niederlanden und aus Belgien, Mark Rutte und Alexander De Croo und der ebenfalls anwesenden EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die Gewinnung nachhaltig erzeugter Energie aus der Nordsee, etwa durch Offshore-Windparks, künftig eine noch wichtigere Rolle spielen soll (alle, 18.5.).

Initiative für ein Gremium zum Abbau von Grenzbarrieren

Bei einem Treffen des Nordschleswig-Gremiums des Landtages und des Bundes Deutscher Nordschleswiger mit dem Präsidium des Folketings wurde die Idee einer Einrichtung eines Gremiums erörtert, welches sich sowohl mit dem Abbau von Grenzbarrieren durch unterschiedliche Regelungen in Deutschland und Dänemark auseinandersetzen als auch bei der Gesetzgebung in beiden Ländern beratend tätig sein soll, damit neue Regelungen nicht neue Unvereinbarkeiten nach sich ziehen. Der BDN macht sich seit Jahren für ein solches Gremium stark (u.a. Nos 2.3.).

Vorbild ist der Grenzhindernisrat des Nordischen Rats, in welchem die Regierungen der fünf skandinavischen Staaten ihre direkten Vertreter haben, so dass diese umgehend die Initiative ergreifen können. Auch Deutschland hat entsprechende bi- oder trinationale Gremien dieser Art mit Nachbarstaaten - bisher allerdings noch nicht mit Dänemark. (Nos 31.3.)

Deutsche und dänische Politik

Deutliches „Ja“ zur Abschaffung des Verteidigungsvorbehaltes

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde die Frage nach einer engeren militärischen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik so aktuell wie selten zuvor. Dänemark hat hieran bisher nicht teilgenommen, weil man sich während des Beschlussprozesses für den Vertrag von Maastricht 1992 vier Sonderregeln ausgehandelt hatte, die das Königreich nicht zur Teilnahme an gemeinsamen Vorhaben der EU verpflichten. Neben der Verteidigungszusammenarbeit betrifft dies die Währungsunion, die EU-Bürgerschaft (und zwar v.a. wegen Grönland und den Färöern, die nicht zur EU gehören) und die Justiz- und Polizeizusammenarbeit. Am 1. Juni kam es wegen des ersteren zu einer Volksabstimmung, welche in Dänemark

bei Grundgesetzänderungen und Fragen der nationalen Souveränität verbindlich sind. Landesweit stimmten 66,9% für die Abschaffung des Vorbehalts. In Nordschleswig lag das Ergebnis etwas niedriger, aber in allen vier Kommunen über 60% (Tondern 60,6%, Hadersleben 60,9%, Apenrade 61,2%, Sonderburg 63,5%). Bis zum 1. Juli dieses Jahres soll die Gesetzeslage dem Ergebnis so angepasst werden, dass Dänemark ab diesem Datum vollwertiges Mitglied der EU-Verteidigungszusammenarbeit ist. In Deutschland wie im übrigen Europa wurde das Ergebnis sehr positiv aufgenommen und als klares Signal der Einigkeit gegen Putin und dessen Krieg gewertet (alle, ab 1.6.).

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Bei den Wahlen am 8.5. gab es deutliche Verschiebungen. Klarer Sieger wurde die CDU mit Ministerpräsident Daniel Günther, die 11,4% dazugewann und mit 43,4% ein seit den 1980er Jahren nicht mehr erreichtes Ergebnis verbuchen konnte. Fast genauso hoch waren die Verluste der SPD (-11,3%), die mit 16,0% einen absoluten Negativrekord im Land zwischen den Meeren aufstellten. Auch zwischen Grünen und FDP, die beide bisher mit der CDU regierten, gab es Gewichtverschiebungen: Mit 18,3% (+5,4%) überholten die Grünen sogar die SPD, während die FDP auf

6,4% (-5,1%) absackte. Dritter Sieger war der SSW, der mit 5,7% (+2,4%) sein bestes Ergebnis seit der Wahl von 1947 (!) feierte. Die rechtspopulistische AfD verlor 1,5% und schied mit 4,4% bundesweit erstmals wieder aus einem Landesparlament aus. Die Linke verlor weitere 2,1% und kam auf nur noch 1,7%. Andere Parteien sammelten insgesamt 4,2% (+0,5%). Mit 34 Mandaten verfehlte die CDU die absolute Mehrheit denkbar knapp. Die Grünen kamen auf 14, die SPD auf 12 Sitze, die FDP auf 5 und der SSW auf 4. Am Wahlabend lobte Wahlsieger Günther die gute Zusammenarbeit mit beiden bisherigen Partnern und hielt die Koalitionsfrage offen. Der enorme Erfolg der CDU wird von Kommentatoren in erster Linie mit der Popularität des Ministerpräsidenten in Verbindung gebracht, dem insgesamt eine große Fähigkeit zur Zusammenarbeit nicht nur mit den Koalitionspartnern bescheinigt wird. Auch in der Zusammenarbeit mit Dänemark ist er stets sehr präsent und aktiv. Ebenso gilt sein Verhältnis zu SSW und dänischer Minderheit als sehr gut, nachdem es zwischen der CDU und den dänischen Südschleswigern vor einem Jahrzehnt vor allem wegen der Kürzungen der Schulzuschüsse (vgl. GFH 2/2012, S. 127f.) und der Infragestellung der Vollgültigkeit der SSW-Mandate noch Spannungen gegeben hatte (vgl. GFH 1/2013, S. 57). Der Erfolg des SSW fand auch in Dänemark viel Beachtung.

Kurzzeitige Irritation über Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen

Obwohl auch Dänemark kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sich sofort dazu bereit erklärt hatte, im Kontrast zu seiner ansonsten äußerst rigiden Flüchtlingspolitik unkompliziert Menschen aus der Ukraine aufzunehmen, gab es an der Grenze einige Irritationen. So wurden zahlreiche ukrainische Familien abgewiesen, wenn ein Familienmitglied keinen biometrischen Pass hatte. Diese Familien wurden zunächst in Flensburg aufgenommen, eine Weiterreise nach Norwegen oder Schweden wurde über die Fähren in Kiel gewährleistet (FT 11.3.). Nachdem Oberbürgermeisterin Simone Lange Minister Matthias Tesfaye auf das Problem aufmerksam gemacht hatte, traf dieser wenige Tage später Ministerpräsident Daniel Günther in Flensburg und sicherte eine schnelle Problemlösung zu, die mit Hilfe eines neuen Gesetzes umgehend erfolgte (Nos 21.3.).

Neue Ausländerbehörde angekündigt

Nachdem das Büro der SIRI (Styrelsen for International Rekruttering og Integration) der Ausländerbehörde in Apenrade (Aabenraa) geschlossen wurde, müssen ausländische Neuankömmlinge (auch Geflüchtete) von Nordschleswig aus nach Odense auf Fünen zum dortigen Bürgerservice der Ausländerbehörde oder nach Aarhus, Aalborg, Valby bei Kopenhagen oder Rønne auf Bornholm. Minister Mattias Tesfaye sicherte Tonderns Bürgermeister Jørgen Popp Petersen jedoch zu, dass eine Ersatzbehörde kommen werde (Nos 21.3.).

Seltsamer Vergleich

Angesichts der Anerkennung der bereits seit 2014 weitgehend von prorussischen Separatisten kontrollierten Provinzen Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine als unabhängige Staaten durch Russlands Präsident Putin als Vorbereitung des Angriffs auf den Nachbarstaat zog der Vorsitzende von Venstre Jakob Ellemann-Jensen einen für die heutige Zeit eigenartigen Vergleich: „Man stelle sich vor, Deutschland würde Nordschleswig plötzlich für unabhängig erklären und seine Truppen in den Landesteil schicken, um ‚den Frieden zu sichern‘. Oder wenn Schweden dasselbe mit Bornholm machen würde.

Nein – das können wir uns in keiner Weise vorstellen“ (Nos 22.2.).

Verurteilung wegen Amtsmissbrauch

Die 2015-19 amtierende Ausländerministerin Inger Støjberg, die durch ständige Verschärfungen des Ausländerrechts auch international bekannt wurde (vgl. GFH 1/2016, S. 77), wurde vom erst zum sechsten Mal überhaupt einberufenen dänischen Reichsgericht zu 60 Tagen Haft ohne Bewährung verurteilt. Støjberg hatte im Frühjahr 2016 ohne Gesetzesgrundlage angeordnet, dass alle Flüchtlingspaare mit einer minderjährigen Frau unterschiedslos zu trennen seien. Das Reichsgericht, das aus je 13 vom Folketing bzw. vom Højesteret (der höchsten dänischen Gerichtsstanz) bestellten Richtern besteht, urteilte mit einer einzigen Ausnahme einstimmig. Støjberg zeigte sich nach der Urteilsverkündung uneinsichtig. Nach ihrem Austritt aus der liberalen Partei Venstre, zu deren stellvertretender Vorsitzenden sie 2019 mit großer Mehrheit gewählt worden war, wurde sie vor allem von Dansk Folkeparti umworben. Das Urteil erregte auch international Aufsehen (alle 13.12.).

Grenzland und Europa

25 Jahre ECMI

Das Forschungs- und Beratungszentrum in Minderheitenfragen, das European Center for Minority Issues in Flensburg (vgl. u.a. GFH 1/1998, S. 3ff.) konnte in einer kleinen Feierstunde sein 25-jähriges Jubiläum begehen. Das Institut habe maßgeblichen Anteil daran, dass Schleswig-Holstein heute Vorreiter im Minderheitenschutz sei. Er wünsche sich, dass auch in anderen Regionen möglich werden soll, „was hier im deutsch-dänischen Grenzland erreicht wurde: dass Minderheit und Mehrheit friedlich zusammenleben“, würdigte Ministerpräsident Daniel Günther die Arbeit des als Stiftung von Bund, Land und Dänemark gemeinsam getragenen Instituts (Nos 4.12.).

Grenzkontrollen abermals verlängert

Am 13.4. dieses Jahres schrieb Justizminister Nick Hækkerup erneut an die EU-Kommission, er wolle die seit 2016 bestehenden Kontrollen (vgl. GFH 1/2016, S. 76ff.) ab 12.5. um ein weiteres halbes Jahr verlängern. Zu den bekannten Argumenten über grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus fügte er hinzu, die Fluchtwelle aus der Ukraine könne Terroristen Zugang zu Europa verschaffen. Am 26.4. bekräftigte der

Europäische Gerichtshof allerdings, dass temporär eingeführte Kontrollen nach sechs Monaten nur kurzfristig verlängert werden dürften, weil die Zeit für die Ordnung des angeführten Problems ausreiche; die gleiche Begründung sei für weitere Verlängerungen der Kontrollen unzulässig. Konsequenzen für Dänemark hat das Urteil bisher ebenso wenig wie für andere EU-Länder, die teilweise seit Jahren wieder Grenzkontrollen betreiben (Nos 28.4.). Im Juni kam die Meldung auf, dass mehrere Regierungen das Schengener Abkommen erneuern und längere Grenzkontrollen möglich machen wollen (Nos 10.6.).

Neues grenzüberschreitendes Projekt für die Westküste

Nach dem Auslaufen des mit EU-Interreg-Mitteln finanzierten Projektes (Fit4Jobs@WaddenC) soll das Nachfolgeprojekt „Work in DE/DK“ den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort an der Westküste weiter voranbringen (Nos 2.5.).

EFA fordert Aufarbeitung der Grenzschießungen

Bei ihrer Konferenz in Las Palmas hat die Europäische Freie Allianz, der Zusammenschluss vieler Minderheitenparteien in Europa, beschlossen, im Europäischen Parlament einen Antrag zu stellen, der die EU-Kommission zur Untersuchung der im Zuge der Corona-Pandemie eingeführten Grenzrestriktionen in vielen EU-Ländern auffordert. Gerade für Minderheiten war dies mit erheblichen Nachteilen verbunden. Der Antrag wurde von SSW und Slesvigsk Parti eingebracht (Nos 16.5.).

Volksgruppen und Minderheiten

Neue Hoffnung für Minderheiten nach EuGH-Urteil

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg bestätigte, dass der Schutz der Minderheitenrechte nicht nur Sache der Einzelstaaten, sondern der gesamten EU sei und die von der rumänischen Regierung angezweifelte Rechtmäßigkeit der Beschäftigung der EU-Kommission mit der Initiative „Minority SafePack“ (vgl. GFH 1/2021, S. 79ff.) gegeben sei. Auch wenn die Kommission keine Gesetzesinitiative zugunsten einer umfassenden Minderheitenrechtsordnung ergriffen hatte, gibt das Urteil den Minderheiten die Gewissheit, dass ihre Rechte auf EU-Ebene zu gewährleisten sind (Nos

21.1.). Auch eine hochrangig besetzte Konferenz der FUEN in Flensburg erneuerte diese Forderungen, gerade im Angesicht des Krieges in der Ukraine, der auch die dortigen Minderheiten bedroht (Nos/Fla 29.3.).

Schleswig-Holstein für mehr Minderheitenschutz in Europa

Kurz nach dem oben genannten Urteil des Europäischen Gerichtshofes sprach sich Ministerpräsident Daniel Günther in einem Gespräch mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deutlich dafür aus, dass der Schutz autochthoner Minderheiten auch auf EU-Ebene verankert werden müsse. Das Land hatte die Minority-SafePack-Initiative ebenso wie Dänemark von Beginn an unterstützt. In diesem Zusammenhang begrüßte Günther die strategischen Leitlinien für das neue EU-Programm „Horizont Europa“ für die Jahre 2021 bis 2024, weil diese die Möglichkeit bieten, Sprachen als Teil des europäischen Kulturerbes zu schützen (Nos 31.1.).

Bundesweite Ausstellung zu Minderheiten

Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt eröffnete am 16. März die Wanderausstellung „Was heißt hier Minderheiten? Dänen, Friesen, deutsche Sinti und Roma, Sorben/Wenden und Plattensprecher - deine unbekannteren Nachbarn?“ Wie wird der Begriff „Minderheiten“ definiert? Welche Bedeutung haben die Minderheiten für Deutschland und was kann man von ihnen lernen? Solche Fragen sollen durch das kooperative Projekt des Minderheitenrates der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands (dänische Südschleswiger, Friesen, Sorben, Sinti und Roma) und des Bundesrates für Nedderdüütsch geklärt werden. Die interaktive Ausstellung startete im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin und wird danach in allen Bundesländern gezeigt (Nos 16.3.).

Wirtschaft und Soziales

Grenzüberschreitender Rettungshubschrauber unverzichtbar

Im Jahr 2021 flog der in Niebüll stationierte Rettungshubschrauber Christoph Europa 5 insgesamt 51 Einsätze nördlich der Grenze. Nachdem der alte Kommunalrat in Tondern an einer Verlängerung der seit Jahren bestehenden Zusammenarbeit kein Interesse mehr gezeigt hatte, wurde der Vertrag erst kürzlich von der Region Syddanmark bis 2026 erneuert und die Luftrettung aus Niebüll als unverzichtbar für den grenznahen Bereich gewürdigt (17.1.).

Energiekonferenz in Sonderburg

Am 7.-9.6. war Sonderburg Standort der Konferenz der International Energy Agency (IEA), einer der wichtigsten internationalen Organisationen zum Thema Energie, welche der OECD nahesteht und in der fast alle westlichen Länder Mitglied sind, auch Deutschland und Dänemark. Minister aus 50 Ländern und zahlreiche Wirtschaftsvertreter tagten in der Stadt, die gleichzeitig mit den „Klimatagen 2022“ ein Rahmenprogramm für die Bevölkerung aufstellte. (Nos 9.6.).

Tankrabatt führt zu neuem Benzin-Grenzhandel

Der am 1.6. zur Entlastung von Privathaushalten in Deutschland eingeführte Tankrabatt führte an den ersten Tagen zu einem seit Jahrzehnten nicht mehr erlebten Ansturm auf Tankstellen südlich der Grenze auch durch dänische Autofahrer (Nos 3.6.),

Infrastruktur

Fortschritte und Verzögerungen beim Bau der Beltquerung

Mit etwas Verzögerung begann der Bau der festen Tunnelverbindung durch den Fehmarnbelt auch auf deutscher Seite (Fla 29.11.). Allerdings ordnete das Bundesverwaltungsgericht im Januar an, dass Arbeiten an geschützten Riffen zu unterlassen seien, was die Gegner des Projektes als Erfolg verbuchten (FT 19.1.). Dennoch konnte die Gesellschaft Fehmarn Belt Contractors im Mai vermelden, dass die Aushubarbeiten am Meeresgrund bereits zur Hälfte abgeschlossen seien. In diese Löcher sollen ab 2024 die Tunnelsegmente verlegt werden. Der Aushub wird an Land verwendet, u.a. zur Gewinnung von Neuland im Bereich Rødbyhavn auf Lolland (Nos 25.5.).

Extrahalte für Passkontrollen

Die wegen der Bauarbeiten im Fehmarnbelt umgeleiteten Fernzüge zwischen Hamburg und Kopenhagen, die in der Region nur in Schleswig und Pattburg und dann erst wieder in Kolding halten (vgl. GFH 1/2019, S. 72), sind nicht nur wegen der eingleisigen Strecke zwischen Pattburg und Tingleff verspätungsanfällig, sondern auch wegen zusätzlicher Halte aufgrund von Passkontrollen. Jene in Richtung Norden in Pattburg sind mit der dänischen Politik der stationären Kontrollen seit 2016 begründet. Grotesk erscheint allerdings, dass deutsche Beamte zwecks Stichprobenkontrollen aus angeblichen hoheitsrechtlichen Bedenken nicht wie früher in Pattburg zusteigen dürfen, sondern dass dafür ein Extrahalt in Flensburg-Weiche notwendig wird, der wiederum nicht von Passagieren genutzt werden darf. Kritisiert wird auch, dass DB und DSB die mehrere Jahre langanhaltende Umleitung nicht dazu nutzen, um den Verkehr in der Region zu verbessern (Nos 3.6.).

Neue Zweisystem-Züge im Regionalverkehr

Ab Herbst 2026 werden zunächst 40 neue vierteilige elektrische Bahnen an Nah.sh ausgeliefert, die auch im vom übrigen Europa abweichenden dänischen Stromsystem fahren können. Geplant ist zurzeit, dass diese von Hamburg über Flensburg hinaus nach Tingleff fahren sollen, um dort den Anschluss an den IntercityLyn zwischen Kopenhagen und Sonderburg zu gewährleisten. Die neuen elektrischen Züge der DSB hingegen, die ab 2025 die aus den 1980er Jahren stammenden IC3 ersetzen sollen, können nur in Dänemark fahren und somit nicht einmal Flensburg erreichen (Nos 23.2.).

Streit um grenzüberschreitende Buslinie

In der Region Syddanmark gibt es Unmut darüber, dass der von ihr betriebene Verkehrsbetrieb Sydtrafik alleine für die Kosten der Linie 110 zwischen Sonderburg und Flensburg aufkommen muss. In JV (28.4.) wurde hierüber unter dem markigen Titel „Danske skattekroner betaler hele gildet for populær buskørsel over grænsen: Forarget DF'er stiller ultimatum - tyskerne skal spytte i kassen, ellers må ruten lukke“ berichtet. Zwar schloss sich nur die andere rechtspopulistische Partei Nye Borgerlige der in der Überschrift zitierten Drohung

des DF-Regionsabgeordneten Carsten Sørensen an, doch fordern auch andere dänische Regional- und Lokalpolitiker eine deutsche Beteiligung an der Finanzierung der einzigen grenzüberschreitenden Überlandlinie im Raum Flensburg. Mit einem Kostendeckungsgrad von 83% zählt die 110 zu den am stärksten frequentierten Linien bei Sydtrafik, laut Auskunft der Gesellschaft wird sie zum allergrößten Teil von Fahrgästen mit Wohnsitz in Dänemark genutzt (JV 3.4. & 28.4.). Es bleibt unklar, inwieweit die Stadt Flensburg, deren Verkehrsbetrieb „AktivBus“ parallel zur 110 bis Krusau ihre Linie 1 betreibt, der Kreis Schleswig-Flensburg oder das Land Schleswig-Holstein an der Finanzierung der Verbindung, deren (Wieder-)Verlängerung vom ZOB zum Bahnhof in Flensburg sinnvoll wäre, beteiligt werden können.

Sprache, Bildung und Kultur

Internationaler Musikwettbewerb LIET in Tondern

Am Wochenende des alljährlichen Eurovision Song Contest war die Schweizerhalle in Tondern nach zwei coronabedingten Verschiebungen seit April 2020 Schauplatz des entsprechenden Musikwettbewerbs für Minderheitensprachen „LIET international“. 13 Musikgruppen von Minderheiten aus ganz Europa brachten sehr unterschiedliche Lieder in beachtlicher Qualität auf die Bühne. Gesungen wurde jeweils in der Muttersprache, darunter auf Galicisch und Samisch. Auch gab es Musikbeiträge auf Niederdeutsch und Friesisch sowie auf Dänisch aus der dänischen Minderheit, der Beitrag aus Nordschleswig – Veranstalter war der Bund Deutscher Nordschleswiger mit Kulturkonsulent Uffe Iwersen als verantwortlichem Organisator – von Martin Hørløck aus dem nahen Lügumkloster lief auf Hochdeutsch und Synnejysk (Nos 14.5.).

Neues Projekt für mehr Deutschunterricht

Mit einer neuen Initiative wollen Schulen aus den vier nordschleswigschen Kommunen sowie Billund das Fach Deutsch stärker in den Vordergrund rücken. Bei der Auftaktveranstaltung in der Tonderaner Handelsschule (Det Blå Gymnasium), welche das Projekt koordiniert, erklärten auch Vertreter der Wirtschaft einmal mehr, wie wichtig Sprachkenntnisse im späteren Berufsleben sind. Ziel ist es vor allem, den jungen Menschen zu verdeutlichen, wie gut sie die Sprache Deutsch auch anwenden können. Zudem sollen Vorurteile abgebaut werden; Bürgermeister Jørgen Popp Petersen erinnerte daran, dass einerseits in seiner Kommune Deutsch bereits ab der Vorschulklasse auf dem Programm steht, andererseits das Fach Deutsch mit nur 65 Anfängern 2021 an dänischen Universitäten einen neuen Tiefstand erreicht hat (Nos 18.5.).

Rhönrad-WM in Sonderburg

Der Verein der deutschen Minderheit, die Sonderburger Turnerschaft um Trainer Edgar Claussen, stand gemeinsam mit dem Deutschen Jugendverband für Nordschleswig für die Ausrichtung der diesjährigen Weltmeisterschaft im Rhönrad-Turnen am 23.-28.5. Insgesamt 13 Nationalmannschaften fanden sich in der Stadt am Alsensund ein, auch

aus weit entfernten Ländern wie Israel oder Japan. Auch Ghana war durch einen 14-jährigen Turner vertreten, der in den Niederlanden lebt und mit der dortigen Mannschaft trainiert. Alle Beteiligten lobten die gute Organisation des Turniers für die besten Rhönrad-Turner sowohl im Jugend- als auch im Erwachsenenbereich (Nos 28.5.).

Geschichte und Erinnerungsorte

Düppel-Gedenkfeier im Zeichen des Ukraine-Krieges

Bei der alljährlichen Gedenkfeier für die 963 Todesopfer der Schlacht von Düppel am 18.4.1864 erinnerten alle Festredner daran, dass in Europa wieder ein Krieg herrscht. Oberst Peter Fausing rief dazu auf: „Lasst es als Beispiel für die ganze Welt dienen, wenn wir dänische und deutsche Soldaten hier Seite an Seite stehen und unserer Vorgänger gedenken. Ein Beispiel dafür, dass, wenn der Wille vorhanden ist, selbst ernsthafte Konflikte beigelegt und neue und ungeahnte Möglichkeiten geschaffen werden können.“ Seit 2002 nehmen auch Vertreter der Bundeswehr und der deutschen Minderheit an der Gedenkfeier teil (Nos/JV 18.4.).

Lichtfest im Schatten des Ukrainekrieges

Unter dem Motto „Frieden, Freiheit und Versöhnung“ gedachten am 5.5. Tausende in Hadersleben dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Besatzung durch NS-Deutschland. Angesichts des Krieges in der Ukraine, der durch ein machtsüchtiges Regime ausgelöst worden ist, mahnten die Festredner im Hof der Haderslebener Kaserne, dass Freiheit und Frieden verletzlich seien und konsequent verteidigt werden müssen (Nos/JV 5.5.).

Personalien

Natalie Pawlik neue Minderheitenbeauftragte

Nachfolgerin von Bernd Fabritius als Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und Minderheiten wurde die hessische Bundestagsabgeordnete Natalie Pawlik. Die 29-jährige Sozialdemokratin stammt selbst aus einer russlanddeutschen Spätaussiedlerfamilie. Innenministerin Nancy Faeser dankte Fabritius für seine geleistete Arbeit und betonte: „Mit der Berufung von Natalie Pawlik zeigen wir: Minderheitenrechte zu schützen, ist ein sehr aktuelles und sehr wichtiges Thema für alle Generationen“ (Nos/Fla 14.4.).

Hanne Sundin Nachfolgerin von Knud-Erik Therkelsen

Mit der Kopenhagener Politikwissenschaftlerin Hanne Møllegaard Sundin hat Grænseforeningen, der wichtigsten dänische Grenz- und Kulturverein, eine neue Geschäftsführerin. Die 41-jährige, die viel Erfahrung aus Vorstandsarbeit mit sich bringt, folgt auf den nun pensionierten Knud-Erik Therkelsen. Dieser war 2004 von der Højskolen Østersøen gekommen und hat den traditionsreichen Verein grundlegend erneuert, was in zahlreichen Stellungnahmen gewürdigt wurde. So wurde der Verein Zusammenarbeitspartner für deutsche Organisationen (nicht zuletzt für den ADS-Grenzfriedensbund, namentlich beim Schülerbotschafterprojekt, vgl. GFH 1/2019, S. 51ff.) und öffnete sich auch nach innen, zum Beispiel beim Projekt der Kulturbotschafter (vgl. GFH 4/2011, S. 277ff.), was nicht bei allen dänischen Partnern und Mitgliedern immer auf Gegenliebe gestoßen ist.

Gratulation an Peter Hopp

Nachdem uns im vergangenen Jahr der runde Geburtstag in den Wirren der Corona-Pandemie entgangen ist, gratulieren wir dem Schöpfer des Untertitels „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ unserer Grenzfriedenshefte Peter Hopp umso herzlicher zu seinem 81. Geburtstag am 5.7. und wünschen alles Gute für das neue Lebensjahr. Der frühere Gymnasiallehrer (u.a. am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig), der selbst einen deutsch-dänischen familiären Hintergrund hat, war im Laufe der Jahre wiederholt Autor in den Grenzfriedenshefte und veröffentlichte 2020 seine Doktorarbeit über den wichtigen Minderheiten- und Grenzlandpolitiker Johannes Schmidt-Wodder.

Gesamtwerk zur regionalen Seefahrtsgeschichte

Mikkel Leth Jespersen & Hans Schultz Hansen (Red.)
 Sønderjysk søfarts historie
 Bd. 1: Indtil 1814; Bd. 2: Efter 1814
 Apenrade: Historisk Samfund for Sønderjylland & Museum Sønderjylland 2021. 415 & 454 S.

Der großformatige Doppelband zur Seefahrtsgeschichte ist das umfangreichste Werk, das die regionale Geschichtsvereinigung Historisk Samfund for Sønderjylland seit vielen Jahren herausgegeben hat. In der Tat zählt die Schifffahrt zu den wichtigsten Aspekten der Geschichte nicht nur des Landes zwischen Nord- und Ostsee, war sie doch bis ins 19. Jahrhundert hinein nicht nur der wichtigste Verkehrsträger, sondern überhaupt als entscheidender Wirtschaftszweig, der wesentliche Teile der Gesellschaft mitgeprägt hat. Mit Seefahrt ist in diesem Werk in erster Linie die Handelsschifffahrt gemeint, während die Kriegsmarine nur am Rande erwähnt wird.

Das umfangreiche Werk deckt die maritimen Aktivitäten im Bereich des gesamten alten Herzogtums Schleswig zwischen Königsau und Eider und zwischen Nordfriesland und der bis 1864 schleswigschen Insel Ærø ab. Dabei werden nicht nur Handelsrouten, Schiffstypen und Handelswaren

vorge stellt, sondern auch soziale Bedeutung vor allem für die Gesellschaften an den Küsten und namentlich in den Handelsstädten und -flecken. Auch die Bedeutung der Fischerei wird immer wieder thematisiert, ebenso die oft wechselnde Konjunktur der Seefahrt an verschiedenen Orten, die Sicherung der Seewege, die Eigentumsverhältnisse und nicht zuletzt die Seeleute selbst, von denen viele im Laufe der Zeit – am bekanntesten sind jene von den friesischen Inseln – auch erfolgreich in Diensten auswärtiger Schifffahrtsgesellschaften standen. Im ersten Abschnitt beschreibt Flemming Rosenvind Rieck die vor- und frühgeschichtliche Seefahrt bis ca. 800, die vor allem durch archäologische Funde dokumentiert ist. Nicht nur spektakuläre Funde wie jene von Hirschsprung und Nydam, sondern auch viele weitere Artefakte und Spuren belegen, dass Schifffahrt schon immer eine wichtige Rolle an Nord- und Ostsee gespielt hat.

Bjørn Poulsen analysiert die mittelalterliche Seefahrt bis etwa 1600. War zunächst Hedeby/Schleswig der mit Abstand wichtigste Handelsort, kamen im Mittelalter weitere Seestädte dazu, von denen Flensburg bald die bedeutendste wurde. Auch wenn die dänische Krone im Hoch- und Spätmittelalter wiederholt in Konflikt mit dem mächtigen Bündnis der Hanse geriet, gab es einen umfangreichen Handel auch mit

Lübeck und anderen Hansestädten im Ostseeraum.

Mette Guldberg stellt die Entwicklung bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts vor. Trotz mancher Rückschläge blieb nicht nur die Küstenschifffahrt bedeutend. Der Fernhandel nahm weltweit weiterhin zu. Auch wenn die schleswigschen Städte (selbst Flensburg) sich nicht so stark entwickelten wie andere Handelsmetropolen, profitierten auch sie von neuen Ertragsmöglichkeiten, und es entstanden mächtige Reedereien wie jene von Andreas Andersen oder Andreas Christiansen in Flensburg sowie von Christian Otte in Eckernförde.

Starke Veränderungen brachte das 19. Jahrhundert, das von Mikkel Leth Jespersen bearbeitet wurde. Zwar brachten auch die Kriege um das Herzogtum 1848–50 und 1864 kurzzeitige Rückschläge, doch entscheidender waren zum einen die allmählich zunehmende Bedeutung des Landverkehrs durch Eisenbahn- und Chausseebau und vor allem der Übergang von der Segel- auf die Dampf- und Motorschifffahrt. Den schleswigschen Städten gelang es oftmals nicht, rechtzeitig mit neuen Entwicklungen Schritt zu halten, trotz mancher erfolgreicher Initiative auch hier.

Die neuste Zeit wird von Karsten Stegmann Hermannsen vom Museum in Marstal auf Ærø präsentiert. Konzentrationsprozesse und die Entwicklung immer größerer Schiffe machten die so lange so bedeutende Handelsschifffahrt in den schles-

wigschen Häfen fast überall zu einer Randerscheinung. Abgesehen von Apenrade hat die Schifffahrt seit einigen Jahrzehnten in erster Linie touristische Bedeutung, und vielerorts wird die Erinnerung an die große Zeit der Handelsschifffahrt museal am Leben gehalten.

Eingeleitet und abgerundet wird das Werk von Martin Rheinheimer. Trotz des sehr umfangreichen und vielschichtigen Stoffes erscheint es recht übersichtlich, was nicht zuletzt dem ausführlichen Inhaltsverzeichnis und sehr detaillierten Registern über Personen, Orte, Schiffe und einzelne Sachthemen zu verdanken ist. Lobenswert ist auch die sehr abwechslungsreiche Bebilderung, die neben Schiffsporträts, historischen und modernen Kartenausschnitten, Personenbildern, Malereien, Zeichnungen, historischen wie aktuellen Fotografien und Abbildungen archäologischer Funde auch mehrere Grafiken und Statistiken bietet. Kurz gesagt ist dieses Gesamtwerk zur schleswigschen Seefahrtsgeschichte ausgesprochen lesenswert, eine deutsche Übersetzung wäre wünschenswert.

Gerret Liebing Schlaber

Margrethe I. und weitere dänische Königinnen

Mikkel Leth Jespersen
Dronningen giber magten
Aarhus: Aarhus Universitetsforlag
2022. 100 S.

Zu den schillerndsten und bekanntesten Gestalten der gesamten dänischen Geschichte zählt ohne Zweifel die Regentin der Jahre 1375 bis 1412, die als Königin Margrethe I. in die Geschichte eingegangen ist. Zwar war sie formell in Dänemark niemals als Königin anerkannt, sondern fungierte formell als Vormund zunächst für ihren früh verstorbenen Sohn Oluf und dann für ihren Großneffen und späteren Nachfolger Erik VII. von Pommern. Doch die außergewöhnlich erfolgreiche Politik, die heute in erster Linie mit der Kalmarer Union der drei nordeuropäischen Königreiche verbunden wird, die aber auch im Herzogtum Schleswig ihre Spuren hinterließ, der einzigen Frau mit wirklicher Regierungsmacht im gesamten dänischen Mittelalter und weit darüber hinaus, fasziniert noch heute.

Dies ist Grund genug, dass dieser Ausnahmereise in der dänischen Geschichte auch ein eigener Band in der erfolgreichen Reihe „100 Danmarkshistorier“ gewidmet wird. In diesem kompakten Band zeichnet Mikkel Leth Jespersen, Experte für die Geschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit am Museum Sønderjylland, nicht nur die politische Bio-

grafie Margrethes nach; leider kommt ihre Politik im Herzogtum Schleswig, wo sie 1412 verstarb, ziemlich kurz. Er setzt sie auch in einen Zusammenhang mit den Geschichten weiterer Königinnen der dänischen Geschichte, von der legendenumwobenen Thyra bis zur heutigen Regentin. Dabei erinnert er daran, dass einige Königinnen während der Regierungszeit ihrer Männer ebenfalls erhebliche Macht ausübten. Am stärksten ausgeprägt war dies bei Dorothea von Brandenburg und deren Schwiegertochter Christine von Sachsen, den Gemahlinnen der beiden ersten Könige aus der Oldenburger Dynastie, Christian I. und Hans/Johann. Viele andere spielten oft noch als Witwen in der Regierungszeit ihrer Söhne eine erhebliche Rolle, andere wiederum hatten eine schwache Position. Bemerkenswert und der Öffentlichkeit heute wenig bewusst ist, dass die allermeisten Königinnen aus deutschen Fürstenhäusern stammten, zuletzt Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, die Großmutter der heutigen Königin. Meist wurden sie als noch sehr junge Prinzessinnen verheiratet, um die Verbindungen zwischen der eigenen Fürstendynastie und dem dänischen Königtum zu stärken. Mikkel Leth Jespersen zeichnet viele verschiedene Aspekte des Daseins der Königinnen nach. Im abschließenden Kapitel geht er auf das heute vorherrschende Bild von Margrethe I. in der Populärkultur und Geschichtsdarstellung ein. Im

demokratischen System hat sich die Rolle der Königin gewandelt. Doch obwohl Margrethe II. bereits seit 1972 höchste Repräsentantin Dänemarks ist, dauerte es bis 2009, bis die weibliche Thronfolge als gleichberechtigt verankert wurde, und erst ihre Schwiegertochter Mary wird die erste Königin – als Ehefrau des Regenten – aus bürgerlicher Herkunft sein. Das Buch liest sich sehr kurzweilig. Auch wenn der Titel und die darauf befindliche Jahreszahl 1387 in erster Linie auf Margrethe I. hinweisen, erscheint die vielfältige Darstellung über Königinnen aus 1000 Jahren Geschichte sehr sinnvoll und lesenswert.

Gerret Liebing Schlaber

Margrethe I. im Roman

Anne Lise Marstrand-Jørgensen
Margrete I
Kopenhagen: Gyldendal 2021.
599 S.

In diesem Roman verbildlicht die Autorin Anne Lise Marstrand-Jørgensen das Leben der dänischen Königin Margrethe I. (1353–1412).

Während die Geschichte der späteren Königin Skandinaviens in ihrer Jugend mit der ersten Reise nach Schweden beginnt, beschränkt sich der Roman nicht auf die Anfänge der Kindskönigin, sondern befasst sich vor allem mit ihrer Entwicklung zur

alleinherrschenden Königin Dänemarks, Norwegens und Schwedens. Dabei liegt der Fokus dieses Romans vor allem auf den sozialen, als auch innen- und außenpolitischen Aspekten ihres Lebens und den kriegerischen Auseinandersetzungen und Verhandlungen, die sie zu der Königin machten, als die sie noch heute bekannt ist.

Doch nicht nur die historischen Eckpfeiler von Margrethes Leben finden in diesem Roman ihren vorwiegenden Platz, sondern auch der starke christliche Glaube der Königin, der sie ihr Leben lang begleitete. Dabei spielt auch eine geradezu abergläubische Fantasie von Feen und anderen überirdischen Naturwesen mit, die bestens in den historischen mittelalterlichen Schauplatz der Regentin passt. Hieran hat ihre mysteriöse Dienerin einen nicht unerheblichen Anteil.

Während sich die Anzahl der agierenden Figuren in Grenzen hält und dadurch leicht der Überblick über dieselben behalten werden kann, machen eingeflochtene politische Überblicke zum Geschehen und Verhandlungsgespräche einen großen Teil dieses Romans aus. Für Interessent*innen der historischen Entwicklung der politischen und sozialen Landschaft im heutigen deutsch-dänischen sowie skandinavischen Raum führt kein Weg an diesem Roman vorbei.

Charlotte Jagusch

Landesherrschaft in der Renaissancezeit

Mikkel Leth Jespersen
Det forsvundne hertugdømme
Hans den Ældre 500 år
Hadersleben: Museum Sønderjyl-
land 2021. 104 S.

Anlässlich des 500. Geburtstages des als Hans bzw. Johann der Ältere in die Geschichte eingegangenen dritten Landesherrn der Jahre 1544–1580 hat Museum Sønderjylland eine Ausstellung zusammengestellt, zu welcher dieses hundertseitige, großformatige Buch den Begleitband darstellt. In Hadersleben, wo die Ausstellung bis Ende Mai 2022 zu sehen gewesen ist, gilt der Herzog bis heute als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Stadtgeschichte, brachte er der nördlichsten schleswischen Stadt doch einen kurzzeitigen Glanz als Residenzstadt. In seinen anderen damaligen Besitzungen, etwa auf Nordstrand und Fehmarn, im seinerzeit größten holsteinischen Amt Rendsburg, aber auch in Tondern und Umgebung (mit dem heutigen Amt Südtondern, Sylt und Osterland-Föhr) ist der Herzog weitgehend vergessen. Dies mag daran liegen, dass er kinderlos verstarb und das Herzogtum Schleswig-Holstein-Hadersleben bereits nach einer Generation wieder verschwand. Der ausgiebig bebilderte Band zeigt, dass die Geschichte des kurzlebigen Herzogtums ausgesprochen vielfäl-

tig war. Der ausgewiesene Experte Mikkel Leth Jespersen, in dessen Doktorarbeit die Herrschaft Hans des Älteren gründlich erforscht worden ist, hat für die Ausstellung und den Begleitband eine chronologische Darstellung gewählt. Dies erschwert zwar einerseits den Zugang, wenn man sich für bestimmte Themenbereiche interessiert. Andererseits bringt es das Publikum dazu, sich mit der ganzen Vielfalt der Geschichte auseinanderzusetzen. Wir erfahren viel über verschiedenste Rechtsgeschäfte des Herzogs in seinen verschiedenen Besitzungen, aber auch über Konflikte in einigen Gebieten und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse vor Ort. Auch Reformen im Verkehrs-, Kirchen- und Bildungswesen werden thematisiert (darunter die Umwandlung Bordesholms zu einer Schule), ebenso der Küstenschutz im Westen, der Angriff auf Dithmarschen 1559, die Familienverhältnisse und nicht zuletzt die Bauprojekte, insbesondere die leider nicht erhaltene Residenz in Hadersleben. Die Zahl der Ausstellungsobjekte überrascht durch ihre Vielfalt. Wer die Ausstellung nicht gesehen hat, kann durch diesen weiterhin erhältlichen Begleitband einen leicht zugänglichen Einblick in die Renaissancezeit in der Region bekommen.

Gerret Liebing Schlaber

Herrenhäuser in Schleswig-Holstein

Niels Peter Stilling
Danmarks herregårde
Slesvig og Holsten
Kopenhagen: Gyldendal 2021.
429 S.

Bei diesem Band über Herrenhäuser in den ehemaligen Herzogtümern Schleswig und Holstein handelt es sich um ein großes und reich bebildertes Coffee Table Book. Der Verfasser ist Historiker und ehemaliger Leiter der Rudersdal Museen auf Sjælland, der die vielen schönen Bilder selbst fotografiert hat. In den Jahren 2014–18 veröffentlichte er vier große Bände über dänische Gutshäuser in den verschiedenen Landesteilen. Diese werden nun durch einen fünften Band ergänzt, für welchen der Autor 33 Herrenhäuser im Herzogtum Schleswig und 40 weitere im Herzogtum Holstein ausgewählt hat.

Für dieses Buch wählte der Autor einen architekturhistorischen Zugang zu den Herrenhäusern und gliederte sie nach ihrem Äußeren, d. h. ihrer überwiegenden Stilart. Jedes Herrenhaus wird auf 3–6 Seiten kurz beschrieben und die Geschichte der Besitzer erläutert.

In Dänemark sind in mehr als einem Jahrhundert umfangreiche Werke über Herrenhäuser erschienen und in den letzten Jahrzehnten war das Interesse der Leser*innen besonders stark. Die neueren Darstellungen sind

interdisziplinär und schildern ganz allgemein den Betrieb eines Guts, die Angestellten, die Adelskultur und vieles andere mehr. Das Buch von Stilling bietet dagegen eine leicht zugängliche Darstellung der einzelnen Herrenhäuser.

Der Autor scheint von dem goldenen Zeitalter des dänischen Gesamtstaats im 17. und 18. Jahrhunderts fasziniert, da die adeligen Besitzer der Herrenhäuser sich noch als Untertanen des dänischen Staates fühlten. Holsteinische Gutsbesitzer mit ruhmreichen Namen wie Rantzau, Bernstorff, Schimmelmann und Reventlow nahmen führende Positionen im dänischen Staatsapparat ein. Stilling erwähnt des Öfteren ihre Verwandtschaft mit dänischen Adelsfamilien und ihren Besitz weiterer Herrenhäuser in beiden Teilen des Staates.

Dem Rezensenten erscheint wertvoll, dass der Autor auf architektonische Ähnlichkeiten mit und Parallelen zu dänischen Herrenhäusern hinweist. Für den Umbau ihrer Gutshäuser in Holstein benutzten die wohlhabenden adeligen Besitzer gern den namhaften dänischen Architekten, Professor Christian Frederik Hansen, wie der Autor erwähnt. In diesem Zusammenhang hätte er vielleicht die große Biografie von Hakon Lund (1995) über diesen Architekten nennen sollen, in der dessen gesamte holsteinische Herrenhaus-Projekte beschrieben sind.

Der Autor hat nach Erachten des Rezensenten eine überholte dänisch-nationale Ansicht von der Geschichte der Herzogtümer. Seine allgemeine Einführung in die politische Geschichte des Gebiets zeichnet die bekannten Hauptlinien für Sønderjylland/Schleswig nach, sagt aber sehr wenig über die holsteinische Entwicklung. Die Relevanz des bedeutenden Schauenburger Grafen Adolf VIII. für den Aufbau eines schleswig-holsteinischen Staats im 15. Jahrhundert wird nicht erwähnt. Darüber hinaus hätten auch die deutsch-dänischen Gegensätze Anfang des 19. Jahrhunderts beispielsweise in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, dem Herrenhaus Nütschau und seinem Besitzer Graf Adam Moltke erwähnt werden können. Diese Einwände sollen jedoch nicht überschatten, dass dieses ansprechende Buch viele interessante Informationen enthält, die dänischsprachigen Leser*innen Lust auf Ausflüge machen, die schönen Herrenhäuser in den ehemaligen Herzogtümern zu entdecken.

Jørgen Witte

Folgen der Napoleonischen Kriege

**Sune Wadskjær Nielsen
Rædselstiden
Napoleons modstandere angriber
Danmark i december 1813
Hedehusene: Forlaget Ritmester
2020. 618 S.**

Für die Geschichte der dänischen Monarchie haben die Kriege der napoleonischen Zeit eine wichtige Rolle gespielt. In jüngerer Zeit ist beiderseits der Grenze das Interesse für diese Zeit gewachsen, auch wenn sie im Vergleich zu späteren Ereignissen wie 1864, 1920 und der deutschen Besatzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg und deren Folgen immer noch wenig Raum im öffentlichen Bewusstsein einnimmt. In Dänemark sind die beiden britischen Angriffe auf Kopenhagen 1801 und 1807 zudem weit bekannter als der Krieg im Süden des Gesamtstaates einige Jahre später. Umso wichtiger ist es, dass Sune Wadskjær Nielsen nun ein umfangreiches Werk vorgelegt hat, welches den kurzen, aber folgenschweren Krieg thematisiert, welcher sich im Winter 1813/14 vor allem in Holstein, aber auch in Schleswig bis hin nach Jütland abspielte.

Nach den schweren Niederlagen Napoléon Bonapartes 1813 (v. a. bei Leipzig) blieb die dänische Monarchie, die zunächst neutral geblieben und dann immer stärker in die Opposition zur britischen Seemacht

ging, de facto der letzte Verbündete des französischen Kaiserreichs. Dies veranlasste die alliierten Mächte am 1.12.1813 zu einem Einmarsch in Holstein. Mit dem Kieler Frieden vom 14.1.1814 musste der dänische König auf Norwegen verzichten, dessen Krone an seinen schwedischen Widersacher übergang.

Der Verfasser stellt die Geschichte dieses Krieges zwar chronologisch dar, doch lässt er anders als in herkömmlichen Militärgeschichten in erster Linie einige der Betroffenen zu Wort kommen. Insgesamt 20 Personen – bis auf drei dänische Zivilisten alles Militärangehörige – werden zitiert. Die meisten dieser Quellen, darunter auch aus dänisch-schleswig-holsteinischer Perspektive fünf Gegner, sind bisher nicht publiziert worden. Auf diese Weise bekommt man beim Lesen einen interessanten Einblick in den tatsächlichen Kriegsalltag mit all seinen Herausforderungen und Nöten auch hinter der Front. Zu den Nachteilen dieses umfangreichen Werkes zählt die ziemlich einseitige Fokussierung auf das Königreich Dänemark als Kriegsoffer, während die Herzogtümer weit weniger Beachtung finden. So war Sehestedt bei Eckernförde Ort einer Schlacht, bei der die dänisch-gesamtstaatlichen Truppen unter Friedrich von Hessen-Kassel ihren preußischen, schwedischen und russischen Gegnern eine Niederlage zufügten und bei der ähnlich viele Menschen ums Leben kamen als gut 50 Jahre später bei

Düppel; auch Glückstadt wurde belagert und umkämpft. Problematisch ist auch, dass direkte Belegangaben fehlen. Diese auch in anspruchsvollen Geschichtspublikationen immer häufiger zu beobachtende Darstellungsform macht das Lesen zwar flüssiger, aber sie macht es schwieriger nachzuvollziehen, welche Gedanken wirklich von den Betroffenen stammen oder inwieweit der Verfasser sie interpretiert hat. Quellenkritische Fragen werden leider erst am Ende des Buches thematisiert.

Nichtsdestoweniger kann man dem Verfasser bescheinigen, ein solides Stück Geschichtsarbeit zu einem bisher viel zu wenig beachteten Thema geliefert zu haben. Der Fokus auf die Menschen im Krieg bietet andere Einblicke auf das Wesen des Krieges, als es Berichte von Feldherren, Regierenden oder offiziell beauftragten Kriegsberichterstatlern tun. Mit großer Fleißarbeit hat Sune Wadskjær Nielsen ein wichtiges Stück Geschichte zum letzten Krieg geschrieben, in welchem deutsche und dänische Soldaten des Gesamtstaats gemeinsam kämpften und in welchem Dänemark und Schweden einander feindlich gegenüberstanden.

Gerret Liebing Schlaber

Geschichte der deutschen Minderheit

**Peter Thaler (Hrsg.)
Like Snow in the Sun?
The German Minority in Denmark
in Historical Perspektive
Berlin & Boston: Walter de
Gruyter/Oldenbourg 2022. 232 S.**

Ein Standardwerk zur Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig steht schon sehr lange auf der Wunschliste vieler geschichtsinteressierter Menschen in der Region. Ein solches hat nun Peter Thaler, Geschichtspräsident an der Syddansk Universität, gemeinsam mit acht weiteren Verfasser*innen vorgelegt. Der Titel bezieht sich auf ein Zitat von H. V. Clausen. Der „Schöpfer“ der heutigen Staatsgrenze hatte so die Erwartung formuliert, dass der deutsche Bevölkerungsteil sich nach dem Übergang Nordschleswigs an den dänischen Staat rasch assimilieren oder fortziehen würde.

Neben dem international renommierten Peter Thaler selbst, der sowohl das einleitende Kapitel über die Voraussetzungen und Grundlagen für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig als auch das abschließende Gesamtfazit mit Ausblick verfasst hat, haben vier regionale Historiker und vier nicht unmittelbar mit der Region verbundene Fachkräfte zu diesem Werk beigetragen. Letzteres zeigt, dass die deutsche Minderheit in Nordschleswig auch international Beachtung findet.

Das Werk ist grundsätzlich chronologisch aufgebaut. Mit Hans Schultz Hansen und Henrik Becker-Christensen haben zwei der profiliertesten Historiker aus der Region vor allem auf der Grundlage ihrer früheren großen Forschungswerke die Kapitel über die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg bzw. zwischen den Weltkriegen beigezeichnet. Im dazwischenliegenden Beitrag über die Abstimmungszeit hat der US-amerikanische Historiker Ryan Gessme u. a. analysiert, wie die Kontrahenten in ihrer Grenz- und Wahlkampfstrategie versucht haben, sich auf die Geschichte und eine schleswigsche Identität zu berufen. Das Verhalten der deutschen Minderheit während der Besatzungszeit und die folgende Rechtsabrechnung werden von der in London, Cambridge und Berlin graduierten Juristin und Historikerin Anika Seemann untersucht.

Die zweite Hälfte wird mit einem Beitrag von Frank Lubowitz über die Neustrukturierung, Konsolidierung und Weiterentwicklung der deutschen Minderheit nach 1945 begonnen, wobei der Schwerpunkt klar auf den gut erforschten und ereignisreichen ersten beiden Jahrzehnten liegt. Einem Spezialthema widmet sich der britische Sprachwissenschaftler Michael Byram, der bereits in den 1980er Jahren über den Sprachgebrauch bei der deutschen Minderheit geforscht hat und hier u. a. seine besonders interessanten Ergebnisse der Untersuchung im Rahmen der Deutschen Schule Tingleff darlegt.

Die bereits damals erkennbare Tendenz, dass sich die Angehörigen der Minderheit immer weniger als abgegrenzte isolierte deutsche Einheit, sondern viel mehr als eigenständige, aber mehrsprachlich-kulturkompetente Gruppe fühlen, bestätigt auch der Sprachwissenschaftler Ruairidh Tarvet aus Edinburgh. Dieser Beitrag basiert auf einer 2021 im Universitätsverlag Odense erschienenen Dissertation über Sprache und Identität der jungen Angehörigen der Minderheiten in Schleswig. Die jüngste Entwicklung mit einer deutlichen Veränderung der Minderheit zu einer anerkannten, selbstbewussten und für die Entwicklung der gesamten Region aktiven Gruppe wird auch im letzten historischen Abschnitt deutlich. In diesem analysiert mit Jørgen Kühl ein renommierter Historiker aus der Region den vor allem von Zusammenarbeit geprägten Werdegang der deutschen Nordschleswiger seit 1995.

Wer sich bereits intensiv mit der Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig auseinandergesetzt hat, wird vermutlich nicht allzu viel Neues entdecken, denn die meisten Kapitel bauen auf älteren Forschungswerken auf. Dennoch werden einige bisher wenig beachtete oder unbekannte Aspekte einbezogen, vor allen in den letzten Kapiteln. Der größte Wert dieses Werkes liegt darin, dass nun überhaupt eine Gesamtschau der Geschichte der deutschen Minderheit vorliegt und eine wesentliche Lücke geschlossen worden ist. Es zeigt den

aktuellen Forschungsstand und hilft mit, den Weg für weitere neue Forschungen zu bahnen.

So sehr es unbedingt zu begrüßen ist, dass nun ein fachlich fundiertes Gesamtwerk zur Geschichte der deutschen Nordschleswiger*innen auf dem heutigen Forschungsstand vorliegt, so bedauerlich ist, dass es wohl gerade in der Region selbst wenig Verbreitung finden wird. Die englische Sprache und der für ein relativ bescheiden ausgestattetes Buch hohe Verkaufspreis dürften wohl leider viele potenzielle Leser*innen vor Ort von der Anschaffung dieses wichtigen Werkes abhalten. Nichtsdestoweniger sei es sowohl hier beiderseits der Grenze als auch überregional uneingeschränkt empfohlen.

Gerret Liebing Schlaber

Porträt über die Ehefrau von H. P. Hanssen

Lis Mikkelsen

**Helene Hanssen – Et liv i strid og
kærlighed**

**Aabenraa: Sprogforeningen 2021.
260 S.**

Schon in der 2018 erschienenen Biografie von Hans Schultz-Hansen über H. P. Hanssen spielte seine Frau Helene eine wesentliche Rolle. Sie war Ehefrau, Mutter, Beraterin, Kritikerin in einer Person. Nun ist 2021 eine selbständige Biografie über Helene Hanssen erschienen. Die Verfasserin

Lis Mikkelsen, ihres Zeichens Lehrerin i. R. und Sekretärin von „Sprogforeningen“, hat auf der Grundlage der Briefe von Helene Hanssen an ihren Mann ein interessantes Porträt gezeichnet.

Helene Hanssen, 1860 in Ullerup bei Sonderburg auf einem Bauernhof geboren und aufgewachsen, war nicht wie andere Mädchen, sie interessierte sich weder für Handarbeiten noch für häusliche Tätigkeiten, sie war lebhaft und hielt sich gern in der Natur auf und, als sie Lesen gelernt hatte, immer mit einem Buch in Händen. Ihre älteren Schwestern versuchten sie mit harter Hand zu erziehen – vergebens: Helene war und blieb ein selbständiges, eigensinniges, selbstbestimmtes und wissbegieriges Mädchen. Sie wollte sich weiterbilden und unabhängig von ihrer Familie ihr Leben gestalten. Sie ergriff den Beruf der Melkerin und konnte so Geld ansparen, um an verschiedenen Volkshochschulen ihren Wissensdurst zu stillen. Sie wirkte als Gymnastiklehrerin an einer Volkshochschule und als Korrekturleserin bei einem Tageblatt auf Fünen. Früh lernte sie den zwei Jahre jüngeren H. P. Hanssen kennen, gemeinsam planten sie seinen politischen Werdegang und heirateten erst, als H. P. Hanssen ein Jahreseinkommen verdiente, mit dem eine gewisse Lebensgrundlage gesichert war. Zunächst wohnte das junge Ehepaar in Sonderburg, verzog aber nach Apenrade, da dieser Ort zentral gelegen und somit ein guter Ausgangspunkt für die politische Kar-

riere von H. P. Hanssen war. Nach der Heirat im Jahre 1888 kamen im Laufe von 14 Jahren zehn Kinder zur Welt, von denen eines nicht überlebte. Da H. P. Hanssen als zunächst Landtags-, später Reichstagsabgeordneter einen großen Teil des Jahres abwesend war, musste Helene Hanssen die Kindererziehung, den Haushalt und den Betrieb der Zeitung „Hejmdal“ allein übernehmen. Sie tat dieses in ihrer resoluten, direkten und energischen Art. Sie unterstützte ihren Mann in seiner politischen Arbeit, hielt aber ihre Kritik nicht zurück, wenn sie diese für relevant hielt. Wie der Titel andeutet, hielt sich Helene Hanssen mit ihrer Meinung und ihren Ansichten nicht zurück, sie mischte sich ein, wenn sie es für notwendig hielt und kommentierte das politische Geschehen. Ohne seine Helene hätte H.P. Hanssen sicher nicht seine politischen Aufgaben bewältigen können. Eine aufschlussreiche und empfehlenswerte Biografie.

Ilse Friis

Deutsch-dänische Geschichte und Gegenwart seit 1920

**Bernd Henningsen, Clemens
Räthel, Paul Greiner (Hrsg.)
Grenz|Raum - Grænse|Region
Dänisch-deutsche Geschichte(n),
1920-2020 - Tysk-danske
historie(r), 1920–2020
Baden-Baden: Rombach
Wissenschaft 2022. 256 S.**

Das im A4-Querformat herausgegebene, sehr farbenprächtig gestaltete zweisprachige Buch ist gewissermaßen die Verlängerung der Ausstellung „Perspektivwechsel 2020 – 100 Jahre Grenzgeschichten“ auf dem Flensburger Museumsberg mit zusätzlichen Ausstellungsorten im Schifffahrtsmuseum und in der Dänischen Zentralbibliothek, die 2020/21 wegen der coronabedingten Schließungen leider nur relativ kurz zu sehen gewesen ist. Das Buch dokumentiert nicht nur die „klassischen“ Teile der Ausstellungen, sondern hat auch einige der Beiträge der Besuchenden mit aufgenommen. Ergänzt werden diese durch einige historische und gesellschaftskundliche Aufsätze.

Zunächst zeichnet Museumsdirektor Michael Fuhr die Entstehung der Ausstellung von den ersten Planungen seit 2015 nach; Sonderausstellung und virtuelle Ausstellung als Internetpräsenz (www.fl2020.de) und App (FLEO) wurden 2017 per Ratsbeschluss gesichert, bei welchem allerdings eine Dauerausstellung verwor-

fen wurde. Nina Holsten beschreibt das innovative Ausstellungskonzept, Simone Wörner die Beiträge der Ausstellungsgäste. Judith Miggelbrink analysiert die heutige Bedeutung von Grenzen, wobei sie einerseits die Möglichkeiten auf der „jeweils anderen Seite“ hervorhebt, aber auch die trennenden Aspekte, untermauert mit teilweise sehr unangenehmen Berichten anerkannter Flüchtlinge, welche die deutsch-dänische Grenze gar nicht passieren dürfen.

Einem Abriss über die Vorgeschichte zu 1920 von Ralph Tuchtenhagen folgt eine Beschreibung der Ereignisse 1918–20 durch Jens E. Olesen. Einen neuen und differenzierten Blick auf die ansonsten häufig dargestellten Abstimmungsplakate bietet Caroline Weber, indem sie sowohl auf die für ältere Geschichtsquellen einmalige Farbigkeit, die Appelle auch an die erstmals wahlberechtigten Frauen und den auf vielen Plakaten dargestellten Regionalismus eingeht, welcher jedoch dem jeweiligen nationalen Paradigma untergeordnet wurde. Bei letzterem Punkt entdeckt sie eine interessante Parallele zu den Feiern von 2020, bei denen man in Schleswig-Holstein ein regionales Narrativ hervorgehoben hat, zu dem das völlig andere national-dänische nicht direkt im Widerspruch stehen musste.

Kritisch ist auch die Analyse Paul E. Greiners zum Umgang mit Karten, namentlich mit Sprachenkarten, die bei den Vorbereitungen der Grenzabstimmungen eine nicht unwichtige Rolle

gespielt haben. Mogens Rostgaard Nissen stellt kurz die Entwicklung der dänischen Minderheit ab 1920 dar und kommt zu dem Schluss, dass deren Angehörige heute ein Sowohl-auch leben und Flensburg und Umgebung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch für den zunehmenden Tourismus aus Dänemark interessanter machen.

Auch der Beitrag von Susanne Grigull, Leiterin des Flensburger Schifffahrtsmuseums, zeichnet ein kritisches Bild des „Grenz-Jahrhunderts“, und zwar in Bezug auf die Flensburger Förde. Unterschiedliche Regelungen beiderseits der eigentlich unsichtbaren Wassergrenze haben von Beginn an und bis heute dafür gesorgt, dass der einstige Kommunikationsraum mit einer lebendigen Schifffahrt sich bis heute nicht vom wirtschaftlichen und sozialen Rückschlag durch die Trennung von 1920 erholt hat.

In ihren Überlegungen über die Grenzregion als Transitraum kommt Claudia Knauer zu dem Schluss, dass diese beiderseits der Grenze in erster Linie Heimat sei, und zwar unabhängig von der nationalen Gesinnung. Durchreisende nehmen die Region hingegen anders wahr. Den Abschluss bildet ein Beitrag von Steen Bo Frandsen, der sich sehr kritisch sowohl mit den immer wieder an beiderseitigem Desinteresse gescheiterten oder zumindest verzögerten Fortschritten als auch mit dem in erster Linie am nationalen Narrativ und an der Vergangenheit orientierten dänischen Umgang

mit der Grenzgeschichte von 1920 auseinandersetzt. Den Verantwortlichen wirft er sachlich fundiert und sehr unmissverständlich vor, dass sie das „Jubiläum“ den heutigen Realitäten und Bedürfnissen (gerade der jungen Generationen) angemessener und zukunftsgerechter hätten gestalten sollen.

Zwischen den Artikeln werden die verschiedenen Ausstellungsgegenstände präsentiert, in denen sehr viele verschiedene persönliche Geschichten Eingang gefunden haben. Dazu gehören auch Dokumente zur NS-Zeit und über den lange sehr unkritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit in der Vermarktung Flensburgs als Rum-Stadt. Dass die Grenze zu einer gefährlichen Sackgasse werden konnte, zeigt ein hämischer Bericht von 1934 aus den Flensburger Illustrierten Nachrichten über eine Gruppe Sinti und Roma, die wegen verweigerter Einreise nach Norwegen zwei Tage am Bahnhof festsaßen.

Nachdenklich stimmt zudem die Diskrepanz zwischen den Fachbeiträgen und der Dokumentation einerseits und den einleitenden Grußworten aus der Kieler Staatskanzlei, der Flensburger Oberbürgermeisterbehörde und der dänischen Botschaft in Berlin andererseits. In diesen wird mit den üblichen überschwänglichen Formulierungen das deutsch-dänische Verhältnis gelobt, die Grenzziehung von 1920 ohne Rücksicht auf die tatsächliche Entwicklung danach als Friedensprojekt dargestellt, der angebliche Vorbild-

und Modellcharakter herausgestellt und sogar ein „Raum ohne Grenzen in den Köpfen“ ausgemacht (S. 9). Sie erscheinen geradezu als Belege für Steen Bo Frandsens Kritik, „dass die heutige Grenze überhaupt nicht derjenigen gleicht, die in den angekündigten, aber abgesagten Szenarien gefeiert werden sollte“ (S. 231). Es bleibt zu hoffen, dass dieses gut gemachte Bilder- und Lesebuch viel Verbreitung findet und zum Nachdenken über die tatsächlichen Herausforderungen, aber auch Stärken der Region beiderseits der Grenze anregt. Wünschenswert wäre es, wenn es dazu beitragen könnte, dass die Ausstellung nicht in Vergessenheit gerät, dass die begleitende, aber leider seit Veranstaltungsende bisher nicht mehr erneuerte Internet-Präsenz www.fl2020.de kontinuierlich ausgebaut wird und alles irgendwann Teil einer Dauerausstellung zur Flensburger Stadtgeschichte wird, welche leider bis heute ein unerfüllter Wunsch geblieben ist.

Gerret Liebing Schlaber

Kirchengeschichte in Südschleswig

**Lars N. Henningsen
Dansk Kirke i Sydslesvig
1921–2021
Glimt fra forhistorie til nutid
Flensburg & Apenrade:
Dansk Kirke i Sydslesvig &
Historisk Samfund for Sønder-
jylland 2021. 160 S.**

Kurz nach der Grenzziehung 1920 wurde die evangelisch-lutherische dänische Kirche in Südschleswig als eigenständige Organisation gegründet. Anlässlich des hundertjährigen Bestehens hat der profilierte Historiker und frühere Leiter der Studienabteilung an der dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig, Lars Henningsen, der bereits 1996 ein Werk über die damals 75-jährige Geschichte vorgelegt (Kirke og folk i grænselandet) und gemeinsam mit Johann Runge die lange Vorgeschichte dänischsprachiger Gottesdienste in Flensburg (Sprog og kirke. Danske gudstjenester i Flensborg 1588–1921) erforscht hatte, nun eine aktuelle Gesamtdarstellung vorgelegt.

Nach einer kurzen Darstellung der Vorgeschichte des dänischsprachigen Kirchenlebens im südlichen Schleswig bis hin zur in der Kaiserzeit existierenden Freigemeinde stellt Henningsen kompakt, gut verständlich und fachlich solide die Geschichte der dänischen Kirche bis heute dar. War die Organisation bis 1945 noch

recht klein und gerade in der NS-Zeit stark bedrängt, wuchs sie nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer bedeutenden Organisation heran, die praktisch im gesamten Süden des früheren Herzogtums Schleswig präsent wurde.

Henningsen legt dar, welche organisatorischen und finanziellen Herausforderungen es im Laufe der Zeit gegeben hat. Das schwierige Verhältnis zur Landeskirche entspannte sich deutlich ab 1969, als sich beide Seiten einander zunehmend öffneten. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war die Übertragung des Gebäudes der Heiliggeistkirche in Flensburg an die Dänische Kirche in Südschleswig. Einige Interviews durch den ehemaligen Flensburg Avis-Redakteur Jens Nygaard bieten Einblicke in persönliche Erfahrungen mit dem Kirchenleben. In der zweiten Hälfte des Buchs wird die dänische Kirche in Südschleswig heute vorgestellt. Sie ist eine eigene Organisation, welche wiederum über die 2004 gegründete Vereinigung Danske Sømands- og Udlandskirker mit der evangelisch-lutherischen Kirche in Dänemark und damit mit dem dänischen Staat verbunden ist. Anders als die deutschen Nord-schleswiger verfügt sie über 16 eigene Kirchengebäude, die mit Ausnahme der mittelalterlichen Flensburger Heiliggeistkirche erst nach dem Zweiten Weltkrieg erbaut worden sind. Hinzu kommt die Nutzung von Sälen in Schul- oder Versammlungsgebäuden der Minderheit, sowie in

einzelnen Fällen die Mitnutzung historischer Gemeindekirchen; letzteres ist übrigens bei den deutschen Nord-schleswigern die Regel.

Insgesamt bietet das Buch einen interessanten Einblick in die Geschichte und Gegenwart einer besonderen kirchlichen Organisation. Abgerundet wird das Werk, in welchem viele Personen erwähnt und auch abgebildet werden, durch ein nützliches ausführliches Personenregister.

Gerret Liebing Schlaber

Emil Nolde und der Nationalsozialismus

**Hans Christian Davidsen
Nolde**

**Maleren der trådte ved siden af
Kopenhagen: Politikens Forlag
2021. 254 S.**

Über Emil Nolde sind viele Bücher und Biografien erschienen, die wenigsten jedoch beschäftigen sich mit Noldes antisemitischer Haltung. Die Darstellung als Opfer des Nationalsozialismus, als Maler der ungemalten Bilder, wurde von Nolde selbst inszeniert und auch von Siegfried Lenz in seinem Roman *Deutschstunde* untermauert. Die Ursache hierfür ist u. a. in dem nur für wenige, ausgewählte Forscher zugänglichen Archiv in Seebüll zu suchen. Dieses Archiv war bis vor wenigen Jahren der Nolde Stiftung vorbehalten. Erst Christian Ring, der 2013 zum Direk-

tor der Nolde Stiftung ernannt wurde, öffnete das Archiv. So bekam Hans Christian Davidsen, Kulturredakteur bei Flensburg Avis, die Möglichkeit, seine langjährige Forschung über Emil Nolde zu belegen. Schon Anfang der Jahrtausendwende hatte der Autor seine Erkenntnisse zur nationalsozialistischen Vergangenheit Noldes veröffentlicht. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema begann aber erst 2013 mit dem Amtsantritt von Christian Ring und wurde 2019 abgeschlossen. Davidsen führt Noldes antisemitische Haltung auf mehrere Faktoren zurück. Zu diesen zählen seine Abneigung gegen Max Liebermann, dem er vorwarf ihn aus verschiedenen bedeutenden Ausstellungen ausgeschlossen zu haben, ferner der generelle latente Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung, sowie Emil Noldes Versuch, sich bei der nationalsozialistischen Führung einzuschmeicheln, um seine künstlerische Karriere zu fördern.

Emil Nolde versuchte u. a. durch Briefe an hochrangige NS-Funktionäre und durch Einflussnahme über Freunde, die nationalsozialistische Führung (vor allem Adolf Hitler und Alfred Rosenberg) von seiner Kunst zu überzeugen. Vergebens – diese wurde als entartet eingestuft. Durch einen dänischen Anwalt gelang es mit Hinweis auf Noldes dänische Staatsbürgerschaft, die sich in seinem Privatbesitz befindlichen Bilder zurückzubekommen. Ein Malverbot, wie im Roman von Siegfried Lenz und

von Nolde selbst angedeutet, hat es nie gegeben. Nolde hatte kein Mal-, sondern ein Ausstellungsverbot. Die Legende über die ungemalten Bilder wurde aber bis 2013 erzählt.

Ein Kapitel widmet der Autor Ada Nolde. Die gebürtige Dänin war das absolute Gegenteil von dem eher introvertierten Maler. Ihre Briefe zeugen von einer hundertprozentig überzeugten Nationalsozialistin, die die Kunst ihres Mannes „vermarktete“ und mit den verschiedensten Mitteln versuchte, die nationalsozialistische Führungsspitze auf das künstlerische Genie Emil Nolde aufmerksam zu machen. Ein Kapitel des Buches beschreibt den heutigen Umgang mit den neuen Erkenntnissen über Emil Noldes nationalsozialistische Vergangenheit und kommt zu dem Ergebnis, dass wir Noldes Kunst mit anderen Augen betrachten sollten.

Neben dem Literaturverzeichnis findet sich abschließend ein tabellarischer Lebenslauf Noldes.

Ein interessantes, hoch qualitatives Buch (auch in Bezug auf Layout und Druck), das sicher zur weiteren Diskussion über Emil Noldes nationalsozialistische Vergangenheit beitragen wird.

Ilse Friis

Das dänische Königshaus im Porträt

Michael Müller
Kongehuset under Besættelsen
I mørke og håb
Kopenhagen: Gyldendal 2020.
366 S.

**Søren Nørby, Rasmus Dahlberg,
Jacob Seerup**
Frederik i Flåden
Kronprins, konge og søofficer
Kopenhagen: Gads Forlag 2021.
200 S.

In den letzten beiden Jahren sind zwei Werke entstanden, die sich je auf ihre individuelle Art mit der Geschichte des dänischen Königshauses auseinandersetzen und Einblicke in die dänische Geschichtsaufarbeitung gewähren.

Der dänische Journalist Michael Müller, der in mehreren seiner populären Veröffentlichungen unter anderem berühmte Dän*innen porträtiert, scheint ein ausgeprägtes Gespür für das breite und vereinende nationale Narrativ zu haben. Genau dieses trifft er mit dem vorliegenden Werk, das zwei Themen aufgreift, die jedes Dänenherz höherschlagen lassen. Zum einen das beliebte Königshaus und zum anderen die Besatzungszeit 1940–1945, die er aus nicht schlüssigen Gründen auf 1935–1950 erweitert. Während die Königsfamilie den bevorzugten Stoff für Wochenmagazine darstellt, ist der Zweite Weltkrieg

das bei weitem beliebteste Thema der Geschichtsforschung. Vor diesem Hintergrund kann es durchaus schwierig sein, etwas Neues beizusteuern. Das ist glücklicherweise nicht der Anspruch von Müller, aber es ist ein sehr ästhetisches Buch.

Das tragende Element in Müllers Buch sind die vielen Bilder. Sie stammen im überwiegenden Teil aus dem Bilddienst der nationalen Nachrichtenagentur Ritzau. Viele sind den dänischen Lesenden bekannt oder gar ikonisch wie etwa König Christian X. 1940 zu Pferd, während deutsche Soldaten im Vordergrund salutieren oder der dänische Ministerpräsident Erik Scavenius mit dem deutschen Reichsbevollmächtigten Werner Best im Jahre 1943. Dadurch vermittelt Müller den historisch interessierten Dän*innen ein Bild von der Besatzungszeit, das sie mit Freude wiedererkennen können.

Das Buch von Dahlberg, Nørby und Seerup beschäftigt sich ebenfalls mit dem Königshaus, fokussiert aber eher auf den Kronprinzen und späteren König Frederik IX. (1899–1972) als Seemann. Auch dieses Buch ist großzügig mit Bildern versehen, nicht zuletzt von dem durchaus fotogenen Monarchen in seiner Marineuniform. Was die beiden Werke trennt, ist vor allem, dass hinter letzterem eine Leitthese steckt. Es ist stärker durch den gut lesbaren Fließtext geprägt, der zwar biografisch angelegt, aber nicht ausschließlich anekdotenhaft ist. Die drei Historiker betrachten nicht nur

den König als nationales Symbol, sondern auch als Mensch mit einem eigenen, vom Amt unabhängigen Ehrgeiz. Mit der jetzigen Königin Margrethe als Quelle bestätigen die Verfasser, dass das Eintreten in die Marine und der Aufstieg vom Kadetten zum Admiral dem eigenen Wunsch entsprach oder gar den „Jugendaufbruch“ gegenüber dem Vater Christian X. darstellte. Weiterhin bietet die Abhandlung des Werdegangs von Frederik IX. auch Historikern die Chance, sein Leben in den dänischen Seestreitkräften im Allgemeinen nachzuvollziehen. Obwohl die beiden illustrierten Bücher unterschiedlich in ihrer Zielsetzung und in der praktischen Umsetzung sind, zeugen beide doch davon, wie Dänen heute ihr Königshaus sehen möchten. Die Familie wird sowohl in ihrer Position als Staatsoberhäupter gezeigt als auch demonstrativ als „Normalbürger“. Normal kann das Leben eines durch Erbe bedingten Amtsträgers selbstverständlich nicht sein. Dahlberg, Nørby und Seerup bringen dies dezent auf den Punkt, indem sie bemerken, dass dem jungen Leutnant zur See Frederik immerhin ein Kapitän als sein Adjutant zur Seite stand (S. 92). Dennoch wird das Bild der Normalität gefördert, was auch durch die begleitenden Kommentare der heutigen Monarchin im zweiten Buch betont wird. Das Königshaus muss eben für die modernen Dänen weiterhin das Bedürfnis nach einer „fast normalen“ Familie, die gleichzeitig unnahbar ist, erfüllen. In dieser Art

und Weise sind beide Bücher Zeitdokumente zur Einsicht in die Vorstellungswelt der Dän*innen und tragen vielleicht weniger zu einem tiefgründigen Verständnis über das Leben ihrer königlichen Familie bei.

Thomas Wegener Friis

Biografie eines NS-Arztes

Jens Nielsen

„Professor Tod“

**Der Vorgang Heyde/Sawade und
seine Folgen**

**Norderstedt: Books on Demand/
BoD 2021. 196 S.**

„Doktor Tod“ oder „Todesengel“ wurde der berühmte KZ-Arzt Josef Mengele genannt, der in Auschwitz Selektionen und medizinische Menschenversuche vornahm. „Professor Tod“ – so lautet der Beiname des Psychiatrieprofessors und Euthanasie-Arztes Werner Heyde, der maßgeblich an der Organisation der Tötung von Geisteskranken und Behinderten, der so genannten „Aktion T4“, beteiligt war. Während nach dem Ende des Krieges und dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Terrorregimes sich der NS-Kriegsverbrecher Mengele nach Südamerika absetzen konnte, gelang es dem Massenmörder Heyde, sich unter dem falschen Namen Fritz Sawade und gedeckt von Juristen, Medizinern und Landesbeamten in Flensburg eine neue Exis-

tenz aufzubauen und wieder als Arzt zu praktizieren und als Gutachter zu arbeiten. Diese so genannte Heyde/Sawade-Affäre, ein kaum glaublicher Skandal, der die junge Bundesrepublik erschütterte und in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt Gegenstand zeitgeschichtlicher Veröffentlichungen war, ist von dem Kieler Autor Jens Nielsen unter dem Titel „Professor Tod“ erneut aufgerollt worden. Er zeichnet nahezu minutiös den Werdegang von Werner Heyde nach – vom ehrgeizigen Fabrikantensohn, der mit Hilfe der Nazi-Partei eine steile Karriere machte, bis zum steckbrieflich gesuchten einstigen Euthanasiearzt, der nach seiner Enttarnung verhaftet wurde und vor Gericht gestellt werden sollte. Fünf Tage vor Prozessbeginn erhängte er sich in seiner Gefängniszelle. Auch von seinen Helfern und Beschützern wurde keiner strafrechtlich belangt, obwohl zwei vom Kieler Landtag eingesetzte Untersuchungsausschüsse die Namen von 18 prominenten Mitwissern nannten, die die wahre Identität von Heyde/Sawade gekannt hatten. Die Darstellung von Nielsen fußt auf einer breit angelegten Recherche mit der Folge, dass Teile des Textes überfrachtet sind mit Detailangaben, auch solchen, die für den Fall nicht unbedingt relevant sind. Als unangenehm fallen Flüchtigkeits- und Rechtschreibfehler auf, selbst im Klappentext.

Bernd Philipsen

Jugendszene in Sonderburg in den 1970er und 1980er Jahren

Claus Carstensen, Inger Enemark
Da Aldous Huxley kom til
Sønderborg
Aarhus: Antipyrine 2021. 250 S.

2021 erschien in einem kleinen Verlag ein Buch mit Bezug zur Stadt Sonderburg. Der ehemalige Professor (bis 2002) an der königlichen dänischen Kunstakademie in Kopenhagen, heute freischaffender Künstler, Claus Carstensen, ist der Frage nachgegangen, ob es Anfang der 1970er Jahre in Sonderburg eine Hippieszene gab. Carstensen ist 1957 in Sonderburg geboren und aufgewachsen. Er hat sich „down Memory Lane“ begeben und ehemalige Weggefährten, Klassenkameraden und Freunde interviewt. Die Gespräche wurden aufgezeichnet und akribisch von der Co-Autorin Inger Enemark niedergeschrieben. Es werden insgesamt zehn Personen zur damaligen Jugendszene in Sonderburg befragt. Die Antworten auf die Frage, ob es eine eigentliche Hippieszene in der Stadt gab, sind nicht eindeutig. Fakt ist, dass die Jugendlichen der damaligen sogenannten Hippieszene mit Drogen und Musik experimentierten. Einige Lebensläufe sind davon nachhaltig beeinflusst worden, andere wurden von den Erlebnissen geprägt, kamen aber ohne psychische Beeinträchtigungen davon. Eine Person spielt eine zentrale Rolle im Buch, ein sen-

sibler, kluger Gymnasiast, der durch Drogen den Halt im Leben und den Kontakt zu seinen Freunden verliert. Sein Beitrag ist ein sechzehnteiliger psychedelischer Comicstreifen aus dem Jahre 1962 und sieben Briefe aus den Jahren 1973–1985. Man vermutet, dass er verstorben ist, niemand weiß es jedoch genau und gerade dieses ungewisse Schicksal des ehemaligen Freundes ist unterschwellig in den Gesprächen präsent. Claus Carstensen beschreibt die Hippieszene in Sonderburg als Mikrogesellschaft, zeigt aber auch, dass großpolitische Ereignisse mit der Stadt Sonderburg verbunden sind. Der Buchtitel weist auf einen Besuch von Aldous Huxley in Sonderburg hin. Im August 1961 besuchte der englische Verfasser in Verbindung mit einem Kongress in Kopenhagen den umstrittenen Psychologen Chr. A. Volf in Sonderburg. Die beiden kannten sich aus Los Angeles, wo Volf einige Jahre gelebt hatte. Dieser Besuch wurde durch die lokalen Medien natürlich begleitet und so kam Sonderburg für einen Moment ins Rampenlicht. Ein weiterer Besuch, der jedoch erst später aufgedeckt wurde, waren die Aufenthalte von acht bis zehn Mitgliedern der zweiten Generation der Baader-Meinhof-Gruppe, die Silvester 1977/78 und den Spätsommer 1982 auf Nordalsen verbrachten. Die Nachbarin, eine pensionierte Deutschlehrerin, berichtet von ihren Begegnungen mit den Terroristen. Claus Carstensen's Buch ruft sicher viele Erinnerungen bei der 68er

Generation hervor und spricht insbesondere diejenigen an, die diese Jahre in Sonderburg und Nordschleswig verbracht haben.

Ilse Friis

Neuausgabe eines Topographie-Klassikers

**Niels Elers Koch (Red.)
Trap Danmark**

**6. Ausgabe, Band 17: Tønder –
Aabenraa – Sønderborg
Kopenhagen: Trap Danmark A/S &
Gads Forlag 2021. 364 S.**

1858 gab der damalige Kabinettssekretär Jens Peter Trap den ersten Band seines statistisch-topografischen Werkes über Dänemark heraus, zu welchem sich einige Jahre später ein Doppelband über das Herzogtum Schleswig gesellte. Weitere vier Ausgaben, zuletzt 1958–72, machten den Namen des Urhebers zum Synonym für ein umfassendes, detailliertes, ungeheuer informatives und doch übersichtliches Topografiewerk, das bis heute Maßstäbe für solcherlei Arbeiten setzt. Zwei Kommunalreformen später war es nun an der Zeit, dieses bis heute eindrucksvolle und vorbildliche Werk in einer zeitgemäßen Form neu aufzulegen. Anders als die kompakten früheren Ausgaben erscheint der neue Trap im Großformat. Dies lässt die Einarbeitung zahlreicher thematischer Karten und historischer wie aktueller Bilder

zu, sodass das Werk auch optisch sehr ansprechend erscheint. Die Verteilung von Karten, historischen wie aktuellen Bildern, Grafiken, informativen Textboxen und Tabellen erscheint durchweg gut gelungen, die Illustrationen selbst sind stets aussagekräftig. Die drei Kommunen Tondern, Apenrade und Sonderburg, die heute zum großen Teil die gleichnamigen früheren Ämter/Landkreise umfassen, füllen jeweils ein eigenes ca. 120-seitiges Kapitel. In deren Unterkapiteln werden Natur und Landschaft, Geschichte, die größeren Orte, das kulturelle Leben und schließlich Gesellschaft und Wirtschaft umfassend und tiefgründig dargestellt. Das Inhaltsverzeichnis ist sehr knappgehalten. Dafür gibt es umfangreiche Orts- und Personenregister.

Es wird praktisch nichts ausgelassen, was man von einem guten topografischen Werk erwarten kann. Aufgelockert werden die im Übrigen durchweg übersichtlich strukturierten Texte durch oft mehrseitige, farblich abgesetzte Einschübe zu besonderen Aspekten wie etwa der Natur der Insel Röm, der besonderen Geschichte des Herzogtums Schleswig, der deutschen Minderheit oder der Ziegelindustrie an der Flensburger Förde. Zudem gibt es zahlreiche kürzere blau unterlegte Textboxen zu bemerkenswerten Institutionen, Ereignissen, vertiefenden Erklärungen zu im Haupttext genannten Einzelheiten oder auch Projekten. Eine Vielzahl von Expert*innen hat an diesem Werk

mitgewirkt, sodass ein hohes fachliches Niveau durchgehend gewährleistet ist. Als Fehler ist mir lediglich eine deutlich zu niedrige Angabe der Schülerzahl des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig (S. 228) aufgefallen.

Was im Vergleich zu den früheren Ausgaben allerdings fehlt, sind die Beschreibungen der einzelnen Kirchspiele mit Erwähnung aller Wohnplätze und Strukturdaten auf Gemeindeebene. Das Gesamtwerk orientiert sich an den Grenzen der heutigen, 2007 geschaffenen Kommunen. Dies ist zwar zeitgemäß, doch erschwert es den historischen Vergleich. Zudem könnte man überspitzt sagen, dass damit ungewollt der Bedeutungsrückgang der ländlichen Gebiete dokumentiert, ja vielleicht sogar ein Beitrag zu diesem geleistet wird, wenn die einzelnen Kirchspiele und die dazugehörigen Dörfer nicht mehr als eigenständige Größen gezeigt werden. Auf der anderen Seite muss man zugeben, dass die alten Kirchspielgrenzen bei vielen der im Text einzeln beschriebenen größeren Orte innerhalb der Kommune ohnehin keine Rolle mehr spielen.

Ergänzt wird das Gesamtwerk durch eine umfangreiche Internetpräsenz unter der Adresse lex.trap.dk. Dort findet man sowohl die Artikel aus allen bereits erschienenen Bänden als auch weitere Informationen, z. B. aus Dansk Biografisk Leksikon. Durch eine Schlagwortsuche kann man schnell sehr viele Beiträge zu zahlrei-

chen Themen, Orten, Personen usw. finden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dies auch durch Beschreibungen der einzelnen Kirchspiele ergänzt werden könnte.

Insgesamt aber kann man die Macher dieses außergewöhnlich qualitätsvollen topografischen Werkes zu ihrer Leistung nur beglückwünschen. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass ein entsprechendes Gesamtwerk für Schleswig-Holstein mit Hamburg sehr wünschenswert wäre.

Gerret Liebing Schlaber

Vielfältige Perspektiven auf die Mitte des Landes

Ulrich Heintze; Wolfgang Riedel
Die schleswigsche Geest
Hrsg. v. Heimatverein
Schleswigsche Geest
Husum: Husum Druck- und
Verlagsgesellschaft 2021. 416 S.

Das reich bebilderte und mit Karten illustrierte Buch über die Geestlandschaft im Landesteil Schleswig möchte eine Lücke in der Literatur über den sogenannten Mittelrücken schließen, der bekannt ist für karge, sandige Böden und daher wenig Wohlstand. Das Werk versteht sich sowohl als Landeskundehandbuch als auch als Exkursionsführer für die Mitte des Landes, die sich von Jütland im Norden bis weit hinein nach Holstein erstreckt.

Behandelt werden in diesem umfangreichen Buch sowohl die geologische als auch die kultur- und landwirtschaftliche Geschichte der Geest, die Entwicklung des Raumes in Bezug auf Demographie und Energiewirtschaft sowie der Naturschutz. Das Buch wird um Fallstudien zu diversen Themen ergänzt, darunter Texte über die Konzentrationslager Ladelund und Husum, Militärflugplatzumwandlungen und Forschungen rund um den Stollberg bei Bordelum. Ein ausführliches Kapitel über die Treene, die durch die Altmoränenlandschaft verläuft, rundet das Spektrum des Buches ab, bevor der Exkursionsteil beginnt, der z. B. die Langenhorner Heide und die Fröruher Berge beschreibt. Das Buch endet mit einem Ausblick zu Zukunftsfragen und den möglichen Folgen eines Meeresspiegelanstiegs für die Geest.

Als Exkursionsführer ist das Buch etwas zu unhandlich. Hilfreich sind die zahlreichen, meist gut untertitelten Karten, Grafiken und (Luft)Bilder (zu denen Datumsangaben gut wären) sowie die Literatur- und Quellenangaben. Das Buch ist mit seinen Beiträgen unterschiedlich in Bezug auf die Aktualität und die Detailtiefe. Im Aufsatz über die Landwirtschaft (S. 95ff.) ist die Wiedergabe von rund 45 Jahre alten, teilweise eigenen und selbstgelobten Studienergebnissen (S. 99f., 117) viel zu ausführlich geraten. Irritierend ist der kontextual wenig eingeordnete Halbsatz „durch den für Deutschland katastrophalen Kriegs-

abschluss mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete und den Strömen von Flüchtlingen war eine völlig neue Situation entstanden“ (S. 95). Auch die Gleichsetzung des „Erstarren der dänischen Minderheit“ mit „der wirtschaftlichen und sozialen Not“ in den 1950er Jahren als ein Grund für eine Destabilisierung der Geest als „Natur- und Kulturraum“ (S. 96) ist nicht nachvollziehbar. Die soziale Not nach dem Kriegsende und andere Ursachen trugen zum Anwachsen der Minderheit bei, aber die Minderheitszugehörigkeit an sich war kein Grund für die Destabilisierung der Geest. Die Plattitüde „Der Geestbewohner ist etwas vorsichtiger, wenn er Neuland betreten soll ...“ (S. 119) ist überflüssig. Das Buch ist weniger als Überblickswerk, sondern eher zur Vertiefung ins Thema Geest geeignet. Positiv hervorzuheben sind die thematische Vielfalt des Werkes, welches auch jüngeren Lesern und Leserinnen historische Einblicke gibt, beispielsweise in die einst große Bedeutung der Bundeswehr für Schleswig-Holstein, und die Hinweise zu Exkursionen in Gegenden, die bislang meist eher nur lokal bekannt sind.

Levke Bittlinger

Vielsprachiger Film zu Grenze und lokaler Vielfalt

Gary Funck (Reg.) & Uffe Iwersen (Prod.)

Der Krug an der Wiedau

E krouf bai e Wiidou; Æ kro ve æ

Virå; De Krooch an de Wiedau;

Kroen ved Vidåen

Et Nordfriisk Teooter & Bund Deutscher Nordschleswiger 2021.

Ca. 90 min.

Als Filmkulisse erfreuen sich viele Orte und Landschaften beiderseits der Grenze einer großen Beliebtheit. Hingegen kommt es nicht oft vor, dass die schleswigsche Region in all ihrer Vielfalt selbst Thema eines Spielfilms wird. Genau dies ist mit „Der Krug an der Wiedau“ mit Bravour gelungen. Zwar ist dieser in erster Linie ein spannender Kriminalfilm mit stark humoristischem Einschlag. Doch er ist auf seine Weise auch ein selbstironisches Porträt sowohl der Westküstenregion als auch lokaler deutsch-dänischer Befindlichkeiten und schon jetzt ein interessantes Zeitdokument. Bereits 2010 gab es eine gleichnamige Hörspielreihe, die im Zuge eines Interreg-Projektes entstanden war und auf deren Grundlage Regisseur Gary Funck nun in Zusammenarbeit mit Uffe Iwersen, dem Kulturkonsulenten des Bundes Deutscher Nordschleswiger, den vorliegenden Film gestaltet hat. Um es gleich zu sagen: Der Film ist auch für Nichtanhänger des Genres „Kriminalfilm“ (wie den Rezensenten)

absolut sehenswert. Obwohl er mit einem bescheidenen Budget produziert worden ist, wirkt er in Bezug auf Inszenierung, Bildführung, Licht und Ton sehr professionell. Dies gilt auch für die schauspielerischen Leistungen, obwohl fast alle Beteiligten lediglich Erfahrung im Amateurtheater haben. Nur das deutsch-dänische Ermittlungsteam war mit der früheren Musicaldarstellerin Mahara Jakobsen, die aus Dahle bei Tondern stammt, und dem erfahrenen Berliner Fernseh- und Filmschauspieler Matthias Harrebye-Brandt, einem Flensburger mit Wurzeln in Hadersleben, professionell besetzt. Eine Besonderheit des Films ist, dass alle Beteiligten meist in ihrer Muttersprache sprechen und einander trotzdem ganz selbstverständlich verstehen. So sind neben Hochdeutsch und Reichsdänisch vor allem Niederdeutsch, Synnejysk und mehrere friesische Dialekte zu hören. Gerade dies macht den besonderen Reiz des Films aus.

Die Handlung soll an dieser Stelle nicht verraten werden. Es sei aber betont, dass es gut gelingt, sowohl die Natur als auch die Mentalität, aber auch die oft unterschätzte Bedeutung der Region beiderseits der Grenze zu vermitteln. Dabei wird diese keineswegs verklärt, sondern auch eine mitunter unübersehbare Provinzialität aufs Korn genommen. Andererseits kommt wiederholt zum Ausdruck, dass Einflüsse von oben – und insbesondere nationale Alleingänge – den Werdegang in der Region empfindlich

stören können. Der Ende 2019 vollendete, umstrittene Wildschweinzau wird nicht nur wiederholt verbal kritisiert („es gibt hier keine Wildschweine“), sondern spielt als Trenngrenze und Todesfalle eine wesentliche Rolle im Film.

Mehr Informationen, auch über den Bezug des mit deutschen oder dänischen Untertiteln verfügbaren Films, finden sich unter der Adresse <https://www.vidaa-wiedau.eu/>. Empfohlen wird der gleichermaßen spannende und unterhaltsame Film ab 15 Jahren.

Gerret Liebong Schlaber

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Dr. Levke Bittlinger
Kulturanthropologin
Koordinatorin im
Wissenschaftsmanagement
Flensburg / Kiel

Ilse Friis, cand.mag.
Rektorin i.R.
Apenrade

Charlotte Jagusch, M.Ed.
Gymnasiallehrerin
Kiel / Apenrade

Prof. Dr. Jørgen Kühl
Honorarprofessor
Europa-Universität Flensburg

Sebastian Lotto-Kusche
Wiss. Mitarbeiter an der
Forschungsstelle für regionale
Zeitgeschichte und Public History
der Europa Universität Flensburg

Helge Möller
Journalist
Apenrade

Frank Omland
Regionalgeschichtsforscher
Hamburg

Bernd Philipson
Journalist
Flensburg
Sonderburg

Gerret Liebing Schlaber ph.d.
Historiker und Gymnasiallehrer
Apenrade

Frode Sørensen
Autor, Politiker,
dän. Steuerminister i.R.
Sonderburg

Thomas Wegener Friis, ph.d.
Historiker, Lektor und
Hochschullehrer
Odense

Jørgen Witte, mag. art.
Historiker
Apenrade

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2021 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2021 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

| | | |
|---|---|----------------------|
| UWE DANKER MARIE THERES MARX MELANIE OERTEL JAN WAITZMANN LEAH ZEIDLER | Lehrkräfte für die Demokratie? Gründung, Personal und Programm der Pädagogischen Hochschule Flensburg Festvortrag, gehalten am 9. September 2021 auf der Festveranstaltung der Europa Universität Flensburg | Heft 2 S. 157 ff |
| KIM FURDAL | Die Insel Ærø als Teil des Herzogtums Schleswig | Heft 2 S. 175 ff. |
| ANDREA GRAW TEEBKEN | Einreisebeschränkungen unter Covid 19 Erfahrungen von März bis Oktober 2020 | Heft 1 S. 3 ff. |
| FRANK OMLAND | Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg Ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933. Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten | Heft 1 S. 19 ff. |
| FRANK OMLAND | Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig Ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933. Teil 1: die wirtschaftliche und soziale Lage und deren Einfluss auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten | Heft 2 S. 195 ff. |
| KARL-WERNER SCHUNCK | I.P. Nielsen. „Kindervater“ und „Sønderjysk Folketingsmand, Teil 1 | Heft 1 S. 53 ff. |
| KARL-WERNER SCHUNCK | I.P. Nielsen. „Kindervater“ und „Sønderjysk Folketingsmand“, Teil 2 | Heft 2 S. 231 ff. |

| | | |
|--------------------|---|---------------------|
| HELEN CHRISTIANSEN | Das deutsch-dänische Grenzland und das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk | Heft 1 S. 71 ff. |
| HARRO HALLMAN | Minderheitenrechte in der EU und das Scheitern der Europäischen Bürgerinitiative | Heft 1 S. 79 ff. |
| FRODE SØRENSEN | Ein Bürgermeister zwischen Dänisch und Deutsch. Der Sozialdemokrat Johan Jacobsen aus Sonderburg (1863–1937) und sein Wirken in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg - Teil 1 | Heft 2 261 ff. |

